



HALT

**morgen
mehr
sein**

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

23. Jahrgang / Heft 5/6

Mai-Juni 1968

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

Seite

Zum 75. Geburtstag Walter Ulbrichts	2
Zusammenschluß der Kräfte gegen Bonns Aggres- sionskurs	7
Zu den Ergebnissen des Konsultativ- treffens von Buda- pest	14
Zum Nürnberger Parteitag der SPD	17
Die Ideen von Karl Marx sind lebendig	21
Die philosophische Lehre von Karl Marx	25
Mit der Programm- diskussion die Par- teiarbeit auf ein höheres Niveau heben	29
Den Frieden gewin- nen	34
Der Programment- wurf und einige Probleme des Kampfes um De- mokratie	37
Mitbestimmung — eine Machtfrage . .	41
Für eine demokrati- sche Wirtschaftspoli- tik	45
Junge Genossen fra- gen — Wissen und Tat antwortet: . .	51
Das neue Buch . . .	53
Für die Mappe des Propagandisten . .	55

Zum 75. Geburtstag Walter Ulbrichts

Ein treuer Sohn der Arbeiterklasse und des Volkes

VON MAX REIMANN

I.

Am 30. Juni dieses Jahres begeht der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik, unser verehrter Genosse Walter Ulbricht, seinen 75. Geburtstag. Von ganzem Herzen wünschen wir ihm an diesem Tage gute Gesundheit und noch viele Jahre fruchtbaren Schaffens an der Spitze der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates.

In der hervorragenden Persönlichkeit Walter Ulbrichts erschließt sich uns ein kampferfülltes, an Erfahrung reiches und für die junge Generation beispielhaftes Leben. Sein Lebensweg ist untrennbar verbunden mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der letzten Jahrzehnte, mit ihrem Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Seitdem sich Walter Ulbricht vor sechs Jahrzehnten der Sozialistischen Arbeiterjugend anschloß, widmet er all seine Kräfte und hervorragenden Fähigkeiten der Sache der Arbeiterklasse, dem Wohle des werktätigen Volkes, der Befreiung der deutschen Nation von ihrem Hauptfeind, dem deutschen Imperialismus und Militarismus.

Im ersten Weltkrieg gehörte er zu den dem Sozialismus und Internationalismus treu gebliebenen Kräften in der SPD, die an der Seite Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs mutig gegen den imperialistischen Krieg kämpften. Während seiner Militärdienstzeit leistete er unerschrocken antimilitaristische Aufklärungsarbeit unter den Soldaten.

Unter dem Einfluß des Sieges der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland und der Kämpfe in der Novemberrevolution von 1918, an denen er aktiv und mit heißem Herzen teilnahm, wuchs Walter Ulbricht zu einem erfahrenen Führer der deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut heran. Die weltverändernden Ideen von Marx, Engels und Lenin wurden zum Leitstern seiner revolutionären Tätigkeit. Sein Name ist auf das engste mit der Geschichte und dem Kampf der

Kommunistischen Partei Deutschlands verbunden, zu deren Mitbegründern in Leipzig er zählt. Gemeinsam mit Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck gehörte er dem Zentralkomitee der KPD an und erwarb sich große Verdienste an ihrer Entwicklung zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei.

Genosse Walter Ulbricht gehört zu jenen Arbeiterfunktionären, in deren Wirken der Kampf der Arbeiterbewegung nach seinen drei Seiten hin — nach der ökonomischen, der politischen und der ideologischen — zu einer schöpferischen Einheit verschmilzt.

Ihm verdanken wir so bedeutende Werke wie die Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in denen eine wissenschaftliche marxistisch-leninistische Darstellung ihrer wichtigsten Etappen seit der Novemberrevolution gegeben

wird. Auf seine Initiative und unter seiner Leitung entstanden der Grundriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und auf dieser Grundlage das achtbändige Werk der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Diese und andere Arbeiten hatten und haben große Bedeutung für die Erziehung und ideologische Festigung von vielen Tausenden Marxisten in der DDR und für unsere Partei, für die Weckung und Hebung des sozialistischen Bewußtseins der Arbeiter in der Bundesrepublik. In diesen Arbeiten widerspiegelt sich der große Anteil Walter Ulbrichts an der Ausarbeitung der Politik der KPD in den Klassenauseinandersetzungen der Weimarer Republik, im Kampf gegen die faschistische Diktatur, beim demokratischen Neubeginn im Jahre 1945 und beim sozialistischen Aufbau in der DDR.

II.

Die großen Kampferfahrungen, die im Wirken und in den Schriften des Genossen Walter Ulbrichts ihren Niederschlag gefunden haben und finden, sind für uns eine unschätzbare Hilfe bei der Entwicklung einer richtigen Politik in der Bundesrepublik. Ein Wesensmerkmal seiner revolutionären Tätigkeit ist sein unermüdliches Eintreten für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, in der er von Beginn an das Kraftzentrum für den Zusammenschluß der Volkskräfte zur Überwindung der Herrschaft des deutschen Imperialismus und Militarismus, die Hauptvoraussetzung zur Neugestaltung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage erblickte. Viele Jahre seines Lebens sind auf die Lösung dieses Schlüsselproblems gerichtet. **Stets setzte er sich persönlich für eine Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten ein, die das Kernstück der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist.**

Charakteristisch für das Wirken Walter Ulbrichts ist seine hohe Eigenschaft, die gewonnene theoretische Erkenntnis in die Praxis umzusetzen. Ich erinnere mich an das Jahr 1932, als es galt, alle Kräfte der Arbeiterklasse und der Werktätigen gegen die faschistische Gefahr zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten

zusammenzuschließen. Damals unternahm Walter Ulbricht als Bezirkssekretär der KPD in Berlin-Brandenburg große Anstrengungen, um die Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorstand der SPD Groß-Berlins im Kampf gegen die Naziartei herbeizuführen. Auf seine Initiative hin kam es zur Bildung von zahlreichen Einheitsfront-Ausschüssen. Sein ganzes Wirken zeugt von den ersten Bemühungen, die die KPD damals unternahm, um zu einer Verständigung mit den Sozialdemokraten zur Abwendung der Hitlerdiktatur zu gelangen. Aber alle diese Bemühungen wurden vom damaligen SPD-Parteivorstand abgelehnt.

1934, als in Deutschland bereits die Hitlerdiktatur gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, gegen alles Humanistische und Fortschrittliche wütete, sprach Walter Ulbricht auf einer großen Funktionärskonferenz der Kommunistischen Partei im Saargebiet. Eindringlich appellierte er an alle Anwesenden, mit falschen Vorstellungen gegenüber den sozialdemokratischen Genossen Schluß zu machen und im Interesse einer notwendigen antifaschistischen Einheitsfront alles Trennende zurückzustellen und gemeinsam den Kampf gegen die Naziartei zu organisieren. Es ist in diesem Zusammenhang vor allem für man-

chen sozialdemokratischen Genossen sicherlich von Interesse, daß Walter Ulbricht sich auf dieser Konferenz entschieden gegen Ausführungen Herbert Wehners, der ebenfalls anwesend war, wandte, weil er durch das Festhalten an falschen Auffassungen gegenüber sozialdemokratischen Genossen der Bildung der antifaschistischen Einheitsfront großen Schaden zufügte.

Angesichts der gefährlichen Ausbreitung des Neonazismus in der Bundesrepublik und der dringenden Notwendigkeit, ihr mit den vereinten Kräften der Arbeiter, der Kommunisten und Sozialdemokraten und aller Demokraten Einhalt zu gebieten, ist das Beispiel, das Walter Ulbricht gab, für uns nicht nur ein Stück Geschichte, sondern von brennender Aktualität und eine Anleitung zum Handeln.

Das zielklare und unermüdliche Eintreten Walter Ulbrichts für die Einheit der Arbeiterklasse fand seine Krönung durch die Vereinigung der KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, zu der er theoretisch-

ideologisch und organisatorisch entscheidend beigetragen hat. Von Beginn an waren die Anstrengungen der SED in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und der KPD in den Westzonen darauf gerichtet, die Einheitsfront der Arbeiterschaft in ganz Deutschland zu schaffen. In den ersten Nachkriegsjahren ergriff Genosse Walter Ulbricht wiederholt die Initiative, um die von der SPD-Führung in den Westzonen zum Schaden der Arbeiterklasse aufrechterhaltene Spaltung zu überwinden. Er sprach in westdeutschen Städten zu den Arbeitern und erklärte ihnen anhand der Erfahrungen der Geschichte, daß in der Einheit ihre Stärke liegt. Wir erinnern uns seiner eindringlichen Appelle zur Einheit auf den gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen, an seine wegweisenden Reden auf den Parteitage der SED und bei anderen bedeutenden Anlässen. Wir betrachten sie als eine wertvolle Unterstützung, zugleich aber auch als Verpflichtung, unsere Bemühungen zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik zu verstärken.

III.

Ein weiterer wichtiger Grundzug, der das politische Wirken Walter Ulbrichts kennzeichnet, ist die marxistisch-leninistische Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Mission nur erfüllen kann, wenn sie einheitlich handelnd sich fest mit allen anderen friedliebenden, demokratischen Kräften des Volkes zusammenschließt und ein kameradschaftliches Bündnis mit ihnen herstellt. Nur auf diesem Wege kann auch in der Bundesrepublik die Kraft entstehen, die eine politische und gesellschaftliche Wende durchzusetzen vermag, wie sie in unserem Programmentwurf vorgezeichnet ist. Wir fühlen uns in dieser Überzeugung bestärkt durch die hohe Wertung unseres Programmentwurfs, die Genosse Walter Ulbricht zum Ausdruck brachte, als wir ihm den Entwurf überreichten.

Lehrreich für uns ist die von der SED entwickelte Bündnispolitik, die auf den Erkenntnissen und Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Konferenz der KPD von 1935

aufbaut, an deren Ausarbeitung Walter Ulbricht hervorragend beteiligt war. Ein wesentlicher Grundsatz dieser Bündnispolitik ist, von den Gemeinsamkeiten der verschiedenen Schichten der Volkskräfte und ihrer demokratischen Organisationen auszugehen. Gemeinsam ist den Volkskräften das Streben nach Frieden, Demokratie, sozialem und gesellschaftlichem Fortschritt. Von den Grundgedanken dieser Bündnispolitik, die sie auf die heutigen Bedingungen der Bundesrepublik anwendet, läßt sich die KPD auch in ihrem Programmentwurf leiten. **Eindringlich verweisen wir darauf, daß keine der Lebensfragen des Volkes auf die Dauer gelöst werden kann ohne die breiteste Entwicklung des demokratischen Kampfes mit dem Ziel, eine grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse in der Bundesrepublik herbeizuführen. Nur im Kampf um demokratische Ziele, um die Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Monopole verwirklicht sich das umfassende Volksbündnis und können die Voraussetzungen für die sozia-**

listische Umwälzung geschaffen werden. Das ist auch eine der grundlegenden Erkenntnisse, die sich aus den reichen politischen Erfahrungen Walter Ulbrichts ergibt.

Erinnert sei daran, wie er 1946 die Frage beantwortete, warum die SED zur damaligen Zeit noch nicht unmittelbar den Kampf um den Sozialismus führte. Er sagte: „Das hat verschiedene Gründe. Die Errichtung einer sozialistischen Ordnung setzt eine hohe Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft voraus. Vor allem

aber ist die Einigung der Arbeiterschaft... und das Bündnis der Arbeiter mit der Bauernschaft sowie mit größeren Kreisen der Intelligenz und mit demokratischen Kreisen des Mittelstands die Voraussetzung für den Übergang zum Sozialismus. Diese Voraussetzungen können nur im Kampf um die Demokratie geschaffen werden.“¹⁾

Diese marxistisch-leninistische Entwicklung der Strategie und der Bündnispolitik der Arbeiterklasse und ihrer Partei fand auf dem Gebiet der DDR ihre Bestätigung durch das Leben.

IV.

Der wirtschaftliche Aufbau und die ökonomischen Erfolge in der DDR sind untrennbar mit dem Wirken Walter Ulbrichts verbunden. Bereits 1945 wurde er wegen seines hohen marxistischen Wissens besonders auf ökonomischem Gebiet vom Politbüro der KPD mit dem Wiederaufbau und der Entwicklung der Wirtschaft beauftragt. Dieser Aufbau mußte bei ungünstigsten Ausgangsbedingungen und ständigen Störungen von seiten der westdeutschen Großindustrie vorgenommen werden. Vertrauend auf die Kraft der Arbeiterklasse, sich mit ihr beratend und sie durch das eigene Beispiel mitreisend, organisierte er den Aufbau der Schwerindustrie und zugleich den Aufbau wissenschaftlicher und technischer Institute. An ihnen wurden vor allem die neuen Kader aus der Arbeiterklasse herangebildet, jener Klasse, von der die Großbourgeoisie behauptet, sie sei nicht fähig, die Wirtschaft zu leiten. In der DDR aber hat sie bewiesen, daß sie die Wirtschaft besser und vor allem zum Wohle des Volkes leiten und alle Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution in Übereinstimmung mit den Interessen des werktätigen Volkes lösen kann. Das wird gerade seit der Zeit immer sichtbarer, da das sogenannte Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik zu Ende geht und die DDR sich auch für Westdeutschland als ein Staat mit kontinuierlichem wirtschaftlichem Aufschwung bei gesicherten Arbeitsplätzen und einer gesicherten Zukunft

darstellt. Walter Ulbricht selbst erweiterte raslos sein Wissen besonders auf den neuen Gebieten des Wirtschaftsaufbaus im Sozialismus. Mit großer Energie drängte er darauf, daß alle Anstrengungen unternommen werden, um die sich ergebenden neuen Aufgaben zu erkennen, nach besseren Lösungen für die allseitige Entwicklung der DDR zu suchen. Zahlreich sind die Beispiele seiner Hilfe für die Jugend, die Entwicklung des Sports, des Bildungswesens und auf anderen Gebieten.

Lange Zeit hatten die imperialistischen Kräfte damit spekuliert, angesichts der wirtschaftlichen Stärke des westdeutschen Imperialismus und der Tatsache, daß zwei Drittel des deutschen Territoriums unter der Herrschaft des Großkapitals stehen und die DDR eine offene Grenze hat, den deutschen Staat der Arbeiter und Bauern wirtschaftlich ausbluten, ideologisch aushöhlen und schließlich erdrosseln und in ihr Herrschaftsgebiet eingliedern zu können. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Und eine der größten historischen Verdienste des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unter der Leitung des Genossen Walter Ulbricht ist seine umsichtige und zugleich prinzipienfeste, auf die Sicherung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der sozialistischen Produktionsverhältnisse gerichtete Politik sowie seine Festigkeit auch in den schwierigsten Perioden, als der Imperialismus und seine Schreiberlinge bereits jubelten, daß die Bundeswehr durch das Brandenburger Tor ziehen werde.

¹⁾ Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, Dietz Verlag Berlin, 1953, S. 63/64.

Stets lenkte Genosse Walter Ulbricht das Führungskollektiv der SED auf eine kontinuierliche, zielbewußte, soziale und kulturelle Entwicklung und die Notwendigkeit der Gewinnung der breiten Massen für die von der Partei der Arbeiterklasse entwickelte Politik sowie auf die Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung und Lenkung der Wirtschaft und des Staates. Heute ist die DDR eine solch solide Kraft geworden, daß selbst die Gegner gezwungen sind zu erklären, man kommt um sie nicht herum. Und Bundeskanzler Kiesinger, dessen Partei des Monopolkapitals nichts unversucht gelassen hat und läßt, um der DDR zu schaden, wurde durch die Entwicklung in der DDR gezwungen, in seiner Rede vor dem Bundestag im März 1968 die Vorwärtsentwicklung der DDR selbst zu bestätigen.

Es ist darum kein Zufall, daß das Großkapital und sein politischer und ideologischer Anhang, alle jene, die so

brav und gehorsam bis fünf Minuten nach zwölf Hitler gefolgt waren, Walter Ulbricht hassen und verleumdten. Aber man nenne mir den Namen eines Führers der deutschen Arbeiterbewegung, der nicht von den Vertretern der Reaktion, ihren Ideologen und Schreiberlingen beschimpft wurde und wird! Durch Verleumdung soll der politische Kampf dieser Arbeiterführer für Frieden, Demokratie und Sozialismus, der den Interessen der Werktätigen und der Nation entspricht, verfälscht werden. Die Hetze gegen Arbeiterführer dient demzufolge der Erhaltung und Sicherung des kapitalistischen Systems und soll die Einheit der Arbeiter und aller Werktätigen im Kampf für ihre sozialen und demokratischen Interessen und für den Sozialismus behindern. Jeder westdeutsche Arbeiter und Angestellte, der den Verleumdungen über Walter Ulbricht Glauben schenkt, schadet letztendlich sich selbst.

V.

Außerordentlich ist der Beitrag des Genossen Walter Ulbricht zur Klärung der nationalen Frage. Erinnerung sei an seine grundlegende Feststellung auf der XVII. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig, daß die nationale Frage in Deutschland ihrem Wesen nach eine soziale Frage, eine Klassenfrage ist. Stets wies er konkrete Wege zur Herstellung der nationalen Einheit. Vor der Bindung Westdeutschlands an die NATO und die EWG, als für die Herstellung der Einheit Deutschlands in einer verhältnismäßig kurzen Zeit noch reale Möglichkeiten bestanden, wiesen das Großkapital und ihre CDU/CSU-Regierung höhnisch und verächtlich alle Vorschläge, die Walter Ulbricht im Namen der DDR unterbreitete, zurück. Sie stellten ihre Profitinteressen über die Interessen der Nation. Heute tun sie so, als hätten sie den Wil-

len zur Überwindung der Spaltung Deutschlands gepachtet. Gleichzeitig aber halten sie an der gefährlichen Alleinvertretungsanmaßung fest.

Gegenwärtig ist die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nur im Ergebnis eines längeren historischen Prozesses tiefgreifender demokratischer und gesellschaftlicher Umgestaltungen in der Bundesrepublik möglich. Eine große Hilfe für den Kampf in Westdeutschland ist dabei der weitere Aufbau und die Stärkung der DDR und unser Kampf um die Herstellung eines echten Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Souveränität, der Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, eines Vertrages über Gewaltverzicht, der den Weg für Abrüstung und Sicherheit in Europa ebnet.

VI.

Der jahrzehntelange selbstlose Kampf Walter Ulbrichts für den Sieg der Ideen des Friedens und des Sozialismus ist in all seinen Etappen ein hervorragendes Beispiel für die schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die jeweiligen

Bedingungen der Entwicklung. Er war und ist stets gekennzeichnet von der Treue zu den Ideen des proletarischen Internationalismus, von der unerschütterlichen Verbundenheit mit der Sowjetunion und ihrer Kommunistischen Partei.

Genosse Walter Ulbricht hat großen Anteil daran, daß die DDR einen konsequenten internationalistischen Weg geht. Er sieht die Interessen der DDR stets im Zusammenhang mit der Stärkung des sozialistischen Lagers, der Unterstützung der Völker im Kampf um nationale und soziale Befreiung und dem Streben nach freundschaftlichen Beziehungen zu allen Völkern. Durch sein stetes Eintreten für die Festigung der Reihen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, durch seine Beiträge zur Bereicherung der Schatzkammer des Marxismus-Leninismus erwarb sich Walter Ulbricht hohe internationale Achtung und Anerkennung.

Das stolze Ergebnis dieses Kampfes ist die geeinte Partei der Arbeiterklasse, ihr festes Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten, ist der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden, in dem erfolgreich der Sozialismus aufgebaut wird. Daran hat Genosse Walter Ulbricht, mit dem Kollektiv der Partei und mit den Massen stets fest verbunden, einen hohen Anteil. In ihm liegt die Achtung und

das Vertrauen begründet, das unserem Genossen Walter Ulbricht, dem ehemaligen Tischler und heutigen ersten Repräsentanten der Deutschen Demokratischen Republik, Millionen Werktätige in beiden deutschen Staaten und über ihre Grenzen hinaus entgegenbringen.

Heute bestehen zwei Staaten deutscher Nation und zwei marxistisch-leninistische Arbeiterparteien: die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands. Aber beide Parteien wirken in einer Kampfgemeinschaft gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus. Mögen die Ideologen des Monopolkapitals noch so sehr dagegen hetzen: niemals wird es ihnen gelingen, die KPD von dieser Kampfgemeinschaft abzubringen. Im Gegenteil. Sie wird sich weiter festigen, und es gibt keinen Zweifel darüber, daß — wie es in unserem Programmentwurf heißt —, die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Schichten die Bundesrepublik über den Weg des Kampfes um die Erweiterung der Demokratie zum Sozialismus führen wird.

Konsultativtreffen der kommunistischen und Arbeiterparteien in Budapest

Zusammenschluß der Kräfte gegen Bonns Expansionskurs

REDE VON MAX SCHÄFER, MITGLIED DES POLITBÜROS DER KPD

In der heutigen Zeit beschäftigt die Kommunisten die Frage, was getan werden kann, um die Einheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung zu festigen, um die Wirksamkeit der gemeinsamen Aktionen aller fortschrittlichen Kräfte gegen Imperialismus, für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt zu erhöhen. Das Zentralkomitee unserer Partei begrüßt deswegen, daß wir mit diesem Konsultativtreffen in die Phase der konkreten Vorbereitung einer internationalen Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien eintreten, für deren Einberufung unsere Partei sich ausgesprochen hat und für die sie seit längerer Zeit bereits eingetreten ist.

In dem Entwurf des Programms der KPD, der jetzt in der Bundesrepublik diskutiert wird, hebt unsere Partei

hervor, daß die Stärke der internationalen kommunistischen Bewegung auf der Theorie des Marxismus-Leninismus, auf der Einheit und Geschlossenheit ihres Handelns beruht. Der gemeinsame politisch-ideologische Standpunkt zu den grundlegenden Gegenwartsfragen war für die kommunistische Bewegung immer eine Quelle der Stärke. Wir meinen, daß es unsere Aufgabe ist, diese politisch-ideologische Gemeinsamkeit im Erfahrung- und Meinungsaustausch zu festigen. Mit Recht wird in den Dokumenten der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 hervorgehoben, daß internationale Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien eine große Bedeutung für die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Kommunisten der verschiedenen Länder haben.

Beste Bedingungen für wirksame Aktionen schaffen

Die Richtigkeit der bei diesen Beratungen festgelegten Generallinie der kommunistischen Weltbewegung ist vom Leben bestätigt worden. Wir sind der Meinung, daß sie auch heute noch ihre Bedeutung behält und aktuell ist. Wir müssen aber auch sehen, daß in der Zeit seit 1957 und 1960 neue Erscheinungen in der gesellschaftlichen Entwicklung sichtbar geworden sind, daß sich der Klassenkampf im Weltmaßstab verschärft hat. Es ist an der Zeit, hierüber einen Erfahrungsaustausch durchzuführen; die vielfältigen gemeinsamen Probleme, die durch die gegenwärtige Etappe des weltweiten Kampfes für Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus gestellt werden, zu diskutieren. So tragen wir sicherlich dazu bei, die besten Bedingungen für wirksame Aktionen der Kommunisten gegen den Hauptfeind, den Imperialismus, herbeizuführen.

Die Kompliziertheit der gegenwärtigen internationalen Lage macht es erforderlich, verstärkt für die Einheit und Geschlossenheit aller Kommunisten in der Welt zu wirken. In den Jahren, die seit der letzten internationalen Konferenz verflossen sind, haben die Kräfte des Friedens und des Sozialismus, an ihrer Spitze die marxistisch-leninistischen Parteien, beachtliche Erfolge erzielt. Die Schwierigkeiten des imperialistischen Systems haben sich vergrößert, die Wider-

sprüche zwischen den Imperialisten sind gewachsen. Die Isolierung der Imperialisten der USA und ihrer Regierung nimmt zu. Der Imperialismus sucht einen Ausweg aus seinen Widersprüchen, indem er seine Aggressivität verstärkt. Ganz deutlich zeigt sich die Tendenz des amerikanischen Imperialismus — lebhaft unterstützt durch seinen wichtigsten Bundesgenossen, die herrschenden Kreise der Bundesrepublik —, die wachsenden Schwierigkeiten und verschärften Widersprüche durch brutale Interventionen zu lösen. Der schmutzige Krieg des amerikanischen Imperialismus gegen das vietnamesische Volk, der von der Bundesregierung ideell und materiell unterstützt wird, wird auf neue, für den Weltfrieden höchst gefährliche Stufen gehoben. Amerikanische Generale bereiten den Einsatz von Atomwaffen vor. Im Nahen Osten werden die aggressiven herrschenden Kreise Israels von den Imperialisten der USA und Westdeutschlands weiter gestärkt und ermuntert. In Griechenland wurde nach NATO-Plänen ein faschistisches Regime errichtet. Die Intrigen gegen die Unabhängigkeit Zyperns, die Provokationen gegen Kuba, die reaktionären Umstürze in einigen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zeigen, daß der Imperialismus zu verschärften Aggressionen gegen die progressiven Kräfte und gegen die auf Frieden und Entspannung gerichteten Bestrebungen übergeht.

Zielstrebig gegen die Globalstrategie

Die Globalstrategie des USA-Imperialismus unterstreicht die Notwendigkeit, daß die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in der ganzen Welt, in erster Linie die marxistisch-leninistischen Parteien, die Lage analysieren, ihre Strategie und Taktik im Kampf gegen den Imperialismus präzisieren, sich über zielstrebige, gemeinsame Aktionen aussprechen und auf ihre Verwirklichung einigen.

Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik haben sich in die weltweite imperialistische Strategie der USA eingegliedert. Sie wollen den amerikanischen Imperialismus und die anderen NATO-Verbündeten enger an

ihre eigenen Revancheziele binden. Das Großkapital der Bundesrepublik geht nach der Wiederherstellung seiner Macht zu einer Politik der verstärkten Expansion über. Die Imperialisten Westdeutschlands stellen territoriale Ansprüche an andere europäische Staaten. Ihre Politik zielt darauf ab, Westberlin in den westdeutschen Staat einzugliedern. Sie lehnen es ab, die Realitäten in Deutschland, die Tatsache, daß es zwei deutsche Staaten gibt, anzuerkennen. Sie halten an der Alleinvertretungsanmaßung, dieser potentiellen Kriegserklärung gegen die DDR, fest. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik streben nach Mitverfügung über Atomwaffen, um ihrer

Expansionspolitik militärischen Nachdruck verleihen zu können.

Sie haben aus der Aggression der imperialistischen Kreise Israels gegen die arabischen Staaten die Schlußfolgerungen gezogen, daß es möglich sei, in einer für sie günstigen internationalen Situation einen Blitzkrieg gegen die Deutsche Demokratische Republik zu führen. Erst vor wenigen Tagen hat der Vizepräsident des westdeutschen Bundestages, Jaeger, ein Mann der Regierungspartei der CSU, erklärt, daß in Europa „ein begrenzter Krieg nicht mehr so unwahrscheinlich ist, wie vor drei Jahren“.

In der Bundesrepublik selbst schafft sich das Großkapital mit der Zerstörung der demokratischen Bestimmungen des Grundgesetzes, mit den geplanten Notstandsgesetzen, die der Regierung Diktaturvollmachten geben sollen, die inneren Voraussetzungen für die Verwirklichung ihrer aggressiven Politik. Diese Politik ist auch der Nährboden, auf dem alle nationalistischen

und neonazistischen Strömungen wuchern. Ist es nicht bezeichnend für die Politik der herrschenden Kreise der Bundesrepublik und zugleich alarmierend für die Weltöffentlichkeit, daß 20 Jahre nach Ende des furchtbaren letzten Weltkrieges der Nazismus in Westdeutschland erneut sein Haupt erhebt, daß sich mit Förderung der Regierung und des Großkapitals eine nur wenig getarnte Nachfolgeorganisation der Hitlerpartei, die NPD, bilden und entwickeln konnte, während zur gleichen Zeit die Kommunistische Partei Deutschlands, die Partei, die im Kampf gegen den Faschismus die größten Opfer gebracht hat, seit zwölf Jahren verboten ist? Ist es nicht alarmierend, daß zur gleichen Zeit, wo die Neonazis ihr revanchistisches und chauvinistisches Programm in der Bundesrepublik, in Presse, Rundfunk und Fernsehen frei verbreiten können, die Verbreitung des Programmwerfs der Kommunistischen Partei Deutschlands verfolgt wird?

Neonazismus bedroht Sicherheit Europas

Das, was die Entwicklung in der Bundesrepublik besonders besorgniserregend macht, ist die Tatsache, daß der Neonazismus durchaus nicht auf die NPD beschränkt ist. Nazistische Kräfte sind in wichtigen Positionen des Staatsapparates, der Justiz, der Polizei und der Bundeswehr führend tätig. An der Spitze der Bundesregierung steht ein alter Nazi, ein Mann, der in Hitlers Außenministerium für Propagandaaufarbeit verantwortlich war. Nicht nur irgendwelche verantwortungslose Extremisten erheben territoriale Forderungen und Anspruch auf das Recht, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen, sondern die Bundesregierung. Unsere Partei hebt in dem Entwurf ihres Programms hervor, daß die nationalistischen und revanchistischen Forderungen der neonazistischen NPD sich von denen der führenden Regierungspartei, der CDU/CSU, nur durch ihre größere Offenheit unterscheiden. Das Wachsen der neonazistischen Entwicklung ist nicht nur eine innere Angelegenheit der Bundesrepublik, sondern bedroht, wie in der jüngsten sowjetischen Erklärung gesagt wird, die Sicherheit der Völker Europas.

Möge sich niemand dadurch täuschen lassen, daß in der Bundesregierung sozialdemokratische Minister sind. Die rechten Führer der SPD haben sich in das herrschende staatsmonopolistische System eingegliedert. Sie vertreten nicht die Interessen der Arbeiter und der anderen werktätigen Volksschichten, sondern handeln im Interesse des Großkapitals. Sie wurden in die Regierung hineingenommen, um die Massen zum Stillhalten zu bewegen, um als Hilfsgruppe für die reaktionäre Innen- und Außenpolitik zu wirken. Sie sollen die Expansionspolitik der Monopole nach innen und außen tarnen helfen.

In der Sozialdemokratischen Partei der Bundesrepublik wirken zwei unterschiedliche Tendenzen. Auf der einen Seite steht die große Zahl der Mitglieder und Anhänger der SPD, die in ihrer Partei eine Interessensvertretung der arbeitenden Menschen sehen, die für soziale Gerechtigkeit und Fortschritt eintreten. Mit ihnen fühlen wir Kommunisten uns eng verbunden. Diese Kräfte waren aber nach 1945 nicht stark genug, die SPD auf einen neuen Weg zu führen.

Der Kurs der SPD wird bestimmt von jenen rechten Führern, die die Zusammenarbeit mit dem Großkapital zum obersten Grundsatz ihrer Politik gemacht haben. Die sozialdemokratischen Minister, auch der Außenminister Brandt, haben offen erklärt, daß für sie die Anerkennung eines zweiten Staates deutscher Nation, also der DDR, nicht in Frage komme. Sie unterstützen den Alleinvertretungsanspruch der herrschenden Kreise der Bundesrepublik. Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Helmut Schmidt, hat sich in der Wehrdebatte im Namen der Parteiführung ausdrücklich zu der von Kriegsminister Schröder vorgetragenen Konzeption — Verstärkung der Aufrüstung und Bemühungen um Verfügungsgewalt über Atomwaffen — bekannt. Die sozialdemokratischen Minister stimmen mit der Führung der CDU/CSU darin überein, daß in der Bundesrepublik Notstandsgesetze eingeführt werden sollen. Sie stellen sich damit an die Seite der reaktionärsten Kräfte der Bundesrepublik gegen die Demokraten, einschließlich der Gewerkschaften. Sozialdemokratische Minister haben dazu beigetragen, die Folgen der Krisenerscheinungen in der Bundesrepublik auf die werktätige Bevölkerung, vor allem die Arbeiterschaft, abzuwälzen. Die Tatsache, daß die rechten sozialdemokratischen Führer eine Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU durchführen, hilft der neo-

nazistischen NPD objektiv, Einfluß zu gewinnen. Sie erleichtert es der NPD, sich als oppositionelle Kraft aufzuspielen.

Mit dieser Politik laden die rechten Führer der SPD vor unserem ganzen Volk eine große Schuld auf sich; denn nur durch ihre Unterstützung der politischen Konzeption der Führung der CDU/CSU ist es dem westdeutschen Großkapital zur Zeit möglich, die Expansionspolitik durchzusetzen.

Möge sich auch niemand dadurch täuschen lassen, daß die Bundesregierung seit einiger Zeit von einer neuen Ostpolitik spricht. Wir Kommunisten stellen im Entwurf unseres Parteiprogramms fest, daß die Erfolge der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion, der DDR und anderer sozialistischer Staaten sowie des Kampfes der Friedenskräfte in der Bundesrepublik die regierenden Kreise gezwungen haben, die Formen und Methoden ihrer Außenpolitik zu ändern. Sie wollen ihre Expansionspolitik verschleiern und machen unter dem Schlagwort einer neuen Ostpolitik den Versuch, die sozialistischen Länder gegeneinander auszuspielen, sie mit den Mitteln einer psychologischen Kriegführung zu unterminieren und die DDR von ihren Verbündeten zu trennen. Die Bundesregierung will die öffentliche Meinung täuschen, um aus der Isolierung herauszukommen und sich so stärkere Positionen zur Verwirklichung ihrer Vorhaben zu verschaffen.

Hinterhältige „Politik des Brückenschlags“

Zur Globalstrategie des USA-Imperialismus gehört ebenso der Krieg in Vietnam wie die Politik vom „Brückenschlag zu den Völkern Osteuropas“, die Johnson vor einiger Zeit verkündet hat. Die Bundesregierung versucht, diese „Politik des Brückenschlags“ in Europa durchzuführen. Auf Grund der Politik des westdeutschen Großkapitals ist die Bundesregierung nach wie vor der Hauptstörenfried gegen Frieden und Entspannung in Europa.

Es wäre natürlich nicht richtig, bei Hinweisen auf die Situation in der Bundesrepublik nur die Politik der herrschenden Kreise und ihrer Helfer zu sehen. In der Bundesrepublik wir-

ken aktive Kräfte für eine realistische, auf Entspannung und Verständigung gerichtete Politik. In der Bevölkerung der Bundesrepublik verstärkt sich die Ablehnung des schmutzigen Krieges der USA gegen das vietnamesische Volk und seine Unterstützung durch die Bundesregierung. Arbeiter und Studenten, Menschen der verschiedensten Bevölkerungsschichten führen kraftvolle Aktionen gegen den Krieg der USA in Vietnam durch.

Nicht nur von unserer Partei, sondern auch aus Kreisen der Gewerkschaften, aus der Arbeiterschaft, von Studenten und von Kreisen der Intelligenz werden die Forderungen erhoben nach Aufgabe des Alleinvertre-

tungsanspruchs der Bundesregierung, nach Anerkennung der Deutschen

Demokratischen Republik und der bestehenden Grenzen in Europa.

Stärkere Abwehr der Angriffe des Großkapitals

Die sozialen Auseinandersetzungen sind härter geworden. Die Arbeiterschaft verteidigt ihren Lebensstandard mit wachsender Aktivität. In der Abwehr des Angriffs des Großkapitals auf den Lebensstandard werden wieder stärker klassenmäßige Erkenntnisse sichtbar. In Teilen der Arbeiterschaft entwickelt sich Kritik am kapitalistischen System, entsteht eine antikapitalistische Stimmung. Es bestehen größere Möglichkeiten, in der Arbeiterbewegung die historische Mission der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu überwinden, wieder stärker bewußt zu machen.

Im Entwurf ihres Programms stellt unsere Partei fest, daß die im Kampf

gegen die Notstandsgesetze entstehende Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Intelligenz und Jugendorganisationen heute den Kern der demokratischen Bewegung bildet. In der Bewegung gegen die Atombewaffnung, für Abrüstung haben sich Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Bekenntnisse zum gemeinsamen Handeln für den Frieden zusammengefunden. Diese Bewegungen haben die großen Möglichkeiten eines breiteren Bündnisses der demokratischen Kräfte sichtbar gemacht. Sie haben neue Formen des demokratischen Protestes und neue Organe des demokratischen Kampfes hervorgebracht.

Unser Parteiprogramm zeigt Alternative

Zur Abwehr der Notstandsdictatur, der sozialen Reaktion und der wachsenden neonazistischen Gefahr, für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte, für eine entschiedene Friedenspolitik und normale Beziehungen zur DDR, für eine demokratische Umgestaltung der Bundesrepublik bedarf es der weiteren Verstärkung des Zusammenschlusses der demokratischen Kräfte und ihrer Aktionen.

Der Erfolg der Volkskräfte hängt in hohem Maße davon ab, wie sich Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen, die demokratischen Kräfte aus allen Schichten des Volkes auf ein gemeinsames demokratisches Aktionsprogramm einigen. Für solch ein gemeinsames demokratisches Aktionsprogramm leistet die KPD mit dem Entwurf ihres Parteiprogramms einen Beitrag. Wir entwickeln damit eine Alternative zur reaktionären Politik der herrschenden Kreise. Wir zeigen den Weg zur Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat des Friedens und der fortschrittlichen Demokratie.

Wir möchten auch feststellen, daß sich in der Bundesrepublik die Forderung nach Wiederherstellung der Legalität unserer Partei verstärkt. Wir haben im Kampf um die Legalität Fortschritte gemacht. Dazu hat die Solidarität, die wir aus aller Welt, vor

allen von unseren Bruderparteien, erfahren haben, viel beigetragen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit allen Bruderparteien für die bereits erwiesene Solidarität, die sie uns im Kampf um die Legalität unserer Partei gaben, von ganzem Herzen danken. Wir verbinden damit die Bitte, unseren Aktionen für die freie Diskussion des Programms und die Aufhebung des KPD-Verbots verstärkte Unterstützung zu geben.

Liebe Genossen! Wir glauben, es besteht Übereinstimmung darin, daß infolge der aggressiven Umtriebe des Imperialismus die Gefahr eines Weltkrieges wächst. Eine Tatsache ist auch, daß der Imperialismus zur Verwirklichung seiner aggressiven Pläne offen auf die Meinungsverschiedenheiten in unseren Reihen spekuliert und sie gegen die Interessen der Völker, gegen nationale Freiheit, Demokratie und Sozialismus ausnützt. Es ist deswegen auch kein Zufall, daß die reaktionären Kräfte in aller Welt, auch in der Bundesrepublik, alles getan haben, um die Vorbereitung dieses Konsultativtreffens zu stören; daß sie alles tun, um gegen eine Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien zu intrigieren. Sicherlich wird schon die Einberufung einer internationalen Beratung den Plänen der Imperialisten, die fortschrittlichen Kräfte weiter zu entzweien, einen Schlag versetzen.

In dem Entwurf des Programms unserer Partei wird hervorgehoben, daß die KPD im Streben nach Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung und aller antiimperialistischen Kräfte in der Welt davon ausgeht, daß eine erfolgreiche Strategie der Arbeiterbewegung die Anerkennung allgemeingültiger Grundsätze wie auch die Berücksichtigung der besonderen geschichtlichen und nationalen Entwicklung in jedem einzelnen Land erfordert. Unsere Partei wehrt sich gegen Tendenzen der nationalen Absonderung, die der gemeinsamen Sache nur schaden können. Das Grundprinzip des Marxismus-Leninismus, „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ geht davon aus, daß jede Partei sowohl die Verantwortung vor der Arbeiterklasse und dem Volk ihres Landes als auch eine internationale Verantwortung vor der gesamten kommunistischen Weltbewegung trägt. Angesichts der koordinierten Aktionen des Imperialismus können uns nur eine gemeinsam vereinbarte Politik in den Hauptfragen der internationalen Auseinandersetzungen und darauf basierendes gemeinsames Handeln vortragen. Bei einer Koordinierung

der Aktionen werden die Gesamtbewegung und die revolutionären Kräfte eines jeden Landes die Gewinner sein. Gleichzeitig damit findet der Kampf der nationalen Kräfte für Fortschritt im eigenen Land einen stärkeren internationalen Widerhall und wird dementsprechend um so wirkungsvoller, je enger er mit der revolutionären antiimperialistischen Weltbewegung verbunden ist.

Es wird manchmal die Meinung vertreten, daß eine internationale Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien erst dann stattfinden solle, wenn restlos alle kommunistischen und Arbeiterparteien ihre Bereitschaft, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, deutlich gemacht haben. Das würde aber bedeuten, zuzulassen, daß einige wenige Parteien oder gar eine einzige Partei, wie die von der Gruppe Mao Tse-tung beherrschte Kommunistische Partei Chinas, die mit einer internationalen Konferenz nicht einverstanden ist, der weltweiten kommunistischen und Arbeiterbewegung ihren Willen aufzwingt. Die so notwendige Aussprache und Schaffung der Aktionseinheit würde endlos hinausgezögert.

Internationale Konferenz unbedingt notwendig

Unsere Partei hat an vielen zwei- und mehrseitigen Treffen teilgenommen und auch aktiv die bedeutende Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Karlovy Vary unterstützt. Diese Beratungen sind positiv, aber sie können eine internationale Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien nicht ersetzen. Eine internationale Konferenz ist zweifellos eine besonders wertvolle und jetzt unbedingt notwendige Methode, um die großen aktuellen Probleme zu beraten und die gemeinsamen wesentlichen Ziele und Aufgaben im Geiste unserer gemeinsamen Verantwortung im antiimperialistischen Kampf herauszuarbeiten.

Selbstverständlich verschließen wir nicht die Augen davor, daß es zur Zeit zu einer Reihe von Fragen unterschiedliche Meinungen und Standpunkte in der kommunistischen und Arbeiterbewegung gibt. Aber es gibt

zweifelloso viele aktuelle Probleme, wichtige und unaufschiebbare Fragen, die für alle Parteien von Interesse sind und um die eine Aktionseinheit hergestellt werden kann und muß. Von diesem Konsultativtreffen aus sollte deswegen eine internationale Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien einberufen werden. Sie sollte im November dieses Jahres in Moskau stattfinden. Diese Anregung berücksichtigt sowohl die Notwendigkeit einer guten Vorbereitung als auch die Dringlichkeit der baldigen Abhaltung einer solchen Konferenz.

Es gibt die Anregung, eine Konferenz auf noch breiterer Grundlage einzuberufen, eine Konferenz der verschiedensten antiimperialistischen Kräfte, nicht nur der kommunistischen und Arbeiterparteien. Das ist sicherlich ein sehr richtiger Vorschlag. Aber ebenso richtig ist unserer Meinung nach auch, daß eine Konferenz der kommunistischen

und Arbeiterparteien einer solchen Beratung mit anderen Kräften vorausgehen sollte. Die kommunistischen und Arbeiterparteien sind ausgerüstet mit der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus-Leninismus. Sie sind die Hauptkraft im Kampf gegen den Im-

perialismus, für Frieden, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus. Ihr Erfahrungsaustausch und die Schaffung ihrer Aktionseinheit ist eine wichtige Bedingung für die Förderung des Zusammenschlusses aller anti-imperialistischen Kräfte.

Kernfrage: Einheit festigen

Was die Tagesordnung der internationalen Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien anbetrifft, so sind wir der Meinung, daß sie sich auf die Kernfrage konzentrieren sollte: die Einheit der kommunistischen Weltbewegung zu festigen, die sozialistischen und demokratischen Kräfte aller Länder im Kampf gegen den Imperialismus, für die nationale und soziale Befreiung der Völker und für die Verteidigung des Weltfriedens zusammenzuschließen.

Wir müssen eine antiimperialistische Aktionseinheit der internationalen kommunistischen Bewegung gegen die Globalstrategie des Imperialismus schaffen.

Wir halten für wichtig, zum Beispiel in folgenden Fragen zu Übereinstimmung und gemeinsamen Handeln zu finden:

① Wie kann der Kampf gegen den schmutzigen Krieg des USA-Imperialismus in Vietnam im weltweiten Maßstab vereint und gestärkt werden, so daß ein Ende der amerikanischen Aggression herbeigeführt werden kann?

② Wie können Aggressionen des USA-Imperialismus an jeder Stelle der Welt, seine Versuche, nationale Befreiungsbewegungen zu ersticken, Nationen ihre Unabhängigkeit

zu rauben, gemeinsam zurückgewiesen werden?

③ Wie kann durch gemeinsame Aktionen erreicht werden, daß die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden geschaffen werden? Dazu gehören solche Fragen wie Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen; Anerkennung der Existenz zweier souveräner und gleichberechtigter deutscher Staaten; Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa; Ausschluß der Möglichkeit, daß die herrschenden Kreise der Bundesrepublik in irgendeiner Form Zugang zu Atomwaffen bekommen; Bekämpfung des Revanchismus und des Neonazismus in der Bundesrepublik. Beseitigung des Verbots der Kommunistischen Parteien in der Bundesrepublik, in Spanien, Griechenland, Portugal und der Türkei; die Unterstützung des Kampfes für demokratische Verhältnisse in Griechenland, zur Rettung des Lebens der Tausende, die heute vom militärfaschistischen Regime in Griechenland in Haft gehalten und gequält werden.

Eine Konferenz, die in diesen und anderen brennenden Fragen zu gemeinsamen Auffassungen und zur Aktionseinheit führen würde, wäre für die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in der ganzen Welt und sicherlich auch in unserem Lande ein großer Gewinn.

Vorbereitung im Kollektiv

Wir meinen, die Vorbereitung der Konferenz sollte im Kollektiv vorgenommen werden, unter der Berücksichtigung der Tatsache, daß alle kommunistischen Parteien unabhängig und gleichberechtigt sind. Wir halten es für richtig, eine Kommission zur Vorbereitung der Konferenz zu bilden, zu der alle Parteien ihre Vertreter entsenden können.

Die Konferenz sollte keinesfalls lediglich eine Aussprache, keinesfalls ausschließlich ein Meinungsaustausch

sein. Es sollten sehr wohl zu den brennenden Fragen, in denen Aktionsseinheit geschaffen werden muß, Entschlüsse oder Dokumente vorbereitet, diskutiert und verabschiedet werden, durch die die Handlungen der einzelnen Parteien in den konkreten Bedingungen, unter denen sie arbeiten müssen, befruchtet werden könnten; Dokumente oder Entschlüsse, die als Richtlinie gelten, welche das zuständige führende Organ jeder Partei — unter Berücksichtigung der Besonder-

heiten ihrer Lage — verwirklicht. Dabei sollten die Vorschläge des Konsultativtreffens entsprechende Berücksichtigung finden.

Wir sind der Meinung, daß eine internationale Konferenz, die in diesem Geiste vorbereitet und durchgeführt wird, ein wichtiger Beitrag für die Schaffung der Einheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung, ein

wichtiger Beitrag für den Sieg über den Imperialismus sein wird.

Die Delegation der KPD dankt den ungarischen Genossen für die gute Vorbereitung der Konferenz, für die gute Gastfreundschaft, mit der sie uns aufgenommen, und für die guten Bedingungen, die sie für die Durchführung des Konsultativtreffens geschaffen haben.

Zu den Ergebnissen des Konsultativtreffens von Budapest

VON JUPP ANGENFORT

Hoffnung und Enttäuschung der Reaktionäre aller Welt, was das Konsultativtreffen der kommunistischen und Arbeiterparteien in Budapest anbetrifft, lassen sich in zwei Zitate zusammenfassen. Wenige Tage vor dem Konsultativtreffen schrieb die „New York Times“: „Zerschellen wird das Treffen von Budapest an kleinbürgerlichen Nationalismus und dem Gezänk der kommunistischen Parteien.“ Hier war der Wunsch der Vater des Gedankens! Am 4. März schrieb Springers „Die Welt“ mit bitterem Unterton „Hoffnungen auf Zerwürfnisse in Budapest haben sich nicht erfüllt.“ Einen Sieg errang die Sache des proletarischen Internationalismus!

66 kommunistische und Arbeiterparteien haben sich dafür ausgesprochen, für Ende 1968 eine internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien nach Moskau ein-

zuberufen. Als Tagesordnungspunkt wurde festgelegt: „Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller antiimperialistischen Kräfte.“ Im Abschluß-Kommuniqué wurde hervorgehoben, daß das Ziel der Beratung die Festigung der Einheit der kommunistischen Bewegung und die Förderung des Zusammenschlusses der sozialistischen und demokratischen Kräfte im Kampf gegen den Imperialismus, für die nationale und soziale Befreiung der Völker und den Weltfrieden ist. Es war ein großer und erhebender Augenblick, als nach Verabschiedung des Kommuniqués in Dutzenden von Sprachen die Internationale gesungen wurde. Die Etappe der direkten und konkreten Vorbereitung des neuen Welttreffens hat begonnen.

Das beeindruckendste Ergebnis

Das allgemeine Bestreben, die Schwierigkeiten in der internationalen Arbeiterbewegung zu überwinden, die Einheit der kommunistischen und Arbeiterparteien zu festigen, war das beeindruckendste Erlebnis aller Teilnehmer am Budapester Treffen. Immer wieder sprachen Delegierte der verschiedenen Bruderparteien den Gedanken aus, daß neue Möglichkeiten für den Aufschwung der revolutionären Bewegung entstanden sind, weil sich das internationale Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Friedens und des Sozialismus verändert. Sie hoben zugleich hervor, daß die Nutzung dieser Möglichkeiten selbstverständlich im großen Maße davon abhängt, daß die kommunistische Weltbewegung

ihre politische Linie vervollkommenet, ihre Taktik bereichert und geschlossen gegen Imperialismus und Reaktion vorgeht. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt den erbitterten Widerstand der Hauptkräfte des Imperialismus — vor allem des Imperialismus der USA und seines getreuesten Verbündeten, des Großkapitals der Bundesrepublik — hervorruft; daß diese Kräfte in gesteigerter Aggressivität den Ausweg suchen und die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschwören; daß sich die imperialistischen Kräfte die Schwächung des Zusammenhalts in der kommunistischen Weltbewegung zunutze machen; daß die Kommunisten, um

ihre historische Mission zu erfüllen, vor allem ihre Einheit festigen, sie auf der Grundlage der allgemeinen Interessen der internationalen Arbeiterklasse, auf dem Boden des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus gestalten müssen.

Das Konsultativtreffen von Budapest ist ganz zweifellos ein Fortschritt im Kampf um die Einheit der kommunistischen Weltbewegung. Es ist eine Niederlage der spalterischen und nationalistischen Gruppe um Mao Tse-tung, die sich der weltweiten Zusammenarbeit nach gemeinsam ausgearbeiteten marxistisch-leninistischen Erkenntnissen widersetzt und dementsprechend gegen eine neue internationale Beratung ankämpft. Die Beschlüsse des Budapester Treffens zeigen, daß die überwiegende Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterparteien entschlossen ist, ihre Strategie und Taktik im Kampf gegen den Imperialismus zu präzisieren, sich über zielstrebige, gemeinsame Aktionen auszusprechen und auf ihre Durchführung zu einigen. Es wird eine Aufgabe der vom Konsultativtreffen gebildeten Vorbereitungskommission sein, Entwürfe für die Dokumente der neuen Moskauer Weltkonferenz auszuarbeiten und sie der Konferenz zu unterbreiten.

Unsere Partei ist mit sehr vielen anderen Parteien der Meinung, daß im Hauptdokument der zukünftigen Moskauer Beratung, in dem die Probleme des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe dargelegt und praktische Vorschläge über einheitliche Aktionen aller kommunistischen und Arbeiterparteien, für den Zusammenschluß aller antiimperialistischen Kräfte formuliert werden, die Treue der kommunistischen Bewegung zur Lehre von Marx und Lenin

und zum proletarischen Internationalismus zum Ausdruck kommen muß. Da, wie alle Parteien auf dem Budapester Treffen hervorhoben, die verstärkte Unterstützung des Kampfes gegen die Aggression des USA-Imperialismus in Vietnam und die Verstärkung des Kampfes um die Erhaltung des Weltfriedens, zur Verhinderung eines atomaren Weltkrieges besondere Bedeutung haben, wäre es sicherlich gut, zu diesen beiden Fragen noch spezielle Entschlüsse vorzubereiten.

Es war ein Höhepunkt der Konferenz, als einstimmig die Solidaritätsbotschaft an das heldenmütig kämpfende vietnamesische Volk angenommen wurde. In ihr wird versichert, daß die Hilfe der sozialistischen Länder, aller fortschrittlichen Menschen der Welt wachsen wird. Diese Botschaft ist eine große Verpflichtung für uns Kommunisten in der Bundesrepublik. Sie ist darüber hinaus eine Ermunterung für alle Gegner des schmutzigen Krieges in Vietnam. Sie finden darin bestätigt, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien, die sich in Budapest trafen, einmütig für einen Frieden in Vietnam kämpfen, „der das Volk zum einzigen Herrscher auf dem Boden Vietnams macht“.

Es ist wichtig, mitzuteilen, daß nach den Imperialisten der USA das Großkapital der Bundesrepublik von den Delegierten aus aller Welt am häufigsten als Gefahr für den Frieden genannt wurde. Immer wieder haben uns gegenüber Vertreter von Bruderparteien ihre Solidarität mit der KPD zum Ausdruck gebracht und unterstrichen, daß sie alles tun werden, um den Kampf für freie Diskussion des Programmentwurfs, für die Wiederherstellung der Legalität unserer Partei zu unterstützen.

Für internationalistische Positionen

Im Entwurf des Programms unserer Partei wird hervorgehoben, daß die KPD im Streben nach Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung und aller antiimperialistischen Kräfte der Welt davon ausgeht, daß eine erfolgreiche Strategie der Arbeiterbewegung die Anerkennung allgemein gültiger Grundsätze wie auch die Berücksichtigung der besonderen

geschichtlichen und nationalen Entwicklung in jedem einzelnen Land erfordert. Es heißt dann im Programm-entwurf: „Die KPD wendet sich gegen Tendenzen der nationalen Absonderung, die der gemeinsamen Sache nur schaden können.“ In Budapest hat in den Beratungen dieses Problem, die Notwendigkeit der Verstärkung des proletarischen Internationalismus und

des Kampfes gegen den kleinbürgerlichen Nationalismus eine besondere Rolle gespielt. Es ist eine Tatsache, daß in den vergangenen Jahren in einigen kommunistischen Parteien gefährliche nationalistische Tendenzen in Erscheinung getreten sind. Durch sie wurde die Einheit bei der Abwehr imperialistischer Angriffe gestört. In einigen Parteien gibt es die Tendenz, die Bedeutung der kollektiven Erarbeitung einer für alle kommunistischen und Arbeiterparteien gemeinsamen Linie in den Hauptfragen des Kampfes durch die Überbetonung der nationalen Besonderheiten zu mindern.

Selbstverständlich gibt es unterschiedliche Bedingungen des Kampfes in den einzelnen Ländern und Gebieten und, auf dieser Grundlage, unterschiedliche Formen und Methoden des Kampfes. Es wäre aber völlig falsch, der Meinung zu sein, daß sie die Herausarbeitung einer gemeinsamen Linie der kommunistischen Weltbewegung und damit die Festigung der Einheit unmöglich machen. Vor 120 Jahren schrieben Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“: „Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß einerseits sie in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletariat die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des Gesamtproletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf

zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.“¹⁾ Diese Worte sind von einer brennenden Aktualität. Gerade die Mannigfaltigkeit der Bedingungen des Kampfes macht eine einheitliche Orientierung, eine gemeinsame Linie aller kommunistischen und Arbeiterparteien dringender geboten denn je. Mit Recht wiesen viele Delegationen in Budapest auf die Notwendigkeit des entschiedenen Kampfes gegen Tendenzen des kleinbürgerlichen Nationalismus hin, darauf, daß es erforderlich ist, den proletarischen Internationalismus, die internationale Solidarität zu stärken.

Die Vertreter sehr vieler Parteien hoben in ihren Beiträgen hervor, daß ein wesentliches Kriterium des Verhaltens zum proletarischen Internationalismus die Verbundenheit mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist, daß Antisowjetismus mit proletarischem Internationalismus unvereinbar ist; daß jeder Versuch, das Vertrauen in die Sowjetunion zu erschüttern, das Vertrauen in den gesamten revolutionären Weltprozeß erschüttert und somit dem Vertrauen zu jeder kommunistischen Partei Abbruch tut. Es war eine Demonstration der Verbundenheit mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, als die in Budapest vertretenen Bruderparteien einmütig dem auch von unserer Delegation eingebrachten Vorschlag zustimmten, die neue internationale Beratung in Moskau durchzuführen.

Die weiteren Aufgaben

Selbstverständlich sind durch das Konsultativtreffen in Budapest nicht schon alle Probleme der Vorbereitung des Welttreffens im einzelnen gelöst. Es gab zum Beispiel unterschiedliche Auffassungen darüber, ob auf der bevorstehenden Weltkonferenz nur solche Fragen zur Diskussion kommen sollten, in denen zwischen den Bruderparteien schon Übereinstimmung besteht oder ob auch Fragen erörtert werden sollen, zu denen die Ansichten der Bruderparteien unterschiedlich sind, zum Beispiel einige politisch-ideologische Probleme. Unsere Partei teilt die Auffassung all der Parteien, die der Meinung sind, daß in der Beratung offen und

kameradschaftlich auch Fragen erörtert werden sollten, zu denen es unterschiedliche Auffassungen gibt. Das wird zur Klärung beitragen. Das wird helfen, alle Fragen auf Grund einer marxistisch-leninistischen Analyse der revolutionären Entwicklung in der Welt, d. h. auf prinzipieller Grundlage zu lösen oder einer Lösung näherzubringen.

Es wäre nicht richtig, anzunehmen, daß durch die Organisierung der Weltkonferenz sämtliche Probleme in der internationalen Arbeiterbewegung auf einmal gelöst werden können, daß die vollständige Wiederherstellung der Einheit der internationalen Arbeiterbewegung sozusagen auf einen Streich erreicht werden könnte. Aber gerade

¹⁾ Kommunistisches Manifest, Dietz Verlag Berlin 1964, S. 58.

die Budapester Tagung zeigte, daß die gemeinsamen Auffassungen und das Streben nach Einheit das Überwiegende sind. Ganz zweifellos wird die jetzt beginnende Etappe der direkten Vorbereitung der internationalen Beratung zu einer breiteren Entwicklung von Kontakten zwischen den Bruderparteien führen, wird die schöpferische, kollektive Arbeit zur Ausarbeitung der besten Wege, die der Lösung der Aufgabe dienen, die in der Tagesordnung für das Welttreffen umrissen wurde, verstärkt werden.

Die rumänischen Genossen haben das Budapester Treffen vorzeitig verlassen. Das Treffen hat dieses Verhalten der rumänischen Delegation bedauert. Es hat festgestellt, daß die rumänische Delegation allein die volle Verantwortung für diesen Schritt trägt. Die Delegationen aller Parteien haben, im Interesse der Einheit der internationalen Bewegung, die Arbeit fortgesetzt und mit Erfolg abgeschlossen. Alle Delegationen, die in Budapest waren, hoffen und wünschen, daß die rumänischen Genossen ihre Position überdenken und konstruktiv an der Vorbereitung des Welttreffens mitarbeiten. Selbstverständlich hat die Kommunistische Partei Rumäniens — wie jede kommunistische und Arbeiterpartei — das Recht und die Möglichkeit, in jeder von ihr gewünschten Art an den Arbeiten des Vorbereitungskomitees teilzunehmen.

Die rumänische Delegation hat behauptet, die Atmosphäre des Konsultativtreffens habe keinen demokratischen Meinungsaustausch gestattet. Es gab keine andere in Budapest vertretene Partei, die diese Auffassung der rumänischen Genossen teilte. Das Treffen in Budapest war ein Beispiel für eine demokratische Arbeitsweise. Jede Partei konnte so lange und so oft sprechen, wie sie es wünschte. Jede Partei konnte zu allen Problemen, die

sie für bedeutsam hielt, ihre Meinung sagen. Alle Parteien waren im Sekretariat der Konferenz vertreten. Alle Parteien, ob groß oder klein, an der Macht oder illegal, waren gleichberechtigt. In eben diesem Geiste wird das Moskauer Welttreffen vorbereitet!

Es ist bekannt, daß aus unterschiedlichen Gründen nicht alle kommunistischen und Arbeiterparteien am Konsultativtreffen teilgenommen haben. Das Konsultativtreffen hat sich auch an diese Parteien gewandt und sie aufgerufen, sich gleichberechtigt in die Vorbereitungen für das Moskauer Treffen einzuschalten. Selbstverständlich aber, auch darüber bestand Übereinstimmung, kann man sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß das Welttreffen erst dann stattfinden könne, wenn restlos alle kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt zu verstehen gegeben haben, daß sie an ihm teilnehmen. Das hieße ja, zuzulassen, daß einige wenige Parteien oder auch nur eine einzige Partei der weltweiten kommunistischen Bewegung ihren Willen aufzwingt. Auch wenn noch nicht alle Parteien teilnehmen sollten, wird die Moskauer Konferenz und ihre Vorbereitung ein entscheidender Schritt zur Festigung der Einheit sein, werden die Konferenz und ihre Beschlüsse wie ein Magnet für die weitere Stärkung der Einheit wirken.

Unsere Partei wird, den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus folgend, alles für die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung für eine gute Vorbereitung des Welttreffens in Moskau tun. Mit dem Entwurf unseres Programms zu arbeiten, in seinem Sinne tätig zu werden, unsere Partei ideologisch und zahlenmäßig zu stärken — das ist sicherlich ein wesentlicher Teil unseres Beitrages.

Zum Nürnberger Parteitag der SPD

VON GERHARD KÄMPER

I.

Der SPD-Parteitag ist mit seinen Beschlüssen in den politischen Hauptfragen den heutigen Erfordernissen, den Wünschen und Anträgen der SPD-Mitgliedschaft, den Forde-

rungen der Gewerkschaften und des gesamten werktätigen Volkes in keiner Weise gerecht geworden. Alle von den rechten Führungskräften durchgesetzten Beschlüsse entsprechen dem mit

der CDU/CSU vereinbarten Koalitionskurs.

Mit unterschiedlichen Mehrheiten wurde beschlossen: Fortsetzung der Koalition mit der CDU/CSU, grünes Licht für die Zustimmung zur Notstandsgesetzgebung, Festhalten an der NATO, an der Nichtanerkennung der DDR und am Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung. Die wichtigsten Entscheidungen zur Wirtschaftspolitik entsprochen dem bisherigen Kurs der Koalitionsregierung. Die Stellungnahme zur Oder-Neiße-Grenze beinhaltet keine wirkliche Anerkennung dieser Grenze. Das Bündnis mit den USA wurde als Eckpfeiler der Außenpolitik der Bundesregierung erklärt, und in der Atomwaffenfrage wurde eine „europäische“ Hintertür

offen gehalten. Es gibt keine konkreten Abrüstungsvorschläge, keinen Beschluß zum Rüstungsstopp bzw. zur Kürzung des Rüstungsetats. Einer Entscheidung zugunsten der Legalität der KPD wurde ausgewichen.

Dagegen führten insbesondere Brandt und Schiller scharfe Angriffe gegen die Gewerkschaften und die gesamte außerparlamentarische Opposition. In allen Grundfragen der Innen-, Außen- und Gesellschaftspolitik wurden die Beschlüsse gefaßt, die den heutigen Erfordernissen und den historischen Notwendigkeiten entgegen stehen und die in keiner Weise den politischen Einflußmöglichkeiten der SPD auf Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik entsprechen.

II.

Doch waren die Beschlüsse im Sinne der Politik der Großen Koalition nicht das alleinige Ergebnis des SPD-Parteitag. Bereits vor dem Parteitag kam es auf den Konferenzen der unteren Parteigliederungen zu erheblichen Auseinandersetzungen über die Politik der Partei. Zum erstenmal ist es der rechten Führungsspitze mit den vor dem Parteitag veröffentlichten „Perspektiven“ nicht gelungen, die Unruhe, Unzufriedenheit und wachsende Kritik am Koalitionskurs aufzufangen und die gesamte Partei mit der Grundlinie, wie sie im Koalitionspapier mit der CDU/CSU vereinbart wurde, gleichzuschalten. In 952 Anträgen aus der Partei, in einem Schreiben des DGB-Bundesvorstandes und in einer wahren Flut von Zuschriften aus allen Teilen der Bundesrepublik wurde vom Parteitag die Abkehr vom Koalitionskurs und die Ablehnung der Notstandsgesetze und vieles andere gefordert. In der Gesamtheit der Anträge und Zuschriften an den Parteitag wurde das Verlangen einer demokratischen und sozialen Alternative sichtbar.

Schon seit Jahren waren die rechten Führer der SPD nicht mehr einem derartigen Druck außerparlamentarischer Kräfte und auch aus der SPD selbst ausgesetzt. Dieser Druck bestätigt in

vollem Umfange die Einschätzung im Programmentwurf der KPD über die wachsende Unruhe, Unzufriedenheit und die Verschärfung der Klassenwidersprüche und des Klassenkampfes in der Bundesrepublik sowie über die Notwendigkeit der Durchsetzung einer neuen Politik und tiefgreifender demokratischer Umgestaltungen. Das Drängen breiter Massen nach einem neuen Kurs in der Bundesrepublik kommt besonders scharf in einem Flugblatt der IG-Metall-Jugend Nürnbergs an den SPD-Parteitag zum Ausdruck. Dort heißt es:

„Um einiges durchführen zu können, muß man die heiligen Kühe unserer Gesellschaftsordnung schlachten, den Rüstungsetat zusammenstreichen, dem hemmungslosen Gewinn- und Machtstreben der Monopole ein Ende setzen und eine stärkere Besteuerung der Reichen durchführen.“

Die Konfrontation der rechten SPD-Führung mit der außerparlamentarischen und innerparteilichen Opposition zeigte auch die Kundgebung des „Kuratoriums Notstand der Demokratie“ vor Beginn des SPD-Parteitages in Nürnberg. Diesem Kuratorium gehören 3 Landtagsabgeordnete und 7 Stadträte der SPD, der DGB-Vorsitzende und 5 Führungskräfte aus Gewerkschaften in Nürnberg an.

III.

Die wachsende Bewegung unter breiten Volkskräften gegen die Politik der Großen Koalition und die zuneh-

mende Opposition in der SPD mußten sich auch auf dem Parteitag widerspiegeln. Im Mittelpunkt der Ausein-

andersetzung auf dem Parteitag stand die Koalition mit der CDU/CSU. Zwar konnten die rechten Führer in der Abstimmung über die Große Koalition eine knappe Mehrheit erreichen (147 : 143), aber dennoch zeigt gerade dieses Ergebnis die ganze krisenhafte Lage, in der sich die SPD befindet und den tiefen Riß in der Partei in der Koalitionstrage. Zweifellos lehnt die Mehrheit der Mitglieder der SPD die Koalition mit der CDU/CSU und ihren politischen Kurs ab. Unter dem Druck der außerparlamentarischen und innerparteilichen Opposition sowie des Kräfteverhältnisses auf dem Parteitag selbst wurde eine

Entscheidung über das Mehrheitswahlrecht verlagert, ein Beschluß über eine Initiative der Bundestagsfraktion in der Mitbestimmungsfrage noch in dieser Legislaturperiode gefaßt, positive Veränderungen und Zusätze in den Entschlüssen zur USA-Aggression in Vietnam und zur Militärdiktatur in Griechenland durchgesetzt sowie die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages gefordert. Trotz dieser Zugeständnisse waren die oppositionellen Kräfte auf dem Parteitag zu schwach, um wesentlichen Einfluß auf die politischen und gesellschaftlichen Hauptentscheidungen auszuüben.

IV.

In der SPD ist eine tiefgreifende Gärung im Gange. Brandt schätzte die Grundstimmung in den Massen und in der Partei mit den Worten ein: „Machen wir uns nichts vor, es sieht alles nach einer Krise aus . . . Woher kommen . . . die irrationalen Erscheinungen und doch wohl neuartigen Spannungen, die wir nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch gegenüber der Partei und manchmal auch innerhalb der Partei erleben. . . . Nach 15 Monaten sozialdemokratischen Mitwirkens in der Regierung ist dieser Staat, ist diese Bundesregierung noch mehr unser Staat als je zuvor im Positiven wie im Negativen!“

Diese Antwort, einschließlich der Beschlüsse des Parteitages in den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hauptfragen, zeigt nicht nur die Mitverschwoarenheit der rechten SPD-Führer mit den reaktionären, herrschenden Kräften des Monopolkapitals, die diesen Staat beherrschen, sondern auch ihre Unfähigkeit zu erkennen, daß ihre Integrationspolitik infolge der Verschärfung der objektiven Klassengegensätze und des wachsenden Klassenbewußtseins und des Klassenkampfes der Massen letzten Endes zum Scheitern verurteilt ist.

Gebendet vom Antikommunismus und ihrer Ergebenheit gegenüber dem Großkapital führt sie dazu, jede echte Bewegung im Volk nach grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen aufzufangen, zu „kanalisieren“ und in den scheinbar sicheren Hafen der „friedlichen Zusammen-

arbeit von Kapital und Arbeit“ zu steuern. Deshalb sehen die SPD-Führer in der Steigerung der Investitionen zur Ankurbelung der Konzern-Wirtschaft das Allheilmittel zur Lösung der objektiven Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit. Deshalb begrüßen sie in ihren „Perspektiven“ ausdrücklich die weitere Konzentration des Kapitals und sehen für die „moderne Industriegesellschaft“ Gefahren lediglich in einer „Herrschaft der Technik und der Technokraten über den einzelnen Menschen“ und daß der „Staat . . . dem Einzelnen gegenüber nicht übermächtig sein . . .“ darf.

Sieht man diese wirtschaftspolitische Orientierung der rechten SPD-Führer und ihr Bekenntnis zum heute bestehenden Regime, zur Notstandsgesetzgebung und zur gesamten Staatsreform, zum Streben nach noch autoritäreren Herrschaftsformen im Zusammenhang mit dem Kurs der Nichtanerkennung der DDR und der Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesregierung, dann ist die eigentliche Zielsetzung der Koalitionsregierung unschwer zu erkennen. Dem Wesen nach ist diese Politik innenpolitisch reaktionär und außenpolitisch revanchistisch. Die rechten Führer der SPD fühlen sich offenbar wie 1914, 1918 und auch wie in der Zeit nach 1945 berufen, Retter des Großkapitals und seiner durch und durch reaktionären Macht zu sein. Sie geben sich der Illusion hin, die sich ständig verschärfenden Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalis-

mus partiell lösen und den Klassenkampf entschärfen zu können und damit die Voraussetzungen zu schaffen, die Herrschaftsverhältnisse der Bundesrepublik eines Tages auf die DDR zu übertragen. Wenn diese Politik infolge des internationalen Kräfteverhältnisses und der wachsenden Kräfte in der Bundesrepublik auch letzten Endes zum Scheitern verurteilt ist, so ist es doch dringend notwendig, die ganze Gefährlichkeit dieser Konzeption

V.

Das Anwachsen der außerparlamentarischen Opposition und die Zunahme der Unruhe und Kritik innerhalb der SPD hat die SPD-Führung gewarnt. Sie fürchtet die Isolierung und 1969 eine Wahlniederlage. Deshalb hat sie auf dem Nürnberger Parteitag die These vom „begrenzten Konflikt“ mit der CDU/CSU entwickelt. Diese Taktik soll die Massen und die SPD-Mitglieder irritieren und den Eindruck erwecken, als verfolge sie andere und weitergehende Ziele als die CDU/CSU. Sie ist aber gleichzeitig Ausdruck für die Tatsache, daß die rechten Führer der SPD zwischen zwei Stühlen sitzen und ihre Rolle als Erfüllungsgehilfen der herrschenden Kräfte nur erfüllen können, wenn sie ihren Einfluß unter den Massen erhalten.

Wie unsicher die Stellung der herrschenden Kreise ist, von welchen inneren Schwierigkeiten und Widersprü-

★

★

★

In dieser Situation haben die öffentliche Diskussion des Programmentwurfs und der Kampf um die Legalität der KPD erhöhte Bedeutung. Die Arbeiter, die Jugend, die Intellektuellen, die Bauern und breite Massen des Bürgertums, die heute bereits zur Regierung der Großen Koalition in Opposition stehen und nach einer Alternative suchen, werden die Notwendigkeit einer legalen KPD erkennen und ihren Legalitäts-Kampf unterstützen, wenn sie an der Diskussion des Programmentwurfs teilnehmen.

Neben der allgemeinen Verbreitung und Diskussion des Programmentwurfs in der Öffentlichkeit ist die Diskussion mit den Sozialdemokraten für die

zu erkennen. Gerade die Mitwirkung der rechten Führungsspitze in der Regierung der Großen Koalition bei der Verwirklichung der Notstandsgesetze, der Wirtschaftspolitik und der sogenannten neuen Ostpolitik kompliziert den Kampf der demokratischen Kräfte, erfordert von ihnen Prinzipienfestigkeit, Ausdauer und viel Geduld bei der Überzeugung der Massen und vor allem der Anhänger und Mitglieder der SPD.

chen sie betroffen sind, das zeigt nicht zuletzt der Rücktritt des Innenministers Lücke, der in der Frage der Notstandsgesetzgebung und der geplanten Wahlrechtsreform besonders engagiert war. Die angesetzte zweite Lesung der Notstandsgesetze und die für Juli geplante dritte Lesung zeigt, daß die rechten SPD-Führer, trotz aller verbalen Abgrenzungen von der CDU/CSU, an der Grundlinie des Koalitionskurses festhalten. So erweisen sich aber alle Bekenntnisse Brandts und anderer SPD-Führer zur Demokratie, zum Frieden und zum sozialen Fortschritt als leere Worte. Eine tatsächliche Abgrenzung von der CDU/CSU erfordert die offene Auseinandersetzung mit dieser Partei über ihre reaktionäre Innen- und aggressive Außenpolitik, zu der die SPD-Führer aber in der Regierung der Großen Koalition weder in der Lage noch willens sind.

weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung und die Mobilisierung der Kräfte der Arbeiterklasse von entscheidender Bedeutung. Dabei müssen sich die Kommunisten die Aufgabe stellen, die Revanche- und Rüstungspolitik der herrschenden Kräfte der Bundesrepublik und ihrer Partei, der CDU/CSU, zu enthüllen, um so gemeinsam mit den Sozialdemokraten und breiten Massen den Druck auf die Regierung der Großen Koalition zu verstärken und die Koalitionspolitik der rechten SPD-Führer zu blockieren.

In den 952 Anträgen sozialdemokratischer Parteiorganisationen an den SPD-Parteitag und auch in einigen Be-

schlüssen des Parteitagcs wie z. B. in der Mitbestimmungsfrage, zum Krieg der USA-Imperialisten in Vietnam, zu Griechenland, zur Finanzreform, zum Atomwaffensperrvertrag und gegen die NPD zeigen sich Ausgangspunkte für die Diskussion und für ein gemeinsames Vorgehen. Vor allem sollten wir mit den sozialdemokratischen Genossen darüber diskutieren, wie sie von

ihrer Bundestagsfraktion die Durchführung solcher Beschlüsse fordern. Das ist auch der Weg, mit den SPD-Genossen die Perspektiven des Kampfes der Arbeiterklasse zur Durchsetzung grundlegender politischer und demokratischer Umgestaltungen sowie zur Überwindung der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu klären.

Zum 150. Geburtstag von Karl Marx

Die Ideen von Karl Marx sind lebendig

VON JUPP SCHLEIFSTEIN

I.

In diesem Jahre begehen die internationale kommunistische Bewegung und die fortschrittlichen Menschen der ganzen Welt den 150. Geburtstag von Karl Marx, des Begründers des wissenschaftlichen Kommunismus. Wie keine andere Theorie in der Geschichte der Menschheit, hat die Lehre von Karl Marx dazu beigetragen, die Welt zu verändern. Das können heute nicht einmal die hartnäckigsten Feinde des Marxismus leugnen.

Die Ideen von Karl Marx, die Lehren des Marxismus-Leninismus, sind die überragende geistige Macht unserer Epoche. In den wichtigsten kapitalistischen Ländern beschäftigt die Großbourgeoisie ein ganzes Heer von Ideologen — „Marx-Forscher“, „Marxologen“, „Sowjetologen“, usw. — mit der einen Aufgabe: den Marxismus zu bekämpfen, zu widerlegen, zu vernichten. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß nahezu alles, was die bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften hervorbringen, direkt oder indirekt, in dieser oder jener Form in der Auseinandersetzung mit dem tausendmal für überholt erklärten und totesagten Marxismus geschieht.

Diese heispiellose Kraft der Ideen von Marx beruht auf ihrer tiefen Wissenschaftlichkeit, auf ihrer Wahrheit. Das Leben selbst, die gesamte geschichtliche Entwicklung hat die Ideen des Marxismus immer aufs Neue bestätigt. Sie hat so bereits einen Teil der bürgerlichen Gegner des Marxismus gezwungen, sich als Bewunderer des Genies von Marx auszugeben, zu erklären, man müsse dem Wissenschaftler Marx Tribut zollen, auch wenn man den

Kommunisten und Revolutionär ablehne. Sie hat sie veranlaßt, den frühen Marx gegen den reifen Marx auszuspielen, die Theorie und Praxis von Karl Marx und Friedrich Engels gegen ihre Schüler, vor allem gegen Lenin und die Kommunisten „in Schutz zu nehmen“, gegen alle, die den Marxismus nicht als eine Lehre für Stubengelehrte oder als ein Dogma, sondern als Anleitung zum revolutionären Handeln betrachten.

Aber gerade die Einheit von Theorie und Praxis bildet das Wesenselement der Lehre von Karl Marx, an ihrem Anfang steht das unsterbliche Wort aus den Feuerbach-Thesen: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Zur weltbewegenden und weltverändernden Kraft wurde die Theorie des Marxismus durch ihre Verbindung mit der Arbeiterbewegung, mit dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse, die Marx und Engels bereits in der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, im Kommunistischen Manifest, als Totengräber der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bezeichnet hatten.

In den 120 Jahren, die seither vergangen sind, haben die bürgerlichen Ideologen sich immer wieder abgemüht, die Grundideen des wissenschaftlichen Sozialismus, alle Voraussagen, die Marx und Engels über die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, über die Konzentration der Produktion und des Kapitals, über die Zuspitzungen des Klassen Gegensatzes zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, über die geschichtliche Rolle des Proleta-

riats und die historische Notwendigkeit des Sozialismus als falsch und utopisch, als eine Art Religionsersatz oder weltlicher Erlösungsidee abzutun.

Aber die Ideen von Marx haben die schwerste aller Proben bestanden, die Probe der geschichtlichen Entwicklung. Der von Marx untersuchte Kapitalismus der freien Konkurrenz entwickelte sich infolge der Konzentration zum monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus. Heute können nur noch völlige Ignoranten leugnen, daß die Wirtschaft der kapitalistischen Länder mehr und mehr von den großen Konzernen und Aktiengesellschaften beherrscht wird, deren Entstehen Karl Marx noch in den letzten Jahren seines Lebens beobachten konnte.

Weder Karl Marx noch Friedrich Engels haben die Bestätigung ihrer genialen Voraussage vom unvermeidlichen Niedergang und Untergang der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Ablösung durch die höhere sozialistische Ordnung erlebt. Sie hatten die proletarische Revolution und ihren Sieg früher erwartet, als er Wirklichkeit wurde. In seinem letzten Lebensjahr, 1895, schrieb Friedrich Engels in der Einleitung zur Marxschen Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“: „Die Geschichte hat uns allen, die ähnlich dachten, unrecht gegeben. Sie hat klar gemacht, daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion; sie hat dies bewiesen durch die ökonomische Revolution die seit

1848 den ganzen Kontinent ergriffen und die große Industrie in Frankreich, Österreich, Ungarn, Polen und neuerdings Rußland erst wirklich eingebürgert, aus Deutschland geradezu aber ein Industrieland ersten Ranges gemacht hat — alles auf kapitalistischer, im Jahre 1848 also noch sehr ausdehnungsfähiger Grundlage.“

Jahrzehntelang haben die Ideologen des Kapitals und in ihrem Gefolge die opportunistischen Führer der Sozialdemokratie diese Verzögerung der sozialistischen Revolution als Beweis für die Unhaltbarkeit der marxistischen Voraussagen ins Feld geführt. Aber es vergingen nur etwas mehr als 20 Jahre seit dem zitierten Wort von Engels, da siegte im Gefolge der furchtbarsten Katastrophe, die das kapitalistische System bis dahin über die Menschheit gebracht hatte, die erste proletarische Revolution in Rußland und veränderte die Welt in nie gekanntem Ausmaß. Heute hat der Sozialismus in mehreren Kontinenten Fuß gefaßt, jeder zweite Europäer lebt in einem sozialistischen Land, und auch im Geburtsland von Karl Marx wird das große Werk des Aufbaus der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung mit immer sichtbarem Erfolg vollzogen. Die revolutionären Wandlungen in der Welt, die antimperialistischen Befreiungsrevolutionen in Asien, Lateinamerika, Afrika, das Wachstum der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegungen nach dem zweiten Weltkrieg haben gezeigt, daß der von Marx und Engels vorausgesagte revolutionäre Prozeß unaufhaltsam und beschleunigt vorwärtsschreitet.

II.

Aus dieser Entwicklung, nicht zuletzt aber aus dem sicheren, unfehlbaren Fortschritt des sozialistischen Aufbauwerks in der DDR, schöpfen wir Kommunisten die Gewißheit, daß die Ideen von Karl Marx auch in der Bundesrepublik mehr und mehr Anhänger gewinnen werden.

Nicht einmal der ärgste Reaktionär wird zu bestreiten wagen, daß im Jahre des 150. Geburtstages von Karl Marx das Interesse für den Marxismus in der Bundesrepublik sprunghaft ansteigt. Es ist die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Bundes-

republik selbst, die dieses Interesse in erster Linie hervorgerufen hat.

Die ernsteste zyklische Wirtschaftskrise der Nachkriegsperiode, mit ihren schmerzlichen Folgen für breite Schichten des arbeitenden Volkes, hat die Illusion von einem krisenfreien, Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum garantierenden Kapitalismus, die Legende von der Sozialpartnerschaft erschüttert. Die offenen oder schleichenden Strukturkrisen im Bergbau und anderen Industriezweigen, die endlose Verschleppung längst überfälliger Reformen in Schule und Hoch-

schule haben die Skepsis wachsen lassen gegenüber einem Regime, das zur gleichen Zeit Milliarden für eine abenteuerliche Rüstung vergeudet.

Diese und andere Faktoren bewirken, daß heute von Gewerkschaftern und Jungsozialisten, von jungen Arbeitern und Angestellten, von Geisteschaftenden und Studenten in der Bundesrepublik Fragen aufgeworfen werden, die tiefer dringen als in den ver-

gangenen Jahren. Viele wollen sich nicht mehr mit den gängigen Erklärungen für diese Entwicklung zufriedengeben. Sie forschen nach den Ursachen der Krisenerscheinungen, der sozialen Ungerechtigkeit, der Gebrechen und Verbrechen des bestehenden Systems. Hier ist die Wurzel für das Suchen nach anderen, als den offiziell gepredigten Ideen, für das wachsende Interesse am Marxismus.

III.

In dieser Situation ist es von großer Bedeutung, daß die Kommunistische Partei Deutschlands der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Kräften der Bundesrepublik einen Programmentwurf zur Diskussion unterbreitet hat, der auf dem sicheren Fundament der weltverändernden Lehre von Marx, Engels und Lenin aufbaut und sie auf die gegenwärtigen Probleme der westdeutschen Arbeiterbewegung anwendet.

Die großbürgerliche Presse und der vom sozialdemokratischen Parteivorstand herausgegebene „Vorwärts“ haben von einer „massiven Fehleinschätzung“ der Situation im KPD-Programmentwurf gesprochen. Aber sie hatten natürlich nicht den Mut, ihren Lesern diese „Fehleinschätzung“ zur Kenntnis zu bringen. Es ist nur allzu verständlich, was den Herren an der Einschätzung im Programmentwurf der KPD nicht gefällt und warum sie die Arbeiter, die Jugend und die Studenten mit Hilfe der Polizei und des Verfassungsschutzes vor dieser „massiven Fehleinschätzung“ schützen möchten.

Ihnen mißfällt, daß im Entwurf der KPD die Märchen von der „klassenlosen Industriegesellschaft“, vom „Verschwinden“ der Arbeiterklasse und der Ausbeutung, von der „Sozialpartnerschaft“ und der „Klassenharmonie“

widerlegt werden; daß gezeigt wird, wie eine winzige Schicht von großen Kapitaleigentümern das gesamte Wirtschaftsleben beherrscht und kraft ihres Reichtums — direkt oder indirekt — die politische Macht ausübt und den Regierungskurs bestimmt, und daß dieser Kurs infolge des Kräfteverhältnisses in der Welt und in Deutschland aussichtslos und selbstmörderisch ist. Ihnen mißfallen die Feststellungen im KPD-Programmentwurf, daß das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus sich als unfähig erwiesen hat, Krisen und Arbeitslosigkeit zu vermeiden; daß es nicht imstande ist, die wissenschaftlich-technische Umwälzung zum Nutzen des Volkes zu meistern; daß in diesem System sich alle demokratiefeindlichen Tendenzen verstärken; daß es auf allen Gebieten des Lebens zum Hemmnis für eine fortschrittliche Entwicklung der Bundesrepublik geworden ist.

Die Machthaber fürchten gerade diese grundsätzlichen marxistischen Erkenntnisse über Gesellschaft und Staat der Bundesrepublik, über die wahren Machtverhältnisse und die aus ihnen entspringende aggressive und reaktionäre Politik der regierenden Kreise, über die unheilbaren Widersprüche des Systems.

IV.

Aus der Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird im Programmentwurf der KPD die geschichtliche Notwendigkeit des Sozialismus abgeleitet und gezeigt, daß die Bundesrepublik **objektiv** reif ist für den Sozialismus. Die gesamte wissenschaftlich-technische und ökonomische Entwicklung drängt zur Überführung der Produktionsmittel in Volkseigen-

tum, zur gesamtgesellschaftlichen Planung und Leitung der Produktionsprozesse, zum Sozialismus. Das Programm der KPD ist ein marxistisch-leninistisches, sozialistisches Programm. Seine Kritik an dem in der Bundesrepublik herrschenden Gesellschaftssystem wie am staatlich-politischen und ideologischen Überbau ist eine sozialistische Kritik. Seine geschichtliche Perspek-

tive für die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk der Bundesrepublik ist die Perspektive des Sozialismus.

Aber eine marxistisch-leninistische Partei kann ihre Strategie und Taktik nicht allein von der objektiven historischen Notwendigkeit herleiten. Sie muß zugleich eine nüchterne Analyse der subjektiven Kräfte vornehmen, wenn sie eine konkrete, den Interessen des arbeitenden Volkes dienende Politik ausarbeiten und jene Aufgaben und Zielsetzungen formulieren will, die geeignet sind, unter den gegebenen Bedingungen die demokratischen und sozialistischen Kräfte auf dem Wege des historischen Fortschritts am wirksamsten voranzubringen.

Den Kern des Programmentwurfs der KPD bildet das Ziel der **demokratischen, antimonopolistischen Umgestaltung** der Bundesrepublik „zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens“. Im gesellschaftlichen Sinne geht es dabei um das Nachholen jener demokratischen Erneuerung, die nach der Katastrophe des Faschismus und des Hitlerkrieges auch vom werktätigen Volke in Westdeutschland erstrebt wurde, aber infolge der Spaltung der Arbeiterbewegung und der antifaschistischen Kräfte nicht errungen werden konnte.

Die Erreichung dieses Ziels ist naturgemäß nur möglich **im Prozeß** des breiten und allseitigen demokratischen Kampfes um die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses, um die Einschränkung und schließliche Überwindung der Macht der Monopole und des Militarismus, um eine tiefgehende Wandlung der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Eine der historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern, die

von Lenin bereits nach dem ersten Weltkrieg hervorgehoben wurde, die aber im Zusammenhang mit der vollen Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus noch an Bedeutung gewonnen hat, ist die Notwendigkeit des **Heranführens** der Mehrheit der Arbeiterklasse an sozialistische, revolutionäre Positionen, des Aufspürens jener **Übergänge**, die diesen Prozeß maximal erleichtern. Besonders wichtig ist das in jenen Ländern, wo die Mehrheit der Arbeiterklasse noch unter dem Einfluß von sozialdemokratischen Parteien steht, deren Theorie und Praxis, wie das in der Bundesrepublik der Fall ist, von rechten Führern bestimmt werden.

Der Programmentwurf der KPD läßt sich davon leiten, daß das Ziel einer demokratischen, antimonopolistischen Umgestaltung sowohl geeignet ist, die im Interesse der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes dringend notwendigen demokratischen und sozialen Veränderungen sichtbar zu machen wie den Reife- und Wachstumsprozeß der progressiven und sozialistischen Kräfte zu fördern.

Im Entwurf beantwortet die KPD die von Sozialdemokraten und von den mit sozialistischen Ideen sympathisierenden Kräften in der Jugend oft gestellte Frage, wie sich die Kommunisten den Weg zum Sozialismus in der Bundesrepublik vorstellen. Der Entwurf erklärt, daß heute nicht vorauszusagen ist, auf welchem Wege sich die sozialistische Umwälzung in der Bundesrepublik vollziehen wird. Die KPD strebt den friedlichen und demokratischen Weg der sozialistischen Umgestaltung an, weil er der für das arbeitende Volk günstigste Weg ist. Aber das hat „ein solches Übergewicht der Kräfte auf seiten der Arbeiterklasse und des Volkes zur Voraussetzung, daß es der Reaktion unmöglich macht, gegen die Mehrheit des Volkes Gewalt anzuwenden“.

V.

Große Bedeutung für die Klärung der Situation in der westdeutschen Arbeiterbewegung besitzen die Abschnitte des Programmentwurfs, die sich mit der Lage in der Sozialdemokratischen Partei, mit der Stellung der rechten sozialdemokratischen Führer

im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus und mit ihrem politischen Kurs auseinandersetzen. Der „Vorwärts“ hat seine sozialdemokratischen Leser dadurch abzuschrecken versucht, daß er behauptete, das einzige Ziel der KPD sei die „Zerstörung der

SPD“. Dabei hat er sich mit wahrhaft virtuoser Meisterschaft durch die entsprechenden Auslassungen „Zitate“ zu rechtgefälscht.

Der Programmentwurf der KPD wäre kein marxistischer Programmentwurf, wenn er nicht die Wahrheit sagen würde über die grundsätzliche Rolle, die die rechten sozialdemokratischen Führer in diesem System spielen und über ihre Politik als aktive Gefolgsleute und Helfer der reaktionären monopolkapitalistischen Kreise. Gerade die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte macht es notwendig, daß die Kommunisten aussprechen, was ist, und daß sie alles tun, um gefährliche und auf die Dauer selbstmörderische Illusionen über den Kurs von Wehner und Brandt, Schiller und Helmut Schmidt zu bekämpfen. Zerstört wird die SPD wie in den Jahren vor 1933 durch die Politik der Zusammenarbeit mit dem Großkapital, durch die Unterstützung des aggressiven und reaktionären Kurses der herrschenden Kreise und ihrer CDU, CSU.

Der Programmentwurf der KPD geht aus von den in der SPD wirkenden gegensätzlichen Tendenzen. Er unterstreicht, daß sich die Kommunisten mit der Mehrheit der Mitglieder und Anhänger der SPD eng verbunden fühlen, die für soziale Gerechtigkeit und demokratischen Fortschritt eintreten. Er erinnert sie an die große Verantwortung, die sie dafür tragen, „daß nicht noch einmal jener Weg beschritten wird, der 1918 zur Niederlage der November-Revolution, 1933 zum Faschismus und schließlich zum Krieg führte“.

Die Stärkung der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und die Veränderung des Kräfteverhältnisses zu ihren Gunsten wird vor allem abhängen von der Zusammenarbeit der Kommunisten, Linksozialisten und der sozialistischen Kräfte in der SPD. Je enger diese Zusammenarbeit, umso zielbewußter und kraftvoller wird sich auch das Bündnis der demokratischen Kräfte aus allen werktätigen Volksschichten entfalten, umso größer wird der Aktionsradius und umso stärker wird die Wirkung der außerparlamentarischen demokratischen Bewegung sein.

Die philosophische Lehre von Karl Marx und ihre aktuelle Bedeutung

Aus dem Referat von Professor Kurt Hager
auf dem Philosophenkongreß in Berlin*)

Die von Karl Marx gemeinsam mit Friedrich Engels geschaffene und von W. I. Lenin weiterentwickelte Philosophie des dialektischen und historischen Materialismus ist die theoretische Grundlage der machtvollsten sozialen, politischen und geistigen Bewegung der Geschichte. Sie übt auf den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung einen tiefgreifenden und ständig wachsenden Einfluß aus. Da-

von zeugt auch die Existenz und erfolgreiche Entwicklung des ersten sozialistischen Staates deutscher Nation, unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Die Entstehung der marxistischen Philosophie bedeutete eine grundlegende Wende, eine revolutionäre Umwälzung auf dem Gebiet der Philosophie.

Auf den Schultern von Marx

Selbst ihre Gegner können heute die Wirksamkeit und Aktualität der Philosophie von Karl Marx, ihren faszinierenden Einfluß auf Millionen von Menschen nicht mehr leugnen. An-

gesichts der wachsenden Anziehungskraft der marxistischen Philosophie kann keine der einflußreichen bürgerlichen philosophischen Richtungen umhin, ihr Verhältnis zur marxistischen Philosophie zu bestimmen. Ob Neothomismus, Neopositivismus oder

*) Vom 25. bis 26. März 1958

Existentialismus — alle müssen sich mit Marx auseinandersetzen. Eine Bestätigung für den nachhaltigen Einfluß der marxistischen Philosophie sind die Worte des katholischen Professors für Sozialwissenschaften an der Universität Frankfurt (Main), Neil-Breuning: „Wir alle stehen auf den Schultern von Karl Marx.“

Viele Vertreter der Arbeiterklasse und der Intelligenz Westdeutschlands, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Studenten und fortschrittliche Bürger suchen heute nach einer neuen geistigen und politischen Orientierung und einem echten Ausweg aus den entwürdigenden Verhältnissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Es bleibt besonders der Jugend nicht verborgen, daß philosophische Richtungen, die vom Pessimismus und Skeptizismus beherrscht sind, oder sich auf die bloße Kritik und „große Weigerung“ (Herbert Marcuse) beschränken, keinen realen Ausweg weisen. Daher das Streben nach einer Weltanschauung und Philosophie, die auf der Höhe der Wissenschaft steht und konsequent die Ideen der Humanität, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts vertritt, dem Denken und Handeln sinnvolle und humanistische Ziele zeigt sowie eine reale und erstrebenswerte Alternative zum staatsmonopolistischen System in Westdeutschland weisen kann.

Diese Forderungen erfüllt nur der Marxismus-Leninismus. Denn er ist eine einheitliche, in sich geschlossene Weltanschauung, die sowohl die dialektisch-materialistische Philosophie einschließt als des historischen Materialismus, wie die politische Ökonomie und den wissenschaftlichen Sozialismus umfaßt, eine Weltanschauung, die alle Prüfungen der Geschichte bestand und der Arbeiterklasse und allen an-

deren Werktätigen einen sicheren Kompaß bietet.

Die philosophischen Anschauungen von Marx gipfelten in dem Nachweis, daß gesellschaftlicher Fortschritt, Freiheit und Humanismus nur durch die revolutionäre Arbeiterklasse verwirklicht werden können. Die von ihm ausgearbeitete wissenschaftliche Weltanschauung war und ist die Grundlage der politischen Bewußtheit, der Solidarität und des Internationalismus, des Optimismus und der moralischen Kraft der Arbeiterklasse zur Verwirklichung ihrer historischen Mission.

Die rechten sozialdemokratischen Führer behaupten, daß die Sozialdemokratie eine „weltanschauungsfreie Politik“ betreiben müsse. Aber der Antimarxismus und der Antikommunismus sind auch eine Weltanschauung, wenn auch eine negative. Die Hinwendung zur Theorie der „Industriegesellschaft und des sozialen Wandels“, welche den grundlegenden sozialen Gegensatz und Konflikt im Kapitalismus — den Klassengegensatz und Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie — verwischt, ist auch eine Weltanschauung, allerdings eine, die nicht den Interessen der Arbeiterklasse dient.

Wie der SP-Parteitag in Nürnberg erneut gezeigt hat, stehen die rechten sozialdemokratischen Führer in theoretischer und praktischer Hinsicht auf dem Boden des Herrschaftssystems des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, seiner undemokratischen Innenpolitik und expansionistischen Außenpolitik. Sie sind vor allem bestrebt, durch die Ausnutzung der nationalistischen Ideologie sich den westdeutschen Imperialisten als bester Stoßtrupp für das Eindringen in die DDR und die anderen sozialistischen Länder anzupreisen.

Offen parteiiche Philosophie

Die Philosophie von Marx ist offen parteiisch. Sie verbindet den konsequenten Materialismus mit der revolutionären Dialektik. Sie stellt das wissenschaftliche Instrument für den Kampf der Arbeiterklasse um die Beseitigung des Kapitalismus und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung dar. Wie Marx und Engels im „Manifest der Kommunisti-

schen Partei“ gezeigt haben, ist zur Vereinigung von revolutionärer Theorie und revolutionärer Bewegung, von wissenschaftlicher Philosophie und fortschrittlichem Klassenkampf eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse notwendig. Die Partei der Arbeiterklasse arbeitet auf der Grundlage der wissenschaftlichen Weltanschauung die Strategie und Taktik des Klassen-

kampfes aus. Sie führt die Arbeiterklasse zur Bewußtheit über ihre historische Mission und stellt sich selbst an die Spitze des Kampfes. Diese Einheit von Philosophie und revolutionärer Bewegung der Arbeiterklasse, von revolutionärer Theorie und Praxis ist die Quintessenz der philosophischen Lehre von Karl Marx.

Diese Feststellung hat aktuelle Bedeutung. Denn in jüngster Zeit werden unter dem Deckmantel eines angeblich „modernen Marxismus“ von dem österreichischen Publizisten Ernst Fischer und anderen solche Theorien und Konzeptionen vertreten, die weit entfernt sind von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus und seiner Philosophie.

Der Marxismus-Leninismus geht stets von der geschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse für die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus aus. Bei den „modernen Marxisten“ kommt jedoch die Arbeiterklasse höchstens als Objekt der Geschichte vor, während sie der Intelligenz, besonders den Schriftstellern, die Rolle des eigentlichen oder potentiellen Machtfaktors zuweisen. Dies soll angeblich vor allem für den Sozialismus gelten.

Man muß schon über ein reichliches Maß an intellektuellem Dünkel verfügen, um nicht zu sehen, daß die Arbeiterklasse als die entscheidende Klasse im Produktionsprozeß und im gesellschaftlichen Leben unter Führung ihrer Partei auch den Hauptanteil am gesellschaftlichen Fortschritt, an der Errichtung und Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung hat.

Wie Genosse Walter Ulbricht in seiner Erklärung zur Ausarbeitung der sozialistischen Verfassung am 1. Dezember 1967 betonte, war die geeinte

Arbeiterklasse in Deutschland die einzige gesellschaftliche Kraft, die dem Volk einen Ausweg aus der unheilvollen Tradition des deutschen Imperialismus zeigen konnte und die diesen Ausweg auch im Bündnis mit allen anderen werktätigen Schichten des Volkes zu verwirklichen in der Lage war. Dazu gehörte auch die Zusammenarbeit mit der Intelligenz, die im Sozialismus sich allmählich wandelte und bereits zu einem großen Teil der Arbeiterklasse und der Klasse der Genossenschaftsbauern entstammt.

Die SED war stets bestrebt, diese Zusammenarbeit der Arbeiterklasse und der Intelligenz zu vertiefen. Die Intelligenz kann ihre gesellschaftliche Funktion bei der Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution, im Bildungswesen oder auf kulturellem Gebiet nur in Gemeinschaft mit der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen erfüllen. Das haben die Schriftsteller und Künstler, die Wissenschaftler, Ingenieure, Ärzte und Lehrer der DDR in ihrer übergroßen Mehrheit längst erkannt.

Während der Marxismus-Leninismus stets die Rolle der revolutionären Partei als der bewußten Vorhut der Arbeiterklasse betont, gehört es zu den Postulaten solcher „moderner Marxisten“ wie Ernst Fischer, daß sie grundsätzlich die Partei als einen „konservativen bürokratischen Apparat“ diffamieren. Sie sprechen im Stile der gegnerischen Propaganda von der „Diktatur der Partei und ihres Apparates“ und verleunden damit die Millionen Mitglieder und Funktionäre der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der kommunistischen und Arbeiterparteien, die selbstlos und leidenschaftlich für die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung kämpfen.

Wider die Konvergenztheorie

Die Gleichsetzung der Widersprüche des Kapitalismus und des Sozialismus mit dem Begriff „moderne Gesellschaft“ ist zugleich eine besondere Variante der sogenannten Konvergenztheorie, die behauptet, daß sich auf Grund der wissenschaftlich-technischen Revolution Kapitalismus und Sozialismus immer ähnlicher werden und schließlich eine „einheitliche Industrie-

gesellschaft“ mit gleichartigen Problemen entsteht. Allerdings haben die Berater des amerikanischen Präsidenten, die diese Theorie vor allem entwickelten, Brzezinski und Huntington, nicht verschwiegen, daß eigentlich nur eine „Veränderung“ der Welt in der Weise beabsichtigt ist, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung, die sozialistische

Völkergemeinschaft sich „ändern“, ja „beseitigt“ werden soll.

Einige „Erneuerer“ des Marxismus verlieren offenbar diese Tatsache völlig aus dem Auge. Wenn sie von der „modernen Gesellschaft“ schlechthin reden, so lassen sie die Forderung der materialistischen Dialektik außer acht, daß die Wahrheit immer konkret ist, und verwischen den grundlegenden Gegensatz zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Gesellschaftssystem.

Die Konvergenztheorie soll den sozialistischen Ländern einreden, daß sie Wirtschaft und Wissenschaft ihrer Eigengesetzlichkeit überlassen sollen, so daß jede Planung und Leitung durch den Staat überflüssig werde. Sie empfiehlt den sozialistischen Ländern die Preisgabe des demokratischen Zentra-

lismus, die Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie, zum bürgerlichen Parlamentarismus, die absolute Freiheit für alle bürgerlichen Ideologien.

So glauben die USA-Imperialisten und ihre westdeutschen Bundesgenossen leichtes Spiel zu haben, um ihre Globalstrategie durchzusetzen, um in die sozialistischen Länder einzudringen und den Sozialismus zu untergraben.

Allerdings ist die Lage für den Imperialismus keineswegs günstig. Der barbarische Krieg des USA-Imperialismus gegen das um die Verteidigung seines Vaterlandes kämpfende vietnamesische Volk hat die tiefe politisch-moralische Krise des Imperialismus verschärft. Die Währungskrise hat die innere Labilität des imperialistischen Systems sichtbar gemacht.

Sozialismus ist Freiheit

Der marxistische Humanismus orientiert sich nicht an einer abstrakten und utopischen Idee vom Menschen, an einem wirklichkeitsfremden Ideal von menschlicher Vollkommenheit und Größe, sondern an den realen gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen, den konkreten Interessen, Bedürfnissen und Bestrebungen der in einer bestimmten Gesellschaftsordnung lebenden und tätigen Menschen.

Wenn von Humanismus, Demokratie und Freiheit die Rede ist, so lassen wir uns auch hier von der marxistischen Philosophie leiten, die einen partei-lichen klassenmäßigen Standpunkt fordert und allgemeines Gerede ablehnt.

Die Geschichte hat bewiesen, daß der Sozialismus der höchste Ausdruck der Freiheit und Demokratie ist. Denn die wirkliche Freiheit besteht für die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen darin, daß sie ihre eigene Macht errichtet haben, daß die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt ist, und die wichtigsten Produktionsmittel dem Volke gehören, daß Wissenschaft, Bildung und Kultur zum Besitz des ganzen Volkes werden und daß das geistige und kulturelle Leben frei ist von dem giftigen Gestank der imperialistischen Barbarei und Unkultur.

So besteht das Ziel der neuen, sozia-

listischen Verfassung darin, die Beziehungen der von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Bürger der DDR auf sozialistische Weise zu regeln, den staatsrechtlichen Rahmen abzustechen für die Entfaltung aller Talente und Fähigkeiten des Volkes, für die Ausübung seiner Macht unter der Führung der Arbeiterklasse.

Daraus ergibt sich auch die Schlußfolgerung, daß auf der Grundlage der marxistischen Erkenntnisse über die gesellschaftliche Natur und Bedingtheit des Menschen die Probleme des Reichtums und der Mannigfaltigkeit des Individuellen stärker beachtet und erforscht werden müssen.

Wenn wir heute in Marx den größten Denker und kühnsten Revolutionär des deutschen Volkes ehren, so sehen wir unser Verhältnis zu seiner philosophischen Lehre nicht als museale Pflege eines toten Erbes. Wir sind uns vielmehr bewußt, daß in der philosophischen Tradition von Marx zu stehen eine hohe Verpflichtung bedeutet, daß wir uns sein stets lebendiges und unerschöpfliches Gedankengut bei der Meisterung der aktuellen Probleme unserer Zeit erwerben müssen, um es zu besitzen und noch wirksamer anzuwenden.

(Der volle Wortlaut des Referates erscheint in Heft 4/5/1968 der Zeitschrift „Einheit“)

Mit der Programmdiskussion die Parteiarbeit auf ein höheres politisches Niveau heben

VON W. MOHN

I.

Unser Programmentwurf und seine Übergabe durch Mitglieder des Politbüros auf der widerrechtlich verbotenen Pressekonferenz in Frankfurt (Main) hat in der Öffentlichkeit, bei Freund und Feind ein starkes Echo gefunden und eine große Diskussion ausgelöst. Das Ansehen unserer Partei ist national und international gewachsen. Dies zeigt sich darin, daß zahlreiche Demokraten, Institutionen, Organisationen und Zeitungen im In- und Ausland, im Interesse von Demokratie und Freiheit in der Bundesrepublik, Initiativen ergriffen und den Programmentwurf veröffentlichten und verbreiteten. Über Erwarten groß ist das Interesse vieler Arbeiter, der Jugend, aber auch anderer Schichten unserer Bevölkerung. Sie alle wollen erfahren, was die KPD in ihrem Programmentwurf zur Lösung der Gegenwartsfragen und der Zukunft sagt. Ein Ausdruck dafür ist, daß bis Ende März mehr als das Doppelte der ursprünglich vorgesehenen Auflage des Programmentwurfs verkauft und verteilt wurde.

Was ist die Ursache dafür, daß sich so viele Menschen mit großem Interesse über unsere Politik informieren wollen? Die Antwort ist im Programmentwurf enthalten: In der Bevölkerung wächst das Unbehagen über die lebensgefährliche Kriegspolitik der Monopole und ihrer Regierung der Großen Koalition. Immer schwerer werden die Belastungen für das arbeitende Volk, und ein Gefühl der Unsicherheit greift um sich; die öffentliche Meinung wird manipuliert, freiheitliche Regungen brutal bekämpft. Bei dieser Lage ist es nur zu verständlich, daß immer mehr Menschen nach einer Alternative für eine friedliche und demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik suchen. CDU und SPD haben ebenfalls Programme vorgelegt. Aber das sind Programme, die der Restauration des staatsmonopolistischen Systems dienen. Dagegen enthält unser Programmentwurf eine demokratische Alternative, die sich auf eine klassenmäßige Ana-

lyse der gesellschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung in Westdeutschland nach 1945 stützt.

Vor der Wahrheit in der Einschätzung der Lage und vor dem Ausweg, den die KPD vorschlägt, haben die CDU/CSU und auch die SPD-Führer Angst. Deshalb will die Regierung den Vertrieb des Programmentwurfs und die öffentliche Diskussion durch Verbote unterbinden. Aber die öffentliche Diskussion der letzten Wochen hat bewiesen, daß immer größere Teile der Bevölkerung, unabhängig vom politischen und weltanschaulichen Bekenntnis, aus Gründen der Demokratie, der Rechtssicherheit und der Entspannung den freien Meinungsstreit über den Programmentwurf unserer Partei und die Aufhebung des Verbotes befürworten.

Die widerrechtlichen Verbote erhehlen mit aller Deutlichkeit, daß die Bonner Regierung eine marxistisch-leninistische Partei wie die KPD fürchtet. Das Vorgehen gegen die Pressekonferenz in Frankfurt (Main) ist ein drastisches Beispiel dafür, wie die Bonner Politiker zur Problematik einer legalen KPD stehen. Vor aller Welt wurde sichtbar, daß alle bisherigen Erklärungen der Minister Lücke, Brandt und Wehner, die KPD solle sich neugründen, nur der Irreführung der Bevölkerung der Bundesrepublik und der internationalen Öffentlichkeit dienen.

Die Unterstützung und Solidarität, die unsere Partei aus dem Ausland gegen die Terrormaßnahmen erneut erhalten hat, lassen erkennen, daß in vielen Ländern, nicht nur in den sozialistischen, sondern auch in den kapitalistischen, das Mißtrauen gegenüber der Bonner Außen- und Innenpolitik in breiten Kreisen der Bevölkerung zunimmt.

Die erneuten Verfolgungen der Kommunisten, bei gleichzeitiger freier Betätigung der NPD, sind vor allem im Ausland zu einem Kriterium darüber geworden, ob in Bonn eine neue

oder nach wie vor die alte aggressive und reaktionäre Politik nach außen und innen betrieben wird.

Alle Angebote für eine schrittweise Legalisierung unserer Partei wurden von der Bonner Regierung mit dem Verbot des Programmentwurfs beantwortet. Erneut wurde damit bestätigt, daß die Beseitigung des widerrechtlichen Verbots nicht eine juristische, sondern eine politische Frage ist. Es ist das verfassungsmäßige Recht der Bevölkerung, die Politik der KPD kennenzulernen. Deshalb muß die Forderung nach „Freiheit für die Diskussion über den Programmentwurf“, nach „Freiheit für die KPD“ noch stärker erhoben werden.

Auf dem 11. Plenum beschloß das Zentralkomitee, eine breite Volksdiskussion zu entwickeln. An dieser Aussprache nehmen schon seit Wochen immer mehr Menschen teil. Denn alle Versuche, durch Polizei, „Verfassungsschutz“ und Justiz die freie Diskussion über das KPD-Programm zu unterdrücken oder zu manipulieren, können die Kommunisten in der Bundesrepublik nicht davon abhalten, die Grundgedanken des Entwurfs, unsere Vorschläge für die Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens, unsere Auffassungen über die Lösung der nationalen Frage und den Weg zum Sozialismus mit Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Bauern, Studenten, Schülern, Angehörigen der Intelligenz und des Mittelstandes, den Vertretern der außerparlamentarischen Bewegungen öffentlich zu diskutieren.

Bei der Weiterführung dieser Diskussion ist es für alle Kommunisten

wichtig, noch profilierter herauszuarbeiten:

- Die KPD, als eine marxistisch-leninistische Partei, ist die Kraft in der Bundesrepublik, die eine konstruktive, weitsichtige und reale politische Zielsetzung vertritt. In kameradschaftlichen Diskussionen kommt es besonders darauf an, Klarheit unter den Arbeitern zu schaffen, daß für die Durchsetzung grundlegender politischer Veränderungen in der Bundesrepublik eine legale KPD notwendig ist.
- Der Programmentwurf der Partei, ihre Politik und das Verhalten ihrer Mitglieder beeinflussen alle demokratischen Bewegungen. In unserem Entwurf finden alle demokratischen Kräfte ihre eigenen Erfahrungen, Konsequenzen und Forderungen wieder. Unsere Antworten auf Fragen der Gegenwart und Zukunft bieten allen oppositionellen und demokratischen Kräften die Basis zum Bündnis, um gemeinsam und erfolgreich im Kampf gegen die Macht der Monopole zu bestehen.

In gemeinsamen Aktionen werden die Ideen und Vorschläge unseres Programms ihre Bestätigung finden. So vermitteln wir auch die Erkenntnis, daß alle demokratischen Kräfte mit ihrer Aktivität zur Ausarbeitung des Programmentwurfs beigetragen haben und teilhaben an der Verwirklichung der aufgestellten Grundsätze. Alle Kommunisten sollten mehr als bisher, ausgehend von den Einschätzungen und den Alternativen im Programmentwurf, mit konstruktiven Vorschlägen wirksam werden.

II.

Der bisherige Verlauf der Diskussion in der Partei ist Ausdruck der ideologischen Einheit unserer Reihen. In der Regel entwickelten unsere Leitungen eine hohe Aktivität, um den Programmentwurf allen Mitgliedern und Freunden der Partei zuzustellen. Das ermöglichte, daß Bezirks- und Kreisleitungen und viele Grundorganisationen den Entwurf diskutierten und ihre ersten Meinungen und Vorschläge dem ZK übermittelten.

Was zeigt sich dabei?

- Der Entwurf wird lebhaft begrüßt und die dargelegte Grundlinie unserer Strategie und Taktik bejaht. Er wird als ein realistisches Dokument bewertet, das auf alle Fragen in der Entwicklung der Bundesrepublik, die nach einer Lösung im Interesse der Werktätigen drängen, Antwort gibt.
- Die lebendige Diskussion hat im „Freien Volk“, im Sender 904, in

Zeitungen, Versammlungen und Foren begonnen. Die zahlreichen Meinungen und Anregungen zum Text sind von großem Nutzen für die Partei. Sie werden uns helfen, das Dokument zu verbessern. Alle Meinungen werden in der Programmkommission aufmerksam analysiert und bei der Überarbeitung des Programms ihre Berücksichtigung finden.

- Von der Partei wird das mutige Auftreten führender Kommunisten bei der Veröffentlichung des Programmentwurfs begrüßt. Unsere Mitglieder und Funktionäre fühlen sich angespornt, ihre Arbeit unter den Massen zu verstärken.
- Immer mehr setzt sich in der Parteiarbeit der richtige Gedanke durch, daß wir unsere Legalität mit der Durchsetzung einer neuen Politik erkämpfen müssen.

Die Diskussion über den Programmentwurf in unserer Partei ist ein Ausdruck unserer innerparteilichen Demokratie. Es ist das Grundgesetz einer

marxistisch-leninistischen Partei, daß die Mitgliedschaft und alle leitenden Organe teilhaben an der Ausarbeitung der Politik. Der bisherige Verlauf der Diskussion, die vorgebrachten Anregungen und Vorschläge zeugen von großer ideologisch-politischer Reife unserer Partei. Alle Anregungen und Vorschläge werden einmündig in eine neue Qualität unseres Programms.

Ein weiterer Höhepunkt im innerparteilichen Leben wird zum Abschluß der Programmdiskussion die Wahl der Gruppenleiter und der Sekretäre der Grundeinheiten sein. Wie es im Programmentwurf heißt, erweist sich damit die KPD als eine Partei, deren innerparteiliches Leben nach demokratischen Prinzipien gestaltet ist. Die innerparteiliche Demokratie gewährleistet allen Mitgliedern Diskussion und Einfluß auf die Gestaltung der Politik der Partei. Die KPD dokumentiert mit der Diskussion ihres Programmentwurfs, zu der sie die gesamte Bevölkerung aufgerufen hat, erneut, daß sie die demokratischste Partei in der Bundesrepublik ist.

III.

Unsere Partei hat seit ihrem Parteitag 1963 große politische Leistungen vollbracht. In vorderster Reihe bei allen Aktionen unseres Volkes kämpfend, konnte sie ihr Ansehen vergrößern und ihre Massenbasis erweitern. Die neuen jungen Mitglieder haben zu einer politischen Stärkung vor allem der Grundorganisationen beigetragen. Wir alle haben gelernt, unsere Parteiarbeit auf ein höheres politisch-ideologisches Niveau zu heben. Diese positive Entwicklung unserer Partei darf nicht zur Selbstzufriedenheit führen. Unter den neuen Bedingungen, die mit der Programmdiskussion eingetreten sind, muß sich unsere Organisationspolitik noch dynamischer, frei von Schematismus und Dogmatismus, nach der im Org.-Referat des Parteitags 1963 beschlossenen Grundlinie gestalten. Die Programmdiskussion sollte dazu beitragen, die Formen und Methoden unserer politischen Führungsarbeit zu vervollkommen.

Die Parteiführung legt großen Wert darauf, daß die Bezirks- und Kreisleitungen Arbeitspläne ausarbeiten,

die diesen Vorstellungen gerecht werden.

Es gehört mittlerweile schon zur Praxis einer Reihe Leitungen, ihre Tätigkeit auf der Grundlage von Arbeitsplänen zu vollziehen. In der Regel sind das die Leitungen, die schon über eine gewisse Kontinuität im politischen Führungsstil verfügen und systematische Arbeit leisten. Aber es gibt auch Leitungen, die einer planmäßigen Führungsarbeit nur geringe oder gar keine Aufmerksamkeit schenken. Es ist kein Wunder, wenn dort Praktizismus und Handwerkelei die Tätigkeit prägen. Hier sieht man oft den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr; man verzettelt sich bis an die physische Leistungsgrenze, ohne selber politisch viel voranzukommen.

Der eigentliche Sinn einer geplanten Programmdiskussion innerhalb und außerhalb der Partei besteht darin, die Arbeit zu erleichtern. Uns kommt es darauf an, ein richtiges Verhältnis zwischen der politischen Analyse und Aufgabe und den sich bietenden Möglichkeiten ihrer Verwirklichung her-

zustellen. Nach einem Plan arbeiten, heißt daher Schwerpunktarbeit leisten.

Unter Schwerpunkten verstehen wir solche Aufgaben, die sich aus der jeweiligen politischen Situation ergeben, bei denen wir mit geringem Kraftaufwand einen maximalen politischen Erfolg erzielen können. Kontrolle und Hilfe sind dabei die wichtigsten Hebel für die Verwirklichung der gestellten Aufgaben. Diese Grundsätze der Parteiarbeit, die allzu oft nicht beachtet werden oder aus dem Blickfeld geraten sind, dürfen wir in der Arbeit nicht vergessen.

Die Erfahrungen aus unseren Aus-

sprachen mit den Leitungen lehren, dem geplanten politischen Führungsstil der Leitungen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Dabei ist die besondere Lage und die Vielfalt in den jeweiligen Ländern und Kreisen aufmerksam zu beachten. Das verlangt von unseren Leitungen genaue Kenntnisse der politischen Entwicklung in ihren Ländern und Kreisen, damit unsere politische Linie ihre konkrete Anwendung erfährt. Fast alle Leitungen haben hier noch große Schwächen, die es in der nächsten Zeit mit der Politisierung unserer Führungsarbeit zu überwinden gilt.

IV.

Entsprechend den Hinweisen Lenins, daß es für eine illegal kämpfende Partei immer notwendig ist die illegale mit der legalen Arbeit zu verbinden, entwickelte der Parteitag 1963 den Grundsatz: **Legal so viel wie möglich und illegal nur so viel wie nötig.** Von dieser Erkenntnis sind im Laufe der letzten Jahre große Teile unserer Mitglieder durchdrungen, und die Erfolge unseres Kampfes bestätigen auch die volle Richtigkeit dieser Linie. Wir sind aber auch ehrlich genug zu erkennen, daß es gegenüber dieser Linie noch Skepsis und abwartendes Verhalten gibt. Noch werden nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Viele Genossen haben schon hervorragende Beispiele im politischen Kampf, Ideenreichtum und Mut gezeigt. Ihre Erfahrungen sollten Anlaß für jede Leitung sein, ihren Arbeitsstil zu prüfen, damit die Kommunisten zu jedem politischen Ereignis unserer Bevölkerung schnell ihre Meinung darlegen.

Mit der Diskussion über den Entwurf unseres Programms und mit dem Auftreten von Genossen des Zentralkomitees in der Öffentlichkeit sind neue Maßstäbe gesetzt worden. Nun kann jeder erkennen, welche neuen Möglichkeiten es gibt, unsere Politik, die legal ist, in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Das Zentralkomitee hat seit dem Erscheinen unseres Programmentwurfs viele Aussprachen mit Bezirks- und Kreisleitungen durchgeführt. Unter anderem wurden auch Fragen der Organisationspolitik beraten. Sie

waren für alle Beteiligten ein lehrreicher Erfahrungsaustausch. Dabei wurde wiederum deutlich, daß eine erfolgreiche Arbeit unter den Massen eine politisch gut funktionierende Organisation erfordert. Dort, wo sich unsere Leitungen ernsthaft bemühen, die Grundorganisationen zielstrebig auf politische Aktionen, auf die Arbeit unter den Massen zu orientieren, entwickeln sich politische Initiativen und selbständiges Handeln der Parteimitglieder, wird unser Aktionsradius größer.

Die kontinuierliche politische Arbeit mit der Parteiorganisation, mit den Grundorganisationen, das ständige Ringen um die politische Aktivierung jedes Mitgliedes unserer Partei ist die wichtigste innerparteiliche Aufgabe und fordert eine große beharrliche Arbeit der leitenden Organe. Auf dem Parteitag 1963 stellten wir richtig fest: **„Die Partei ist so stark wie ihre Grundorganisationen politisch selbständig tätig und mit den Massen verbunden sind“.**

Sicherlich sind wir auf diesem Wege ein großes Stück weitergekommen. Selbstkritisch müssen wir aber auch zugeben, daß wir seitens der Leitungen noch viel an unserem Leitungsstil verbessern müssen, um richtigen Erkenntnissen auch die richtige Praxis folgen zu lassen. Noch gibt es zu viele Fälle, daß Leitungsorgane sich ausschließlich auf den aktiven Kern orientieren und dem langwierigeren und schwierigeren aber auf die Dauer erfolgreicherem Weg der Einbeziehung aller Mitglieder

bei der Lösung unserer politischen Aufgaben über die Grundorganisationen ausweichen.

Viele unserer leitenden Funktionäre entwickeln heute eine große politische Aktivität. Sie sind gute Beispiele für alle Mitglieder. Um die politischen Ergebnisse unserer ganzen Partei maximal zu steigern, sollten gerade sie ihre Tatkraft, ihre Initiative und ihre Erfahrung noch mehr den Grundorganisationen vermitteln. Mehr Zeit- und Arbeitsaufwand für die Anleitung der Grundorganisationen, vor allem der Betriebsgruppen — das muß den Arbeitsstil der Leitungen in der Programmdiskussion prägen. Darum ist auf den kollektiven Sitzungen der Leitungen eine stärkere Kontrolle des persönlichen Arbeitsstils der Bezirks- und Kreissekretäre notwendig. Schluß machen muß man mit der Unsitte eini-

ger Bezirks- und Kreisleitungen, ohne Rücksicht auf die statutenmäßigen Körperschaften der Partei, Funktionäre zu Anleitungsbesprechungen in einer Art Aktiv zusammenzufassen. Werden doch dabei oft Kreisleitungen und Stadteileitungen übergangen. Richtiger ist es, wie es sich auch in einigen Bezirken durchgesetzt hat, zuerst mit den Leitern der jeweiligen Kollektive Beratungen durchzuführen, damit diese befähigt werden, ihre Leitungssitzungen oder Gruppenversammlungen selbständig durchzuführen. Die Vertreter übergeordneter Organe nehmen daran teil. Sie helfen in der Diskussion mit ihren Ratschlägen und Hinweisen. Es geht vor allem darum, dem Leiter eines Kollektivs mehr politische Hilfe zu geben, damit er besser befähigt wird, selbständig sein Kollektiv zu leiten.

V.

Verstärkte politische Tätigkeit ist auch der Schlüssel für die Gewinnung neuer Mitglieder.

Es ist eine Lebensfrage für alle kommunistischen und Arbeiterparteien, unbeschadet, ob sie unter legalen oder illegalen Bedingungen leben und kämpfen, daß sie ständig ihren Mitgliederstand aus den Reihen der fortgeschrittensten Werktätigen ergänzen müssen.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Rolle und Bedeutung der Partei angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes gestiegen ist. Damit wachsen aber auch unsere Aufgaben. Andererseits ist auch die Autorität und das Ansehen unserer Partei beachtlich gestiegen; sie hat an Einfluß gewonnen. Damit sind Voraussetzungen vorhanden, vielen Menschen den Weg in die Partei zu öffnen und die Par-

tei organisatorisch zu stärken. Das muß uns durch eine bessere Arbeit unter den schon mit uns sympathisierenden Arbeitern und Bauern, vor allem aber unter der Jugend gelingen. Diese Arbeit müssen alle Kommunisten ständig leisten. Für die Gewinnung neuer Mitglieder konkrete Verpflichtungen zu übernehmen — das ist eine ehrenvolle Aufgabe für jeden Kommunisten, für jedes Mitglied unserer Partei.

Wenn wir jetzt in der Diskussion über unseren Programmentwurf der Arbeiterschaft, der Jugend und allen demokratischen Kräften Weg und Ziel unserer Politik erläutern, dann erleichtern wir den fortgeschrittensten unter ihnen den Weg in die Partei zu finden. Von uns hängt es ab, die neuen Möglichkeiten für die Stärkung der Partei allerseitig zu nutzen.

☆

☆

☆

Das bisherige Ergebnis der Programmdiskussion zeigt, daß von einem großen Teil unserer Leitungen auf allen Ebenen aus dem 11. Plenum unseres Zentralkomitees richtige Schlußfolgerungen gezogen wurden. Jetzt kommt es darauf an, mit erhöhtem Verantwortungsbewußtsein und größter politischer Initiative den neuen Kampfabschnitt einzuleiten. Jetzt

kommt es darauf an, die ganze Partei mit offensiven Methoden an die Verwirklichung unserer Politik heranzuführen. Noch mehr Aktivität in der Arbeiterklasse, noch mehr und besser auf der Grundlage unseres Programmentwurfs für die politischen, demokratischen und sozialen Interessen der Werktätigen einzutreten — das ist jetzt die dringendste Aufgabe.

Den Frieden gewinnen

Zu unserer Friedenspolitik im Programmwurf

VON HOLGER MEHNERT

Die große Resonanz, die unser Programmwurf seit seiner Veröffentlichung im In- und Ausland gefunden hat, liegt nicht zuletzt darin begründet, weil in ihm eine klare Alternative für ein Friedensprogramm der Bundesrepublik entwickelt wird.

Die Aggressivität des deutschen Imperialismus ist im Verlauf seiner Geschichte oft genug bewiesen worden. Aber obwohl vom deutschen Boden zwei Weltkriege ausgingen, verstand es die deutsche Großbourgeoisie immer wieder aufs Neue, die Massen irrezuführen, ihnen Sand in die Augen zu streuen.

Kiesinger hat in seinem „Bericht zur Lage der Nation“ diese unruhlmiche Tradition fortgesetzt. Mit dem alten Motto „Haltet den Dieb“ wurde von ihm wieder einmal das Märchen von der angeblichen Bedrohung aus dem Osten strapaziert, um die Aggressionspolitik seiner Regierung zu rechtfertigen. Um Anlässe für die Auslösung von Kriegen waren die Imperialisten nie verlegen. Sie reichen von Bismarcks gefälschter Emser Depesche und dem fingierten Überfall auf den Sender Gleiwitz bis zum erfundenen Zwischenfall in der Tonking-Bucht.

Friedliche Koexistenz und Verständigung mit der DDR

Die Imperialisten haben ihr Streben nicht aufgegeben, die Welt zu beherrschen. Vor allem der USA-Imperialismus und die Großmachtpolitik der herrschenden Kreise der Bundesrepublik erhöhen die Kriegsgefahr. Deshalb wird der Kampf gegen den Imperialismus, gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam und für eine friedliche Koexistenz zur ersten Pflicht aller Sozialisten und aller Menschen, die in Frieden und Sicherheit leben wollen.

Die kommunistische Weltbewegung ist die einzige Kraft, die für den Friedenskampf der Völker eine klare strategische Konzeption besitzt: den Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren, die von Lenin begründete Politik der friedlichen Koexistenz

Deshalb ist es notwendig, den Lügen-schleier zu zerreißen, hinter die Kulissen zu leuchten, „das Geheimnis zu enthüllen, wie Kriege gemacht werden“, um mit Lenin zu sprechen.

In Kiesingers „Bericht an die Nation“ ist — entkleidet man ihn aller Phraseologie — die außenpolitische Konzeption des deutschen Imperialismus klar formuliert: Keine Anerkennung der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Grenzen, Veränderung des Status quo in Europa, Festhalten an der NATO und am Alleinvertretungsanspruch, Unterstützung des schmutzigen Krieges der USA in Vietnam. Dazu kommen die inneren Voraussetzungen dieser Aggressionspolitik: weitere Aufrüstung, Griff nach Atomwaffen, Notstandsgesetze, sozialer Abbau. An diesen nackten Tatsachen ändert auch die verlockendste Verpackung nichts, in der sie präsentiert wurden.

Daraus ergibt sich für jeden Kommunisten täglich aufs Neue die Aufgabe, diese Aggressivität in all ihren Erscheinungsformen konkret nachzuweisen und die Gesamtheit der Bonner Politik als das zu entlarven was sie ist: als Politik der Kriegsvorbereitung.

von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen. Sie ist ein Prinzip der durch den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entstandenen und von allen sozialistischen Staaten erklärten friedlichen Außenpolitik. Ihr Inhalt ist: die Regelung aller strittigen internationalen Fragen mit friedlichen Mitteln. Sie durchzusetzen bedeutet, die Imperialisten daran zu hindern, einen dritten Weltkrieg auszulösen. Durch das Anwachsen der Macht des sozialistischen Lagers sowie der weltweiten Friedensbewegung, vor allem in den Ländern, in denen die kommunistischen und Arbeiterparteien einen hervorragenden Platz einnehmen, ist dieses Ziel heute zu einer realen Aufgabe geworden. Dieser Kampf ist untrennbar verbunden mit

der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung der Völker.

Die Beantwortung der Frage, ob ein neuer Weltkrieg heute vermeidbar ist oder nicht, ist für die Orientierung der revolutionären Bewegung sowohl in der Welt als auch in Deutschland von erstrangiger Bedeutung. Ist doch die Entscheidung über Frieden oder Krieg zur Lebensfrage der Völker und besonders unserer Nation geworden. Wir Kommunisten sind der Meinung, daß unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses in der Welt und auch in Deutschland die große Chance gegeben ist, daß die unvermeidliche Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus nicht durch Krieg, sondern durch den wirtschaftlich-kulturellen Wettstreit, durch den Kampf der Ideen ausgetragen werden kann.

In unserem Programmentwurf wird der revolutionäre Inhalt der friedlichen Koexistenz, ihre Aufgabenstellung klar präzisiert: „Friedliche Koexistenz ist nicht der soziale, politische und ideologische Burgfrieden mit den Imperialisten, ist nicht Einstellung, sondern Entfaltung des Klassenkampfes der Arbeiter und des demokratischen Volkskampfes.“ Das heißt nichts anderes, als in der Bundesrepublik den Kampf gegen Militarismus und Neonazismus, für demokratische und friedliche Verhältnisse zu führen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Existenz eines sozialistischen und eines kapitalistischen Staates deutscher Nation, ist es ein dringendes Gebot, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz auch zwischen den beiden deutschen Staaten Anwendung finden. Diese Forderung ist fester Bestandteil unserer Konzeption zur Überwindung des Imperialismus in der Bundesrepublik. Nun hat Herr Kiesinger kürzlich über einen Gewaltverzicht nicht nur gegenüber der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern, sondern auch gegenüber der DDR gesprochen. Im gleichen Atemzug wendet er sich jedoch strikt gegen eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Ein Treppenwitz der Geschichte? Wohl kaum. Kiesinger war gezwungen, auf die Stimmung unserer Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, und er

reagierte wie ein alter Nazi, der die imperialistischen Machtansprüche nicht aufgeben will; er tat so, als ob sich das Unvereinbare vereinbaren ließe, er sagte Ja zum Gewaltverzicht und verkündete gleichzeitig, am kategorischen Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik weiterhin festzuhalten.

Mit Fug und Recht kann heute der Satz geprägt werden: An der Haltung der Bundesregierung zur DDR kann gemessen werden, wie ernst es dieser Regierung um die Erhaltung des Friedens, um den Bestand der Nation, um die Sicherung des Lebens in Deutschland ist. „Neue Ostpolitik“ ohne die Herstellung von normalen Beziehungen zur DDR? Gewaltverzichtserklärungen ohne völkerrechtlich bindenden Vertrag mit der DDR? Das ist Schall und Rauch, es sind imperialistische Propaganda-Tricks, mit Hilfe sozialdemokratischer Minister modernisiert.

Es muß noch einmal gesagt werden: Echte deutsche Friedenspolitik beginnt mit der Herstellung normaler gleichberechtigter staatlicher Beziehungen zur DDR. Deshalb haben wir Kommunisten in unserem Programmentwurf klar und eindeutig formuliert, daß die Bundesrepublik Frieden und ein gutes Verhältnis zur DDR braucht, weil diese beiden Dinge nicht voneinander zu trennen sind. Wir befinden uns in dieser Frage in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Bevölkerung, wie das selbst zahlreiche Meinungsumfragen bürgerlicher Institute ermittelten.

Mit einer solchen entschiedenen Friedenspolitik würde die Bundesrepublik nichts verlieren und nichts aufgeben, was ihr gehört. Im Gegenteil. Sie könnte nur gewinnen. Ihr Ansehen würde steigen, das Vertrauen in der Welt zu ihr sich entwickeln. Die KPD ist bemüht, alle ihre guten Beziehungen, die sie zur DDR, zur Sowjetunion, zu den anderen sozialistischen Ländern, zu den kommunistischen und Arbeiterparteien in aller Welt besitzt, für eine solche neue Orientierung unserer Außenpolitik auf die Sicherheit der Bundesrepublik und den Frieden unserer Bevölkerung einzusetzen.

Allen progressiven Kräften unseres Landes sagen wir: Der Frieden in der Bundesrepublik ist nicht von außen,

sondern von seinen Feinden im Innern bedroht. Nicht auf dem Schlachtfeld, sondern einzig und allein auf dem Feld friedlicher Arbeit können wir die Größe unsrer Nation beweisen. Und das ist nur gemeinsam mit der DDR, niemals aber gegen sie möglich. Sie hat durch ihre sozialistische Entwicklung Leistungen vollbracht, die zu internationaler Achtung und wachsender Anerkennung führten und an denen selbst Leute wie Kiesinger nicht mehr vorbeigehen können. Jeder, der sich ein gesundes Urteilsvermögen bewahrt hat, weiß, daß diese stabile politische und wirtschaftliche Macht im Herzen Europas weder durch „friedliche“ noch „militärische Annexion“ beseitigt wer-

den kann. Ein militärischer Angriff gegen diesen souveränen Staat wäre auch ohne die völkerrechtliche Anerkennung seiner Existenz keine von der Bundesregierung deklarierte „innerdeutsche Polizeiaktion“, sondern würde auf die gemeinsame Verteidigungskraft des sozialistischen Lagers stoßen.

Die Voraussetzung für jede Normalisierung der Verhältnisse zwischen beiden deutschen Staaten sind normale und gültige vertragliche Beziehungen zwischen ihren Regierungen auf der Basis des Völkerrechts. Das liegt nicht nur im Interesse der deutschen Nation, sondern im Interesse aller Völker und Staaten unseres Kontinents.

Für kollektive Sicherheit in Europa

Wir Kommunisten meinen, daß es höchste Zeit ist, bei uns eine Politik zu entwickeln, die es gestattet, gutnachbarliche Beziehungen zu allen Staaten und Völkern herzustellen. Der aggressive Kurs der Bundesregierung nach der Strauß'schen Konzeption für eine „Neuordnung Europas“ steht einer solchen friedlichen Außenpolitik im Wege. Daran kann auch das ganze Geröde über Menschlichkeit nichts ändern. Wie soll denn ein vereinigtes Europa unter imperialistischer Vorherrschaft zustande kommen, da doch heute bereits zwei Drittel aller Menschen unseres Erdteils in sozialistischen Ländern leben? Wie will Bonn seine Friedensbeteuerungen glaubhaft machen, da doch die Bundesregierung als einzige Regierung Europas Gebietsforderungen gegenüber ihren Nachbarstaaten erhebt; sich durch die ideologische, moralische und materielle Unterstützung der USA-Aggression, des blutigen Terrors gegen das vietnamesische Volk schuldig macht und alle anständigen Menschen zum Widerstand herausfordert?

Unsre Partei fordert eine neue Außenpolitik der Sicherung des Friedens, die die im Ergebnis des Hitlerkrieges entstandenen europäischen Grenzen, einschließlich der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zur DDR anerkennt. Dazu gehört auch eine offizielle Erklärung gegenüber der Regierung der CSSR, daß das von Hitler erpreßte Diktat von München von Anfang an unrechtmäßig war.

Eine solche Politik würde von den Völkern Europas anerkannt werden und böte die Möglichkeit, die einseitige Bindung an den Westen, an die NATO zu lösen und stattdessen ein System der kollektiven Sicherheit in Europa anzustreben. Ein solches System wäre für niemanden nützlicher, als für unsere eigene Bevölkerung. Das deshalb, weil sich auf deutschem Boden die Hauptkräfte der beiden Paktsysteme — NATO und Warschauer Vertrag — gegenüberstehen und ein Zusammenstoß zwischen ihnen die Vernichtung der Bundesrepublik zur Folge hätte. In unserem eigenen nationalen Interesse liegt es, daß die Vorschläge der Vertragsstaaten des Warschauer Paktes angenommen werden, die die Auflösung der Militärpakte in Europa und die Bildung eines gesamt-europäischen kollektiven Sicherheitssystems zum Inhalt haben. Es geht also nicht um die einseitige Auflösung der NATO oder die Abschaffung von Streitkräften für die Landesverteidigung. Wir treten dafür ein, die Bundeswehr zu einer Verteidigungstruppe ohne jede atomare Rüstung umzugestalten, sie vom Ungeist der Revanche und des Neonazismus zu befreien. Wir fordern als unmittelbaren Schritt, die Rüstungsausgaben um die Hälfte zu kürzen und die Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate herabzusetzen.

Ein kollektives Sicherheitssystem würde uns und allen unseren Nachbarstaaten Ruhe und Frieden garantieren. Ein solches System würde die Unab-

hängigkeit, das Selbstbestimmungsrecht und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines jeden Staates verbürgen. Was für die Bevölkerung unseres Landes aber außer-

ordentlich bedeutsam ist: Mit einer solchen Politik würde unser Verhältnis zur Weltmacht Sowjetunion endlich in Ordnung gebracht. Das ist für unsere Nation lebenswichtig.

Atomwaffen sperren

Es ist hier unmöglich, alle Winkelzüge aufzuzeigen, die von Bonn unternommen werden, um den von den Großmächten vorgelegten Atomwaffensperrvertrag zu torpedieren. Kiesingers Rede brachte wiederum deutlich zum Ausdruck: Der deutsche Imperialismus will Atomwaffen in seine Hände bekommen und wehrt sich mit aller Macht gegen diejenigen, die das angesichts der bitteren Erfahrungen der Geschichte mit gutem Recht verhindern wollen. In der Sprache von Strauß heißt es seit langem, daß der ökonomische Riese Bundesrepublik auch zum politischen Riesen gemacht werden müsse, um in der Welt ein Machtwort mitsprechen zu können.

Wir Kommunisten sind der Meinung, daß die Bundesrepublik in der Welt tatsächlich eine größere Rolle spielen könnte. Entsprechend unseren ökonomischen Potenzen als dritt-

★

★

stärkste Industriemacht der Welt und den großen Möglichkeiten, die die friedliche Anwendung der Kernenergie eröffnet, wären wir dazu zweifellos in der Lage. Aber nicht durch militärische Großmachtpolitik, sondern im friedlichen Wettstreit. Wir hätten alle Chancen, in einem solchen Wettstreit einen der vorderen Plätze in der Welt zu belegen. Deshalb kommt es darauf an, mitzuhelfen, daß die Querschüsse aus Bonn gegen den Atomwaffensperrvertrag abgewehrt werden und dadurch der Weg für den Abschluß eines solchen Vertrages freigemacht wird. Nur wenn es den friedliebenden und demokratischen Kräften unseres Landes gelingt, zu verhindern, daß die deutschen Imperialisten Atomwaffen in die Hand bekommen, besteht die reale Möglichkeit für unsere Bevölkerung, für unser Land, einen anderen, einen friedlichen Weg zu gehen.

★

Die Politik der Bundesrepublik steht am Kreuzweg, zwingt jeden persönlich zur Entscheidung. Eine friedliche Außenpolitik durchzusetzen hängt im entscheidenden Maße davon ab, wie es gelingt, die Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens umzugestalten. Das heißt, eine friedliche Außenpolitik hängt wesentlich von der Gestaltung der inneren Machtverhältnisse ab. Es ist deshalb die erste Pflicht der demokratischen Kräfte, sich für die Verteidigung und Erweite-

rung der demokratischen Rechte, für soziale Sicherheit, für den Frieden einzusetzen.

Eins steht fest: Die Gefahr eines Krieges in Europa ist erst dann endgültig gebannt, wenn in der Bundesrepublik die Arbeiter und die anderen werktätigen Schichten den bestimmenden Einfluß ausüben, wenn sich unser Land friedlich und demokratisch entwickelt und freundschaftliche Beziehungen zur DDR herstellt. Nur auf diesem Wege ist der Friede zu gewinnen.

Der Programmentwurf und einige Probleme des Kampfes um Demokratie

VON KURT RICHTER

Bei der Diskussion über den Entwurf des Parteiprogramms spielt die Stellung der KPD zur Demokratie und zum Grundgesetz eine große Rolle. Sowohl in der Partei als auch in Ge-

sprächen mit sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschaftern wird über die im Programmentwurf enthaltene unmittelbare Aufgabenteilung zur Verteidigung der Demokratie als

auch über die im Dokument entwickelten konstruktiven Forderungen zur Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens diskutiert. Kritiker des Programmwerfs, insbesondere in der bürgerlichen Presse, ziehen die Glaubwürdigkeit des im Programmwurf enthaltenen Bekenntnisses der KPD zum Grundgesetz in Zweifel. Das Bonner Innenministerium versucht, durch eine Verfälschung des Inhalts des Programmwerfs und durch eine Entstellung des Marxismus-Leninismus weiterhin der KPD „staatsgefährdende“ und „verfassungswidrige“ Bestrebungen zu unterstellen.¹⁾

Unser Programm ist ein sozialistisches Programm, das keinen Zweifel daran läßt, daß das Ziel der KPD die antimonopolistisch-demokratische Umgestaltung der Bundesrepublik ist. Im Mittelpunkt des Programms steht die demokratische Alternative zum Kurs des Großkapitals und seiner Regierung. Wenn wir dabei den Kampf zur Verteidigung des Grundgesetzes und insbesondere der im Grundgesetz enthaltenen demokratischen Rechte und Prinzipien als aktuelle und unmittelbare Aufgabe herausstellen, so

ergibt sich dies notwendigerweise aus der konkreten Situation in der Bundesrepublik. Unter der Bezeichnung „innere Staatsreform“ wurde mit den vorgesehenen 84 Verfassungsänderungen besonders in der Form von Notstands- und Finanzknebelungsgesetzen sowie Wahlrechtsmanipulationen der Generalangriff auf das Grundgesetz eingeleitet. Die seit Jahren von den herrschenden Kreisen praktizierten Manipulationen an der demokratischen Substanz der Verfassung sollen jetzt mit der Durchbrechung der gesamten grundgesetzlichen Ordnung gekrönt werden. Damit soll das gesamte öffentliche Leben dem staatsmonopolistischen Kapitalismus und dem reaktionären Kurs der herrschenden Kreise angepaßt und ihrem Streben zur Machterweiterung nach außen dienstbar gemacht werden. Wir Kommunisten fordern deshalb in Übereinstimmung mit allen Demokraten, die Notstandsgesetze zu verhindern, die Pläne für die Einführung des reaktionären Mehrheitswahlrechts zu vereiteln, das Leben von Polizeiwillkür und Gesinnungsverfolgung zu befreien und jeden Angriff auf die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes abzuwehren.

Rechte und Freiheiten des Grundgesetzes durchsetzen

Wir treten in unserem Programmwurf dafür ein, daß die demokratischen Rechte und Freiheiten des Grundgesetzes durchgesetzt und die tragenden Prinzipien unserer Verfassung verwirklicht werden. Dazu gehört der Verfassungsauftrag aus Art. 26, der alle Handlungen untersagt, die gegen den Frieden und auf die Vorbereitung von Angriffskriegen gerichtet sind. Dieser Verfassungsauftrag erfordert die Anerkennung der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Grenzen in Europa, Gewaltverzicht und eine neue Außenpolitik der friedlichen Koexistenz. Wir fordern, daß entsprechend Art. 139 des Grundgesetzes, der die Verpflichtung enthält, jede nazistische Betätigung und Propaganda zu unterbinden, die NPD und

andere neonazistische Organisationen als verboten erklärt und aufgelöst werden. Wir treten in unserem Programmwurf dafür ein, daß die Rechte des Parlaments, die demokratische Selbstverwaltung der Gemeinden sowie die verfassungsmäßigen föderativen Rechte der Länder gewahrt und verwirklicht werden.

Diese Forderungen und diese Zielsetzung beweisen eindeutig das Verhältnis des Programmwerfs zum Grundgesetz. Es ist deshalb eine Verleumdung, wenn behauptet wird, wir hätten an einigen Stellen des Programms ein formales Bekenntnis zum Grundgesetz aufgenommen. Wie keine der herrschenden Parteien in der Bundesrepublik sagt die KPD in ihrem Programmwurf an zahlreichen Stellen, wie sie sich die Verteidigung, Verwirklichung und Erweiterung der Bestimmungen und Gebote des Grundgesetzes vorstellt.

¹⁾ Informationsdienst des Bundesinnenministeriums „Innere Sicherheit“ vom 22. Februar 1968.

Das Kernproblem

Das Eintreten für Demokratie ist für uns Kommunisten keine propagandistische Lösung und taktisches Argument, um damit die Legalität einzuhandeln. Das Eintreten für die Verteidigung der Demokratie und der Kampf für möglichst weitgehende demokratische Rechte und Freiheiten für das Volk entspricht unserem Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus, dem jede Unterschätzung des Kampfes der Volksmassen um bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten wesensfremd ist²⁾. Dementsprechend hat, worauf im Programmentwurf hingewiesen wird, die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur die größten Opfer gebracht und nach 1945 alle Kraft für einen demokratischen Neubeginn eingesetzt. Bei der Beratung des Grundgesetzes 1948 im Parlamentarischen Rat haben sich die Vertreter der

KPD in zahlreichen Anträgen für möglichst weitgehende demokratische Rechte für das Volk, insbesondere für die Rechte der Gewerkschaften, für soziale Rechte, für die Rechte der Frauen und Jugendlichen usw. eingesetzt. Die KPD und die Kommunisten sind seit Verabschiedung des Grundgesetzes gegen jeden Angriff auf die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten, gegen jede Aushöhlung der demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes aufgetreten. Als im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung und dem Streben nach atomaren Massenvernichtungswaffen die akute Gefahr für Frieden und Demokratie immer stärker wurde, hat die KPD — insbesondere auf ihrem Parteitag 1963 — die Verteidigung des Grundgesetzes als ein Kernproblem ihrer Aufgabenstellung erklärt.

Unser Kampf für Demokratie und unser sozialistisches Ziel

In den Aussprachen über den Entwurf des Parteiprogramms in den Parteigruppen wird u. a. über die Rolle und Bedeutung des Kampfes für demokratische Verhältnisse in der Bundesrepublik diskutiert. Dabei wird die Frage aufgeworfen, ob wir den Kampf um demokratische Verhältnisse nur führen, weil dadurch die Bedingungen für den Kampf um den Sozialismus günstiger sind.

Zweifelsohne ist es so, daß es der Arbeiterbewegung nicht gleichgültig sein kann, unter welchen Verhältnissen sie um das Endziel, den Sozialismus, kämpft. Die bürgerliche Demokratie bietet, bei all ihren Mängeln, dafür weit günstigere Bedingungen als solche Formen der bürgerlichen Herrschaft wie der Faschismus oder andere Spielarten der offenen Diktatur des Monopolkapitalismus, wie sie jetzt mit den Notstandsgesetzen in der Bundesrepublik angestrebt werden.

Der Kampf um die Erhaltung der demokratischen Rechte und Freiheiten und deren Erweiterung hat aber auch eine große eigenständige Bedeutung. Er ist auch darum so bedeutungsvoll, weil von seinen Erfolgen weitgehend die Erfolge anderer wichtiger Volksbewegungen der Gegenwart abhängen. Besonders in der Bundesrepublik, die

aufgrund der revanchistischen Politik der herrschenden Monopole zum Hauptgefahrenherd eines neuen Krieges in Europa geworden ist, hängt das Ringen um die Verteidigung der Demokratie eng mit der Sicherung des Friedens zusammen. Um ihren Friedenswillen und ihren Protest gegen die Militarisierungspolitik und gegen die Unterstützung des verbrecherischen amerikanischen Krieges in Vietnam durch die herrschenden Kreise Westdeutschlands durchsetzen zu können, brauchen die Volksmassen politische Handlungs- und Meinungsfreiheit. Um eine aktive Lohnpolitik wirksam zu verfechten und die Angriffe der Monopole und ihrer Regierung auf den sozialen Besitzstand abzuwehren, brauchen die Arbeiter und ihre Gewerkschaften das durch die Notstandsgesetzgebung bedrohte Koalitions- und Streikrecht, das Recht auf freie Lohnvereinbarung und auf freie Wahl des Arbeitsplatzes. Die Arbeiterjugend, die Schüler und Studenten brauchen das Recht auf Demonstrationen, Versammlungen und Kundgebungen, um sich aktiv gegen die antisoziale Politik der Bonner Regierung und für eine demokratische Hochschulreform einsetzen zu können. Also braucht das arbeitende Volk auch im Ringen um seine sozialen Interessen und um den Frieden demokratische Rechte.

²⁾ Lenin, Staat und Revolution, in Werke, Bd. 25, S. 486.

Die große Bedeutung des Kampfes um Demokratie zu verkennen, wäre ein Hindernis für die Entwicklung einer breiten demokratischen Front gegen die politische und soziale Reaktion. Wir wollen, wie es in unserem Programm-entwurf heißt, „mit allen Demokraten, auch mit Nichtsozialisten und denen, die heute noch Gegner des Sozialismus sind, zusammenarbeiten, um gemeinsam zu verhindern, daß Notstandsdi-ktatur und Neonazismus in unserem Lande triumphieren, daß vom Boden der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgeht“.

In unserem Programm-entwurf haben wir klar gesagt, wie wir uns den weiteren Kampf für den gesellschaft-

lichen Fortschritt, für grundlegende demokratische Veränderungen vorstel-len. Dabei gehen wir davon aus, daß Demokratie, Frieden und eine gesell-schaftliche Vorwärtsentwicklung nur durch eine Veränderung der Macht-verhältnisse verwirklicht werden kön-nen, durch eine demokratische Um-gestaltung, die alle Bereiche des ge-sellschaftlichen Lebens erfaßt und dem arbeitenden Volk den maßgeblichen Einfluß auf die Geschicke unseres Landes sichert. Dazu streben wir tief-greifende demokratische Reformen an, die das Großkapital an der Wurzel seiner Macht, der alles beherrschenden Stellung in Wirtschaft und Staat treffen.

Unser friedlicher Weg

Wir Kommunisten streben den fried-lichen und demokratischen Weg der sozialistischen Umwälzung an. Wir sind der Meinung, daß der Weg zum Sozialismus im Rahmen der allseitigen Entfaltung aller parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten beschritten werden kann. Auf welch konkretem Weg und wann sich die so-zialistische Umwälzung in der Bundes-republik vollziehen wird, ist heute noch nicht vorzusehen. Durch die Kraft des demokratischen Bündnisses im Kampf um eine grundlegende demo-kratische Veränderung der politischen und ökonomischen Verhältnisse und zur Entmachtung des Monopolkapitals werden auch die Perspektiven für die sozialistische Umgestaltung, d. h. für die endgültige Beseitigung der Ausbeu-tergesellschaft eröffnet. Der fried-liche Weg der sozialistischen Um-wälzung wird aber nur dann möglich sein, wenn es der Arbeiterklasse und allen antimonopolistischen Kräften ge-lingt, ein solches Übergewicht auf ihrer Seite zu schaffen, daß die Reaktion daran gehindert wird, Gewalt gegen die Mehrheit des Volkes anzuwenden.

Wenn uns im Bericht des Bundes-innenministeriums „Innere Sicherheit“ vorgeworfen wird, wir würden uns im Programm-entwurf weiter zum Marx-is-mus-Leninismus bekennen, so erklären wir: Die KPD wird niemals auf ihre wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus-Leninismus verzichten.

Unser programmatisches Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus ist verfas-sungsrechtlich garantiert durch Ar-tikel 4 des Grundgesetzes, der die Frei-heit des weltanschaulichen Bekennt-nisses für unverletzlich erklärt, und durch Artikel 5 des Grundgesetzes, der die freie Lehre und Wissenschaft schützt.

Wenn Kritiker des Programm-entwurfs meinen, unser Endziel, der So-zialismus, sei mit dem Grundgesetz un-vereinbar, so antworten wir ihnen: Im Grundgesetz wird davon ausgegangen, daß der Wille des Volkes oberstes Ge-setz ist. Wir sind der Meinung, daß die Mehrheit des Volkes über die Gesell-schaftsordnung, in der sie leben will, selbst entscheiden muß. Es kann als herrschende Meinung auch unter den Staatsrechtlern angesehen werden, daß das Grundgesetz nicht die kapitali-stische Gesellschaftsordnung dekretiert. Auch in allen Definitionen des Begriffs der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wird z. B. keineswegs der Kapitalismus als Wesensmerkmal dieser Ordnung bezeichnet; selbst nicht in der Definition dieses Begriffs, wie sie seitens des Bundesverfassungsge-richts im Urteil gegen die KPD vorge-nommen worden ist¹⁾.

Die im Programm-entwurf enthaltene Zielstellung für die Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens und des Weges zum Sozial-is-mus steht also nicht im Gegensatz zum Grundgesetz, sondern zielt umgekehrt

¹⁾ Vgl. KPD-Prozeß, Dokumentarwerk, 3. Band, Karlsruhe, 1956, S. 612.

auf die volle Herstellung der Volkssouveränität (Art. 20 GG), der Rechte des Parlaments und der Sicherung und Erweiterung der Rechte und Freiheiten der Bürger. Im Gegensatz dazu aber stehen die Pläne der Bundesregierung,

mit Hilfe der Notstandsgesetzgebung die Handhabe für den scheinlegalen Übergang von der verfassungsmäßigen parlamentarischen Ordnung zur offenen reaktionären Diktatur der Monopole zu schaffen.

Für Volksherrschaft

Wir wenden uns gegen die Verfälschung der von Marx begründeten Idee von der Diktatur des Proletariats. Wir sehen, wie im Programmentwurf dargelegt, in der Diktatur des Proletariats nichts anderes, als die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Intelligenz, den Bauern, dem städtischen Mittelstand, also die Macht der überwältigenden Mehrheit des Volkes. Demokratie heißt Volksherrschaft. Undemokratisch ist die Diktatur einer Handvoll Millionäre über die Millionenmassen der Bevölkerung. Reale Demokratie herrscht dann, wenn sich das Volk alle Möglichkeiten zur Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens erkämpft hat und wenn es sie gegen alle Angriffe verteidigt.

Wenn die Polizeihirne im Innenministerium aus dem Programmentwurf herauslesen: „Die KPD legt sich jedoch nicht auf das Grundgesetz als dauernde Ordnung fest“, so können wir nur antworten: Der Inhalt des Programmentwurfs beweist, die KPD verteidigt die geschriebene Verfassung gegen alle Angriffe und setzt sich dafür ein, daß Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit in Einklang gebracht werden. Die Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens erstreben wir durch eine Verwirklichung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Prinzipien der Verfassung. Eine Diskussion darüber, ob und wann einmal durch den demokratischen Willen des souveränen Volkes, Verfassungsänderungen oder eine neue Verfassung in Kraft gesetzt wird, ist gegenwärtig müßig. Artikel

146 Grundgesetz bestimmt in diesem Zusammenhang: „Das Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Die Klischeevorstellung, die KPD strebe eine Einparteienherrschaft an, wird im Programmentwurf widerlegt, in dem ausdrücklich für eine sozialistische Ordnung in der Bundesrepublik ein Mehrparteiensystem vorge-
sehen ist. Ebenso wird im Entwurf erklärt, daß neben einer sozialistischen Parlamentsmehrheit auch eine parlamentarische Minderheit, die die Verfassung und die Gesetze achtet, ihre Rechte wahrnehmen kann. Im Gegensatz dazu wollen die gegenwärtig herrschenden Kreise in der Bundesrepublik mit der geplanten Einführung des Mehrheitswahlrechts ein Zweiparteiensystem einführen, das in der Praxis der CDU/CSU eine Monopolstellung als Regierungspartei im Bundestag verschaffen und jeder echten Oppositionspartei den Weg in den Bundestag verbauen soll.

Zusammenfassend ergibt sich deshalb: Die Behauptungen des Bundesinnenministeriums und anderer Kritiker des Programmentwurfs erweisen sich als der plumpe Versuch, durch Verfälschungen und Unterstellungen der KPD verfassungsfeindliche Ziele anzulasten. Damit soll das Festhalten am KPD-Verbot motiviert und die Gesinnungsverfolgung gerechtfertigt werden. Aber diese Versuche unterstreichen die Notwendigkeit, noch breiter und beharrlicher den wahren Inhalt unseres Programmentwurfs in der Öffentlichkeit bekanntzumachen

Mitbestimmung — eine Machtfrage

VON ALEXANDER MELING

Im Entwurf unseres Parteiprogramms spielt der Kampf für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte eine erstrangige Rolle.

Demokratie und Freiheit existieren nicht im luftleeren Raum. Sie haben stets einen bestimmten Klasseninhalt und müssen unter konkreten gesell-

schaftlichen Verhältnissen durchgesetzt werden. Wir Kommunisten sind der Auffassung, daß Demokratie verlangt:

- ① die Beseitigung der Vorrechte einer großkapitalistischen Minderheit;
- ② ein dem Volke dienendes und seine Befugnisse voll wahrnehmendes Parlament sowie
- ③ die breite Mitwirkung der Bevölkerung im politischen Leben.

Unsere Partei gibt sich nicht der geringsten Illusion hin, daß es genüge, lediglich richtige Forderungen aufzustellen. Wir machen deshalb im Programmentwurf die Arbeiterklasse und die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik darauf aufmerksam, daß jede elementare soziale und demokratische Forderung gegen den erbitterten Widerstand der Großindustrie und der Großbanken er-

kämpft werden muß. Das Großkapital widersetzt sich nicht nur jeder sozialen Verbesserung und jeder Erweiterung der demokratischen Rechte, sondern gefährdet stets das bereits Errungene. Keine Lebensfrage unseres Volkes ist daher auf die Dauer lösbar, wenn nicht die Macht der Monopole über Staat und Wirtschaft gebrochen wird. Folgerichtig heißt es daher in unserem Programm-Entwurf:

„Demokratie, Frieden und eine gesellschaftliche Vorwärtsentwicklung können nur verwirklicht werden durch eine Veränderung der Machtverhältnisse, durch tiefgehende demokratische Reformen, durch eine demokratische Umgestaltung, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens — Wirtschaft und Staat, Bildung und Kultur — erfaßt und dem arbeitenden Volk den maßgeblichen Einfluß auf die Geschicke unseres Landes sichert.“

Demokratie und Macht

Demokratie ist also letztlich ein Machtproblem. Entscheidend ist ihr Inhalt. In der Bundesrepublik können nur in dem Maße echte demokratische Verhältnisse herrschen und die im Grundgesetz verkündeten demokratischen Rechte verwirklicht werden, wenn die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk die Macht des Großkapitals zurückdrängen und sich Einfluß in Wirtschaft und Staat erkämpfen.

Die Macht des Großkapitals kann aber nur dann ernsthaft erschüttert werden, wenn es an den Wurzeln seiner Macht getroffen wird, an seiner alles beherrschenden Stellung in der Wirtschaft, und wenn die Arbeiterklasse ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen durchsetzt. Der entscheidende Hebel hierzu ist die Mitbestimmung.

Hieraus ergibt sich, daß die Mitbestimmung nicht in erster Linie ein Institutionsproblem ist, so wichtig diese Institutionen für die Durchsetzung einer echten Mitbestimmung sind, sondern ein Machtproblem, ein Instrument, das dazu dient, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu verändern. Die Mitbestimmungsinstitutionen wie Betriebsräte, Aufsichtsräte und andere Mitbestimmungsorgane, gleich auf

welcher Ebene, müssen von der Arbeiterklasse benutzt werden, um ihre Macht zu erweitern und zugleich die des Kapitals einzuschränken. Wenn die Springer-Presse und andere Zeitungen der Großbourgeoisie der Arbeiterklasse vorwerfen, daß die Forderung nach mehr Mitbestimmung ein „Griff zur Macht“ sei, so ist das zutreffend. Genau darum geht es.

Es handelt sich also bei der Mitbestimmung nicht um die Wahrnehmung eines abstrakten Rechts oder allein um das Besetzen von Positionen, sondern vielmehr um das Nutzen erkämpfter Rechte und Positionen, um dem arbeitenden Volk zu helfen, die Unsicherheit seiner Lage zu überwinden, den Machtmißbrauch einer kapitalkräftigen Minderheit zu beseitigen und in Wirtschaft und Gesellschaft die Interessen der Arbeiter und Angestellten zur Geltung zu bringen. Deshalb sehen wir Kommunisten, wie im Programm-Entwurf besonders hervorgehoben wird, in der Mitbestimmung kein Mittel einer illusionären Sozialpartnerschaft oder Klassenharmonie.

Dort, wo der Geist der Sozialpartnerschaft dominiert, gibt es keine Mitbestimmung; selbst dann nicht, wenn Aufsichtsräte paritätisch besetzt sind

und dem Vorstand ein Arbeitsdirektor angehört.

Wir dürfen niemals vergessen, daß unmittelbar nach 1945 unter dem Eindruck der Gefährdung ihrer Machtpositionen führende Großkapitalisten in der Mitbestimmungsfrage Zuge-

ständnisse machten, um die ganze Macht zu behalten und diese dann wieder zu benutzen, um ihr Ziel zu erreichen, die alten Besitz- und Machtverhältnisse wiederherzustellen. Wie wir sehen können, sind sie hierbei erfolgreich gewesen.

Eine neue Kampfetappe

Wie aktuell die in unserem Programm-Entwurf aufgeworfene Mitbestimmungsproblematik ist, zeigen die Kundgebung des DGB im März, auf der ein Gesetzentwurf zur Ausdehnung der Montanmitbestimmung auf alle Großunternehmen vorgeschien ist, und auch die Diskussion zu diesem Thema auf dem SPD-Parteitag.

Die „Welt der Arbeit“ vom 15. 3. 1968 erschien mit der Schlagzeile: „Wir brauchen die ganze — keine halbe Demokratie.“ Der DGB-Vorsitzende Rosenberg erklärte auf der Kundgebung, daß die Arbeiter und Angestellten niemals und nirgendwo Mitverantwortung akzeptieren, „wo andere darüber bestimmen, welche Konsequenzen ihrer Entscheidungen wir zu tragen haben“.

Auf dem SPD-Parteitag, der — trotz vorhandener, teilweise starker Opposition — in allen wesentlichen politischen Fragen dem politischen Kurs der herrschenden Kreise folgte, kam es in der Mitbestimmungsfrage im Arbeitskreis „Gesellschaftsordnung und Gesellschaftspolitik“ zu einer Diskussion um die Mitbestimmung. 74 spezielle Anträge lagen dem Parteitag zu diesem Thema vor. Bundesverkehrsminister Leber, der das Problem Mitbestimmung überhaupt nicht behandelt wissen wollte, und Staatssekretär Klaus Dieter Arndt, der die Gewerkschaften mit den Worten brüskierte, daß dieser SPD-Parteitag „kein Briefkasten, auch nicht für einen DGB-Kongreß“ sei, konnten dennoch nicht verhindern,

daß die Mitbestimmungsfrage diskutiert wurde.

Zahlreiche Delegierte forderten in z. T. außerordentlich qualifizierten Beiträgen mehr Mitbestimmungsrechte. Dabei wurde von einigen Delegierten das Kernproblem der Mitbestimmung herausgearbeitet. So erklärte Heinz Junker: „Dabei (bei der Mitbestimmung, A. M.) dreht es sich um Probleme der Macht.“ Dieter Kretschmar führte aus: „Mitbestimmung ist keine Frage, die man sachverständig entscheiden kann, sondern die Mitbestimmung ist eine Frage . . . welchen Einfluß auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse man welcher gesellschaftlichen Gruppe zubilligt.“

Diesen Delegierten stellten sich Bundeswirtschaftsminister Schiller und sein Staatssekretär Dr. Klaus Dieter Arndt entgegen. Schiller versuchte sich mit der billigen Phrase aus der Affäre zu ziehen: „Die Mitbestimmung ist ein konstituierendes Element der mündigen Gesellschaft.“ Darunter kann sich jeder alles oder nichts vorstellen. Deutlicher wurde da Schiller-Intimus Arndt. Er führte aus: „Die generelle wirtschaftliche Stabilität muß gesichert sein, bevor ernsthaft an Mitbestimmungsfragen gedacht werden kann. Ich muß noch weitergehen und sagen: Es müssen Unternehmen da sein, die wachsen und blühen, die Löhne zahlen können, damit in ihnen ernsthaft und vernünftig mitbestimmt werden kann. Das ist doch die Reihenfolge, die es hier zu betrachten gilt.“

Alte Ladenahter

Arndt hat hier ein altes, von den sozialdemokratischen Führern nach der Novemberrevolution 1918 vielgebrauchtes Argument neu aufpoliert, die damals die Entmachtung des Monopolkapitals u. a. durch die Behauptung verhindert, daß eine Sozialisierung der Großindustrie erst dann in Frage kommen könne, wenn diese

wieder gesund sei. Es lohne sich nicht, Verluste zu sozialisieren. Arndt stellt hier die Dinge auf den Kopf. Wenn die Wirtschaft der Bundesrepublik 1966/1967 von einer ernsthaften Wirtschaftskrise betroffen wurde, wenn heute Strukturkrisen nicht gelöst werden können, wenn Fehlinvestitionen erfolgen und die Wirtschaftskraft un-

seres Landes durch Ausgaben für eine aggressive Politik maßlos überfordert wird, dann liegt das doch nicht daran, daß es zuviel, sondern daß es zu wenig Mitbestimmung gibt.

Ob Hochkonjunktur oder Krise, immer wird das Großkapital sich echter Mitbestimmung widersetzen. Wie sehr Arndt ein Erfüllungsgesetz des Kapitals ist und wie er die Mitbestimmung auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben will, geht auch aus seinen folgenden Ausführungen hervor: „Die wirtschaftlichen Sorgen sind morgen nicht verschwunden. Konjunkturpolitik ist ein stetiges Ringen auf einem schmalen Pfad zwischen Inflation und Massenarbeitslosigkeit.“ Wenn die

wirtschaftlichen Sorgen auch morgen nicht verschwinden und eine stete Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaft sind, wird Arndt auch morgen gegen die Mitbestimmung sein, ebenso wie heute. Er ist ihr prinzipieller Gegner und im Wesensinhalt stimmen seine Ausführungen mit denen der Unternehmer überein, die ebenfalls behaupten, daß die Mitbestimmung die Wirtschaft ruiniere.

Den Delegierten drohte Arndt mit der Kapitalflucht, wenn die Mitbestimmung verwirklicht werden würde. Aber diese Drohung erhält die Gefahren, die aus dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht erwachsen, und ist gerade ein Argument dafür, die Mitbestimmung alsbald durchzusetzen.

Notstandsgesetze und Mitbestimmung unvereinbar

Der Parteitag beschloß unter dem Druck der Mitgliedschaft, die Bundestagsfraktion zu beauftragen, noch in dieser Legislaturperiode Gesetzentwürfe zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes und der Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung im Bundestag einzubringen.

Wie widerspruchsvoll die Situation auf diesem Parteitag war, geht daraus hervor, daß ein großer Teil der Delegierten, der gegen eine Stimme, die Schillers, der Ausweitung der Mitbestimmung zustimmte, zugleich die Notstandsgesetzgebung befürwortete. Mitbestimmung und Notstandsgesetze schließen aber einander aus. Sie sind wie Feuer und Wasser. Die Koalitionsverhandlungen, die unmittelbar nach dem Parteitag stattgefunden haben, zeigen bereits, daß die CDU/CSU die SPD dahin zu drängen versuchte, schnellstmöglich die Notstandsgesetze zu verabschieden, in der Mitbestimmungsfrage aber erst das Gutachten des sogenannten neutralen Sachverständigenrates abzuwarten und damit die Beratungen zu verschleppen und

zu verzögern. Es deutet sich also an, daß die Führung der SPD mit der CDU/CSU ein gefährliches Komplott gegen die Arbeiterklasse geschlossen hat.

Diejenigen Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die glauben mehr Mitbestimmungsrechte durch ein Nachgeben in der Notstandsfrage erkaufen zu können, würden bald erleben, daß sie einem lebensgefährlichen Irrtum erlegen sind, gleich denjenigen, die die Gefahr des Faschismus unterschätzten und meinten, „laßt doch den Hitler an die Macht, er wird sich bald abwirtschaften.“

Wenn die herrschenden Kreise erst einmal Notstandsgesetze haben, werden sie von ihnen eingesetzt werden, um ihre Machtpositionen zu sichern. Notstandsgesetze sind gegen jede echte Mitbestimmung gerichtet. Wenn die Mitbestimmungsfrage, wie wir darzustellen versuchten, eine Machtfrage ist, so kann sie nur durchgesetzt werden, wenn die Kraft der Arbeiterklasse mobilisiert wird.

Mitbestimmungsrechte — eine Kampffrage

Die Vertrauensleute eines Duisburger Großbetriebes haben völlig Recht, wenn sie in einer Entschließung zu dem Schluß kommen, daß Aktivität und kämpferische Entschlossenheit notwendig sind, da die Mitbestimmung „nur mit aller Härte gegen äußerste Hartnäckigkeit der geballten Gegner-

schaft von Unternehmertum und ihren Ideologen in Staat und Regierung durchzusetzen sein“ wird. Die Arbeiterklasse ist am besten in den Betrieben zu aktivieren. Dazu bedarf es starker, gut funktionierender gewerkschaftlicher Vertrauensleutekörper, also Organe der gewerkschaftlich

organisierten Mitglieder. Auf dieses Problem wird in unserem Programm-entwurf hingewiesen, wenn auch hier nicht exakt, von „betrieblichen“ Vertrauensleutkörpern gesprochen wird, die zu „gewerkschaftlichen Organen der Belegschaften“ ausgebaut werden sollen.

Wenn der jetzt vom DGB gestarteten Kampagne nicht dasselbe Schicksal beschieden sein soll wie der „Aktion Mitbestimmung“ vom Oktober 1965, die nicht wesentlich über die Funktionskreise hinauskam, ist es notwendig, mit einer breiten Aufklärung in den Betrieben zu beginnen und diese mit den anstehenden Lohnbewegungen und anderen sozialen Kämpfen zu verbinden, um dadurch die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten für die gewerkschaftliche Forderung zu mobilisieren. Es ist erforderlich, wie es in der bereits erwähnten Entschließung heißt, „daß die bisherige Praxis der unverbindlichen, nur losen Bindung unter den Mitbestimmungsträgern — Aufsichtsräten, Arbeitsdirektoren und Betriebsräten — abgelöst und durch einen von der Gewerkschaft straff geführten einheitlichen Meinungsträger ersetzt wird.“

Die Gewerkschaften sollten auch den Unternehmerverbänden eines ihrer wirkungsvollsten Argumente

gegen die Mitbestimmung aus der Hand schlagen und die Tantiemefrage im Interesse aller Gewerkschaften einer befriedigenden Lösung zuführen.

Wenn die Gewerkschafter Einfluß nehmen auf die gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten, wenn sie machtvolle außerparlamentarische Aktionen gegen die Notstandsgesetze organisieren, wenn sie auf breiter Front — über Betriebsvereinbarungen und Tarifabschlüsse — mehr effektive Mitbestimmungsrechte durchsetzen, wenn sie die herrschenden Kreise unter massiven Druck setzen, dann, aber auch nur dann wird es Fortschritte in der Frage einer echten Mitbestimmung geben. Noch in dieser Legislaturperiode sollten die Vorschläge des DGB zu einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und einer Ausdehnung der Montanmitbestimmung auf alle Großunternehmen im Bundestag behandelt und beschlossen werden.

Damit wäre eine wichtige Etappe des Kampfes um mehr Mitbestimmung erreicht und könnte zum Ausgangspunkt genommen werden, weitergehende Rechte der Arbeiterklasse gegen das Großkapital durchzusetzen. Diese Orientierung gibt unsere Partei im Programmentwurf der Arbeiterklasse unseres Landes.

Für eine demokratische Wirtschaftspolitik

Zu den wirtschaftspolitischen Grundsätzen im Programmentwurf der KPD

VON FRITZ RISCHÉ

Seit etwa Mitte der 60er Jahre hat die Nachkriegszeit auch in der Wirtschaft ihren Abschluß gefunden. Im Programmentwurf der KPD heißt es dazu: Am Ende der Nachkriegsperiode „standen schwere wirtschaftliche Erschütterungen, eine Krise der Staatsfinanzen, eine Vertiefung der inneren und äußeren Widersprüche des Systems“. Nun zeigen sich die Folgen der ständigen Überforderung der Staatsfinanzen durch den Rüstungskurs, durch die Großmachtpolitik. Nun zeigt sich wie anmaßend die Behauptungen waren, durch das CDU/CSU-Regime sei die Wirtschaft für alle Zeit stabilisiert, habe der Kapitalismus seine Gebrechen überwunden. In Wahrheit erlebten wir 1966/67 im Gefolge einer

zyklischen Überproduktionskrise einen tiefen wirtschaftlichen Einbruch. Die herrschenden Kreise haben sich auf diese neue Lage eingestellt, indem sie sozialdemokratische Führer wie Schiller in die Regierung aufnahmen. Sie leiteten damit eine neue Etappe ihrer Politik ein, um eine breitere Basis für die Fortsetzung des alten expansiven Kurses zu gewinnen.

In der Regierungserklärung vom Dezember 1966 hatte Kiesinger als erstes Ziel für die Gesamtpolitik die Zurückgewinnung des verlorenen finanziellen Spielraums genannt. Es war daher eine ernste Frage für das staatsmonopolistische System, neue Methoden in der Wirtschafts-, Finanz- und

Einkommenspolitik anzuwenden. Worum es dabei geht, hat Schiller am 14. 2. 1968 in seiner Bundestagsrede bei der Einbringung des Jahreswirtschaftsberichts 1968 ausgesprochen:

„In den letzten Jahren haben sich in der internationalen ‚Rangliste‘ Veränderungen ergeben, die wir beachten sollten. Gemessen an dem Brutto-sozialprodukt je Einwohner sind wir von der fünften auf die sechste Position zurückgefallen und haben Frankreich damit den Platz geräumt. Und im Außenhandelsvolumen je Einwohner haben wir ebenfalls mit Frankreich den dritten gegen den vierten Platz ausgetauscht.“¹⁾

Die Marschroute der Konzerne

Schillers Antwort auf diese neue Lage war: „Wir müssen eine Vorwärtstrategie entwickeln; und dazu gehört auch ein auf Expansion und Stabilität gerichteter Kurs.“²⁾ Diese „Vorwärtstrategie“ prägt denn auch insgesamt jene Versuche, den wirtschaftspolitischen Mechanismus für die Weiterführung der revanchistischen Großmachtpolitik für die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution sowie des Strukturwandels im Interesse der Macht des Großkapitals auszubauen. Dafür werden die finanziellen Mittel mobilisiert und die wirtschaftspolitischen Instrumente geschaffen. Das Konjunkturrahmengesetz, das Wirtschaftsgutachten der Professoren und der jährliche Wirtschaftsbericht, die mittelfristige Finanzplanung und die sogenannte Finanzreform, das geplante Gesetz zur Förderung der weiteren Konzentration und das Arbeitsförderungsgesetz und nicht zuletzt die Notstandsgesetze — sie alle sollen die Machtinstrumente in Politik und Wirtschaft vervollkommen. Die enormen Kosten dieser Anpassung aber zahlen ausschließlich die werktätigen Menschen: Durch Lohnpause und Arbeitslosigkeit die Arbeiter, durch das „Suchen neuer Erwerbsstellen“ (Kiesinger) die Bauern, Handwerker und Klein-fabrikanten, die durch die ökonomische

Diese Verlustbilanz auf ökonomischem Gebiet ließe sich noch um viele Posten ergänzen. Die BRD steht zum Beispiel in den Ausgaben für Wissenschaft und Forschung hinter Großbritannien und Frankreich; sie wurde 1967 von Japan in der Stahl- und Automobilproduktion überrundet. Aber auch in den prognostizierten Wachstumsraten für 1968 steht die Bundesrepublik unter den kapitalistischen Industrien-mächten (vom Vergleich mit den sozialistischen Ländern ganz zu schweigen!) mit etwa vier Prozent hinter Frankreich + 4,5 Prozent, Japan + 9,5 Prozent, USA + 4,5 Prozent, Italien + 4,5 Prozent.

Machtkonzentration ihre Selbständigkeit zu Zehntausenden verlieren. Tref-fender als durch Dr. Ernst Schneider, Präsident des Industrie- und Handels-tages (DIHT) konnte die bisherige Bilanz dieser Politik zugunsten der Konzerne nicht charakterisiert werden. Schneider erklärte am 22. Februar vor der Vollversammlung in Bonn: „Es ist im wesentlichen eine Bilanz, die sich sehen lassen kann . . . Beginnen wir mit dem Ertrag, so können wir feststellen: Wir sind aus den ‚roten Zahlen‘ heraus . . .“³⁾

Schneider feiert die neuen staats-monopolistischen Instrumentarien, die Schiller und Strauß komplettierten. Aber er fordert auch, daß die Ausgaben im sozialen Bereich und für andere konsumtive Zwecke weiter gekürzt werden. Im konzilianten Ton war das die Marschroute der Konzerne in der „konzertierten Aktion“. Schneider begrüßt sie als „positiv und erfolgversprechend“. Was aber brachte diese Wirtschaftspolitik der werktätigen Bevölkerung?

Ab 1. Januar 1968 sind 30 Gesetze in Kraft getreten, die durchweg darauf zielen, das Realeinkommen der Bevölkerung empfindlich zu kürzen. 30 Milliarden Mark sollen bis 1971 durch Streichungen an den Sozialausgaben des Bundesetats „eingespart“ bzw. durch Streichungen von Steuerermäßigungen und durch Steuererhöhungen von den Arbeitern, Bauern und Mittelschichten aufgebracht werden. Während die Konzerne für etwa 12 Milliar-

¹⁾ BMWI Tagesnachrichten, 16. Februar 1968, S. 5, Anhang.

²⁾ Rede im Bundestag am 14. Februar 1968.

³⁾ DIHT-Informationen, 29. Februar 1968, S. 1.

den Mark Investitionsspritzen erhielten, verloren die Arbeiter 1967 rund 10 Milliarden Mark durch Lohnverluste, Preis- und Steuererhöhungen usw. Täglich fielen 25 kleine Fabriken dem verschärften Konkurrenzkampf

zum Opfer. Diese soziale Demontage war nur möglich, weil Schiller und die SPD-Führung sie deckten und einige Gewerkschaftsführer Illusionen über die Schillersche Wirtschaftspolitik haben.

Grundsätze einer neuen Wirtschaftspolitik

Im März 1968 gab es immer noch über 500 000 Vollarbeitslose. Insgesamt werden in der Wirtschaft über 1 Million Arbeitskräfte weniger beschäftigt. So lange die hohen Rüstungsausgaben die Wirtschaft belasten, der amerikanische Krieg in Vietnam durch die Aufnahme von amerikanischen Schatzanweisungen mitfinanziert wird, so lange die Wirtschaftspolitik sich vom Profit- und Machtstreben der Konzerne leiten läßt, werden auch die Bedingungen bleiben, die eine Bedrohung der materiellen Existenz der Werktätigen, vor allem eine Gefährdung der Arbeitsplätze hervorrufen. Im Programmentwurf der KPD wird daher eine neue Wirtschaftspolitik gefordert, die sich von folgenden Grundsätzen leiten läßt:

„Die Bundesrepublik verfügt über eine moderne hochproduktive Industrie. Bei einer Politik des Friedens und der Abrüstung, bei einer Wirtschaftspolitik, die sich nicht am Profitinteresse einer großkapitalistischen Minderheit orientiert, wäre es möglich, die Arbeitsplätze zu sichern, das sozial Erreichte zu erhalten und zu mehren, die dringendsten Aufgaben einer modernen Strukturpolitik in der Volksbildung, im Gesundheits- und Verkehrswesen, im Wohnungsbau und in der Raumordnung zu lösen.“

Eine solche Wirtschaftspolitik setzt auch eine Umstrukturierung der Posten in den öffentlichen Etats voraus: durch Senkung der Rüstung einerseits und

durch Erhöhung der Renten, Pensionen, Krankengelder und Beamtengehälter, durch eine strenge Preiskontrolle mit dem Ziel der Steigerung der Massenkaufrkraft andererseits. Eine gezielte Investitionspolitik, die die in öffentlicher Hand befindlichen Unternehmen stärkt, und eine wettbewerbsfördernde Preisgestaltung, zum Beispiel des Volkswagenwerks, könnten konjunkturelle Impulse auslösen. Das gleiche gilt für die Förderung des Straßenbaus, der Bildungsinvestitionen und anderer Gemeinschaftsaufgaben.

Damit diese Aufgaben erfüllt werden können, ist eine **grundlegende Veränderung des Steuersystems** notwendig. Alle Steuervergünstigungen, die einsichtig den höchsten Einkommen zugute kommen und die die Kapitalkonzentration fördern, müssen beseitigt werden. Die Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer für höchste Einkommen und Vermögen ist ebenso zu erhöhen wie die Körperschaftsteuer für Großunternehmen. Entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften sollte die Lohnsteuer um zehn Prozent gesenkt werden. Die preistreibenden Wirkungen der Mehrwertsteuer sind zu beseitigen und jede weitere Erhöhung des Umsatzsteuersatzes zu verhindern. Es ist auch endlich an der Zeit, das gesamte Steuersystem zu vereinfachen. Auf diese Weise kann auch den Bauern, Handwerkern, Einzelhändlern und Gewerbetreibenden durch Steuer- und Kreditleichterungen sowie durch Förderbeihilfen die Existenz gesichert werden.

Zur Einkommens- und Strukturpolitik

Der DGB-Vorsitzende Rosenberg kritisierte auf einer Kundgebung am 19. Februar in Düsseldorf heftig, daß die Schillersche Wirtschaftspolitik überwiegend den Unternehmern und Kapitalgebern zugute kommt. Rosenberg forderte die Massenkaufrkraft nicht nur zu erhalten, sondern durch spürbare Lohnerhöhungen zu

steigern. An diese Diskussion, an die Forderungen der demonstrierenden Bauern und Ruhrarbeiter knüpft der Programmentwurf der KPD an. Als **dringende Konjunkturmaßnahme** schlägt die KPD die Sicherung der Arbeitsplätze, die Halbierung der Rüstungsausgaben und die Erfüllung der Gewerkschaftsforderungen nach

steigenden Reallöhnen, nach einem „höheren Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt“ vor.

Die gegenwärtigen Daten der Schillerschen Wirtschaftspolitik sehen aber nur eine evtl. Zuwachsrate der Nominallöhne um 4 bis 5 Prozent vor. Der Reallohn (Kaufkraft) kann bei diesen Relationen infolge der Mehrwertsteuer, der Tarif- und Preissteigerungen praktisch keine Erhöhung erfahren. Die Schillersche Lohnquote wird durch Steuer- und Preissteigerungen kompensiert.⁴⁾ Die Drosselung der Löhne und Gehälter muß sich wachstumshemmend auswirken und damit die Beschäftigungslage weiterhin drosseln. Dem gegenüber steht die Schillersche Konzeption der Förderung der Profite. Die Unternehmereinkommen sollen eine Erhöhung bis zu 15 Prozent erfahren.

Eine aktive Lohnpolitik wird immer dringender für die Verstärkung der Massenkaufkraft. Zum Beweis dafür sei die von Gewerkschaftern oft erwähnte Tatsache angeführt, daß durch Erhöhung der Lohn- und Gehaltssumme um ein Prozent, die Kaufkraft um mehr als 2 Milliarden Mark gesteigert werden kann. Aber auch von der Produktivitätsseite her ist eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik begründet. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wurde Ende 1967 in jeder Arbeiterstunde in der Industrie eine Leistung erzielt, die um 11 Prozent über dem Stand des Vorjahres lag. Eine aktive Lohn- und Einkommenspolitik geht einher mit einer selbständigen Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Arbeitsbedingungen, die Wirtschafts- und Sozialpolitik.

⁴⁾ Rosenberg hat vor dem Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten gefordert, daß die Lohnerhöhungen in diesem Jahr über 5 Prozent hinausgehen müßten. Die Orientierungsdaten für Lohn- und Gehaltssteigerungen von vier bis fünf Prozent reichten nicht aus, die Kaufkraft zu erhöhen. Bei einer Preiserhöhungsrate von 2,5 Prozent, bei steigenden Sozialbeiträgen und Mieten und der Mehrwertsteuer würde bestenfalls ein Kaufkraftzuwachs von 0,3 Prozent übrig bleiben, wenn die Löhne nach den Vorstellungen Schillers erhöht würden. — Handelsblatt, 19. März 1968.

⁵⁾ BWI-Tagesnachrichten vom 22. Februar 1968, Anhang.

Jede Abhängigkeit von einer staatlich verordneten Lohnleitlinie, auf die faktisch die Schillersche Politik „konzertierten Aktion“ hinausläuft, würde es unmöglich machen, diesen Auftrag der Millionen Arbeiter und Angestellten zu erfüllen.

Diskussionen über Strukturprobleme sind heute aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen ein Hauptthema. Die Absatzkrise, die mit der Strukturkrise in einigen Industriezweigen (Bergbau, Textil und teilweise Stahlerzeugung) zusammenfiel, verschlimmerte die Folgen für die Arbeiter und Angestellten in diesem Bereich. Es zeigte sich, was es bedeutet, daß von den Konzernen und ihren Regierungen jahrelang keine Maßnahmen ergriffen wurden, um veralteten technischen Einrichtungen oder einseitigen Wirtschaftsschwerpunkten mit vorsorglicher Wirtschaftspolitik zu begegnen. Wo aber die Konzerne ihre Strukturpolitik einleiteten, geschah dies immer auf Kosten der arbeitenden Menschen.

Am 12. Februar erklärte Schiller vor der Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung des Landes NRW⁵⁾, daß in den nächsten Jahren allein in den Revieren an Ruhr und Saar mindestens 60 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Allein sein Kohleanpassungsgesetz zielt dahin, 100 000 Bergarbeitern den Arbeitsplatz zu nehmen. Schiller forderte in dieser Rede und später auch auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg eine „größere Mobilität“ der Arbeitskräfte. Mobilität gibt es zur Zeit mehr als genug, aber es gibt nur völlig unzureichende Maßnahmen, neue Arbeitsplätze für die Automationsopfer zu schaffen und die Umschulung freigesetzter Arbeitskräfte in Angriff zu nehmen. Wie problematisch Pläne auf diesem Gebiet sind, beweist u. a. das Entwicklungsprogramm der Düsseldorfer Regierung für das Ruhrgebiet. In sechs Jahren sollen mit 25 Milliarden D-Mark die Lebensverhältnisse im Ruhrgebiet verbessert und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gesteigert werden. Wahrscheinlich ist diese Summe eher zu niedrig als überhöht, aber dieser Plan hat infolge der Rüstungspolitik außer vagen Versprechungen keine finanzielle Grundlage.

Es ist an der Zeit, bei der Rüstung zu kürzen, die Ausgaben im Bundes- und Landeshaushalt umzustrukturieren und anstelle der Stilllegungsprämien für die Kohlenherren eine Investitionsabgabe aus den Gewinnen der Konzerne für die Sanierung des Ruhrgebiets zu beschließen!¹⁰⁾

Als Hauptaufgabe einer vorsorglichen Strukturpolitik betrachten wir Kommunisten Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit. Um zum Beispiel die Krise im Bergbau zu lösen, muß ein Energieplan ausgearbeitet werden. Auch für die Stahlindustrie und andere Bereiche der Wirtschaft sind solche Strukturpläne aufzustellen. Im Ruhrgebiet, an der Saar und im Salzgitterraum sind neue Industrien anzusiedeln. Eine moderne Strukturpolitik erfordert aber umfassende Mitbestimmung des Volkes und seiner Organisationen bei der Aufstellung von solchen Plänen sowie bei allen sozialen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Im „Ruhrplan“ der Düsseldorfer Regierung und in den Gesetzen des Wirtschaftsministers Schiller wird darüber kein Wort verloren.

In den schon erwähnten Reden vor dem Rationalisierungskuratorium NRW in Düsseldorf und vor dem

Währungs- und Dollarinvasion

Das Jahr 1968 begann mit schweren Erschütterungen des internationalen kapitalistischen Währungssystems. Dollar und Pfund, einstmalige Leitwährungen des internationalen Kapitals, stürzten in eine fast ausweglose Krise. Vor allem die Kriegsabenteuer (Vietnam) und die riesigen Rüstungsausgaben haben das kapitalistische Währungssystem schwer erschüttert. Auch die D-Mark wird in diesen Sog gezogen, wenn es bei der bisherigen Abhängigkeit vom Dollar und bei der Unterstützung des Vietnamkrieges bleibt, wenn trotz immer neuer Haushaltsdefizite die Rüstungs- und Großmachtpolitik mit Milliarden Mark

*) Die Heinrich Bergbau AG, Essen, die am 30. März ihre Schachtanlagen Heinrich und Theodor stilllegte, erhielt als Stilllegungsprämie 12 Millionen DM. Das Grundkapital von 15 Millionen DM (Schwerpunkt bei der Familie Wehrhahn und der Commerzbank AG) wird erhalten bleiben und für neue Aufgaben angelegt.

SPD-Parteitag in Nürnberg hat Schiller jedoch eine ganz andere Konzeption vertreten. Er legt den Schwerpunkt bei der Lösung von Strukturproblemen auf die „unternehmerischen Kräfte“, das heißt die Konzerne sollen Strukturpolitik betreiben. Die letzten Monate haben aber gezeigt, wie diese die Strukturpolitik auffassen: Entlassungen, mehr Konzentration, Sozialabbau usw. Aber Schiller sagte trotz dieser Erfahrungen in Düsseldorf: „In unserer freiheitlichen Ordnung haben die Unternehmer nach wie vor ihre Entscheidungen selbstverantwortlich zu treffen.“ Ausdrücklich betonte er, daß nicht in die einzelnen Unternehmensentscheidungen eingegriffen werden soll. Es ist daher kein Wunder, daß Schiller auch nicht mit einem Wort die Mitbestimmung erwähnt. In den sozialdemokratischen „Perspektiven“ für die 70er Jahre werden die Probleme der Strukturpolitik im gleichen Geiste behandelt.

Mit ein paar Floskeln gegen übermäßige Wirtschaftsmacht wird von Schiller der Kurs auf noch größere Konzentration der Unternehmen gesteuert. Das bedeutet eine Struktur- und Wirtschaftspolitik, die ausschließlich den Konzernen zugute kommt.

finanziert wird. Die Bevölkerung der Bundesrepublik wird bald erkennen müssen, daß dann auch die D-Mark nicht mehr an „Goldes statt“ akzeptiert würde. Unsere Partei fordert darum: „Um die Stabilität der Währung zu gewährleisten sollte die Bindung der Mark an den Dollar aufgegeben werden“, die Rüstungsausgaben herabgesetzt, die wertvolle Devisen verschlingenden Waffenkäufe in den USA eingestellt werden. Wir sind für strenge Maßnahmen zur Unterbindung der Kapitalflucht ins Ausland.

Seit Jahren hat die Kapitalinvasion des Auslands, besonders der US-Konzerne, in der Bundesrepublik ein riesiges Ausmaß angenommen. Die ausländischen Konzerne besitzen vor allem die entscheidenden Schlüsselpositionen in den modernen Wachstumsindustrien: Öl und Ölraffinerien (80 bis 90 Prozent), Datenverarbeitung (85 Prozent), Automobilindustrie

(45 Prozent) und Flugzeug- und Raketenbau (fast 100 Prozent⁷⁾). Aus nationalen und wirtschaftlichen Überlegungen wird im Programmentwurf der KPD gefordert, die Beherrschung entscheidender Industriezweige durch das

US-Kapital mit gesetzlichen Maßnahmen zu durchbrechen. Eine strenge Kontrolle des bereits investierten ausländischen Kapitals und eine Begrenzung des Gewinntransfers werden als dringende Maßnahmen vorgeschlagen.

Für eine neue Handelspolitik

Wie schon eingangs dargelegt, gibt es wegen der beträchtlichen Positionsverluste der Wirtschaft eine lebhafte Diskussion. Uns Kommunisten ist an einer leistungsstarken Industrie mit einem umfangreichen Export gelegen. Unsere Wirtschaft muß auch einen entsprechenden Rang in der Weltwirtschaft und im Welthandel einnehmen:

„Die Bundesrepublik braucht eine Handelspolitik, die vorteilhafte Beziehungen zu allen Ländern ermöglicht. Deshalb muß die einseitige Bindung an die EWG aufgegeben werden. An ihre Stelle sollte das Streben nach wirtschaftlicher Zu-

sammenarbeit mit allen europäischen Ländern treten. Der Handel mit den sozialistischen Ländern, insbesondere der Deutschen Demokratischen Republik, darf keinen weiteren Diskriminierungen unterliegen.“

Wie notwendig eine solche Neuorientierung ist, beweisen die ersten Verluste durch das Röhrenembargo (bis heute gibt es keinen normalen Handelsvertrag mit der UdSSR). Die neokolonialistische Praxis und die Unterstützung der Aggressionspolitik des internationalen Großkapitals haben zu Konkurrenzschäden geführt und der ausländischen Konkurrenz viele Vorteile verschafft.

Die Wirtschaft muß dem Volke nützen

Die wirtschaftspolitischen Vorschläge der KPD stützen sich auf die Interessen der Arbeiterklasse, der Bauern, des städtischen Mittelstands und der kleinen und mittleren Unternehmer. Diese Politik geht vom Verfassungsauftrag aus, den sozialen und demokratischen Rechtsstaat zu verwirklichen. Durch die Wirtschaftspolitik der Konzerne und ihrer Regierung vertieft sich jedoch die Kluft zwischen dem Verfassungsauftrag und der sozialen Wirklichkeit.

Unsere Partei erstrebt eine blühende Wirtschaft; sie will die Entfaltung des wissenschaftlich-technischen und sozialen Fortschritts. Daher müssen die wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen demokratisch, durch die Mitbestimmung des Volkes getroffen werden. Demokratisierung der Wirtschaft kann aber nur heißen: Einschränkung der Übermacht der großkapitalistischen Konzerne, Mitbestimmung, Mitentscheidung der Gewerkschaften, der mittelständischen und bäuerlichen Organisationen auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens, vom

Arbeitsplatz und Betrieb bis zu den leitenden staatlichen Organen einschließlich der neuen Planungsinstrumente. Eine demokratische Wirtschaftspolitik muß vorausschauen und planen, wobei die Interessen des Volkes immer den Ausschlag geben müssen. Darum müssen auch die Notstandsgesetze mit ihrem kriegswirtschaftlichen Inhalt entschieden bekämpft und verhindert werden.

Die im Programmentwurf der KPD vorgeschlagene Wirtschaftspolitik zielt darauf hin, die jetzt bestehende Vorherrschaft des Großkapitals an den entscheidenden Stellen der wirtschaftlichen und politischen Machtausübung zurückzudrängen. Dieser Kurs ist der von Schiller betriebenen Wirtschaftspolitik direkt entgegengesetzt. Schiller fesselt die Arbeiterbewegung an die „konzertierte Aktion“, die eine Neuaufgabe der alten Praktiken der Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit ist.

Eine demokratische Wirtschaftspolitik ist möglich, wenn der politische Kurs geändert wird, wenn die volkswirtschaftlichen Quellen und Möglichkeiten nicht wie jetzt für eine zerstörende Rüstungs- und Großmachtpolitik vergeudet werden. Dieser

⁷⁾ Wenn man die amerikanischen Kapitalanteile und Lizenzen sowie die Kooperationen berücksichtigt.

demokratische Wirtschaftskurs muß gegen den erbitterten Widerstand der Konzernherren und ihrer politischen Repräsentanz durchgesetzt werden. Wenn die Arbeiter und ihre Organi-

sationen gemeinsam mit den Bauern und den Mittelschichten für ihre gerechten Forderungen eintreten, kann er zum Wohle des Volkes gesteuert werden.

JUNGE GENOSSEN FRAGEN, WISSEN UND TAT antwortet

Warum demokratischer Zentralismus in der KPD?

Einige Genossen unserer Partei richteten an uns die Frage, welche Bedeutung der demokratische Zentralismus in unserer Partei habe und nach welchen Prinzipien der demokratische Zentralismus in der Partei aufgebaut sei. Die Genossen wollen wissen, ob damit auch die demokratische Mitverantwortung und Mitwirkung aller Mitglieder gesichert sei.

I

Das Prinzip des demokratischen Zentralismus ist nicht künstlich ersonnen. Es ergibt sich aus dem Wesen der Partei, aus ihren politischen Zielen und Aufgaben und aus ihren Kampfbedingungen. Davon gingen auch Marx, Engels und Lenin aus, als sie die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse schufen. So finden wir die grundlegenden Prinzipien des demokratischen Zentralismus bereits im ersten Statut des Bundes der Kommunisten. Und Lenin war es, der den demokratischen Zentralismus zu einem wichtigen Bestandteil seiner Lehre von der Partei erhob. Für eine marxistisch-leninistische Partei wie die KPD ist es selbstverständlich, daß sie daran anknüpft. Auch in unserem Statut ist das Grundprinzip des Parteaufbaus der demokratische Zentralismus.

Im Kampf um die Verwirklichung der in unserem Programmentwurf abgesteckten Ziele gilt es, die Gesellschafts- und Machtverhältnisse richtig zu erkennen. Wir stehen einer Gesellschaftsordnung und politischen Macht gegenüber, die jahrelange Erfahrungen im Klassenkampf besitzt. Die herrschende Klasse hat sich selbst im hohen Maße organisiert und verfügt über alle Machtinstrumente des bürgerlichen Staatsapparates. Wie Lenin uns lehrt, hat die Arbeiterklasse dem die Waffe ihrer Organisiertheit entgegenzustellen. Und für die entscheidende politische Kraft der Arbeiterklasse,

die marxistisch-leninistische Partei, ist es wichtig, mit dem demokratischen Zentralismus ihre politisch-ideologische und organisatorische Geschlossenheit zu sichern.

Wir Kommunisten verstehen unter demokratischem Zentralismus:

- **Demokratie** zur breiten Entfaltung der schöpferischen Initiative und Mitarbeit aller Mitglieder bei der Ausarbeitung der Politik unserer Partei;
- **Zentralismus** zur Durchsetzung des einheitlichen Handelns der Partei.

Wie in unserem Statut dargelegt, bedeutet demokratischer Zentralismus: Die vom Parteitag und den Tagungen des Zentralkomitees beschlossene Linie muß einheitlich von der ganzen Partei verwirklicht werden. Beschlüsse der höheren Leitungen und Konferenzen sind bindend für alle unteren Organe.

Alle leitenden Organe werden von unten bis oben demokratisch gewählt; sie legen regelmäßig Rechenschaft ab. (Leider kann dieser Passus unseres Statuts durch das widerrechtliche Verbot unserer Partei und den damit verbundenen notwendigen Sicherheitsmaßnahmen nicht voll wirksam werden.) Die bewußte und straffe Parteidisziplin ist für alle Genossen gleichermaßen verbindlich; die Minderheit hat sich den Mehrheitsentscheidungen unterzuordnen.

Der demokratische Zentralismus schmiedet die in den Grundorganisationen erfaßten Mitglieder unserer Partei zu einer geschlossenen revolutionären Kraft zusammen. Eine lose Organisation von Einzelmitgliedern, von rivalisierenden Gruppen und Grüppchen, in der sich die Kräfte zersplittern, deren Politik nicht von der Wissenschaft, sondern vom Zufall geleitet würde —, das wäre keine Partei, die erfolgreich in vorderster Reihe des Kampfes für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt in der Bundesrepublik bestehen könnte.

Es ist daher kein Zufall, daß die Vertreter der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik ihre Angriffe nicht nur gegen unsere konsequente Politik richten, sondern immer wieder auch gegen das Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Partei. Bei ihren vergeblichen Bemühungen scheuen sie vor keiner Lüge und Verdrehung zurück und reden viel über „Unfreiheit“ und „Zwang“, die in der KPD herrschen sollen. Wenn uns die Verfechter des Notstandsstaates, der manipulierten Parteitage und Presse über Demokratie und Freiheit belehren wollen, so ist dies wirklich ein Witz. Sind sie es doch, die unsere Partei verboten haben, Kommunisten und andere demokratische Bürger einsperren, mit der Schußwaffe gegen

Demonstranten vorgehen und eine maßlose Hetze gegen die Jugend entfalten. Sind sie es doch, die das Grundgesetz für ihre Profit- und Großmachtsinteressen abbauen. Nirgends im gesellschafts- und politischen System und den Parteien der Bundesrepublik ist die Freiheit größer als in der marxistisch-leninistischen KPD. Die Entscheidung, Mitglied der KPD zu werden, ist freiwillig; sie zeugt von großer politischer Reife!

Die bewußte Unterordnung der Mitglieder der KPD unter die Beschlüsse des Parteitage und des Zentralkomitees, wie sie dem demokratischen Zentralismus entspricht, hat mit blindem Gehorsam, mit starrer Disziplin nicht das Geringste gemein. Sie beruht im Gegenteil auf der Einsicht in die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, in die historische Rolle der Arbeiterklasse und der damit verbundenen außerordentlich hohen Verantwortung unserer Partei. Die Parteimitglieder bejahen bewußt den Zentralismus in unserer Partei, weil er es garantiert, daß die als richtig erkannten Aufgaben auch durchgeführt werden, weil er eng mit der breitesten innerparteilichen Demokratie verflochten ist. Unsere Partei verabsolutiert den Zentralismus nicht, sondern verbindet ihn mit einer breiten Demokratie und der aktiven politischen Tätigkeit eines jeden Mitglieds.

III

Die im Programmwurf dargelegte Politik unserer Partei kommt kollektiv, also wahrhaft demokratisch zustande. So wie wir vor unserem Parteitag 1963 die Programmatische Erklärung in der Partei, in den Grundorganisationen und in der Öffentlichkeit erörterten, so stellen wir auch jetzt den Programmwurf in der Bevölkerung und in unserer Partei zur freien Diskussion. Jeder Bürger, jedes Mitglied unserer Partei soll teilhaben an der Diskussion und kann seine Anregungen und Meinungen der Programmkommission unterbreiten. Auf dem kommenden Parteitag werden alle diese Anregungen in eine neue Qualität unseres Programms einmünden. Die Strategie und Taktik, die der Parteitag beschließen wird, verkörpert dann die

kollektive Meinung der Kommunisten und der vieler Werktätigen in der Bundesrepublik. Als Beschluß des Parteitags ist die Politik für alle Kommunisten verbindlich. Sie wird von allen Genossen unter der Verantwortung kollektiver Leitungen und in enger Verbindung mit den Volksmassen durchgeführt.

In ihren Anträgen an den Nürnberger Parteitag der SPD kritisierten eine Reihe Parteiorganisationen der SPD, daß die Zeit zwischen der Veröffentlichung der sogenannten Perspektiven und dem Parteitag für eine gründliche Diskussion zu kurz gewesen sei. Die Erfordernisse der innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung wurden somit von der SPD-Führung nicht beachtet. Im Gegensatz dazu

räumt unsere Partei für die Diskussion unseres Programmentwurfs in der Öffentlichkeit und der Mitgliedschaft Monate ein. Um die Meinung unserer Partei auf allen Ebenen, um die Anregungen unserer Freunde und Genossen kennenzulernen und damit gleichzeitig unsere politisch-ideologische Arbeit auf ein höheres Niveau zu heben — ist dieser Zeitraum unerlässlich.

Die Mitglieder und die Organisationseinheiten sind die tragenden Kräfte; aus deren Erfahrungen und aktiver politischer Tätigkeit wird die marxistisch-leninistische Theorie ständig bereichert. Die Mitglieder bestimmen die Politik der Partei und arbeiten aktiv an ihrer Durchsetzung mit. Sie wählen in den Grundorganisationen ihren Parteigruppenleiter und auf dem Parteitag das Zentralkomitee, das ihr

Vertrauen besitzt. Die Demokratie in unserer Partei ist so eine Demokratie des aktiven, einheitlichen Willens und Handelns aller Mitglieder und Funktionäre. Unsere Mitglieder wählen und diskutieren nicht nur — wie das auch in anderen Parteien der Bundesrepublik geschieht —, sondern bestimmen mit, für welche politischen Aufgaben die Partei arbeitet und wie die politischen Ziele und Aufgaben verwirklicht werden können.

Alle Formen des innerparteilichen Lebens: Mitgliederversammlungen, Leitungssitzungen, Schulungen, Erfahrungsaustausch in Seminaren, Selbststudium u. a., dienen der Erziehung der Genossen zum selbstlosen Einsatz für die Ziele der Partei. Sie helfen, daß die Parteimitglieder die Beschlüsse des Zentralkomitees verstehen und bewußt durchführen.

DAS NEUE BUCH

Neue Bücher zum 150. Geburtstag von Karl Marx im Dietz Verlag

Abschluß der ersten Marx/Engels-Werkausgabe in deutscher Sprache

Der Abschluß dieser ersten Marx/Engels-Werkausgabe in deutscher Sprache ist ein kulturpolitisches und wissenschaftliches Ereignis, das über die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik hinaus Bedeutung hat. Da Marx und Engels etwa zwei Drittel ihrer Arbeiten und Briefe in deutscher Sprache abgefaßt oder veröffentlicht haben, erhält diese Ausgabe ihren besonderen Wert durch die von Übersetzerlätigkeit unbeeinflusste Wiedergabe der Originalfassungen. Von 1956 bis 1968 ediert, bringt sie nicht nur das gewaltige Lebenswerk der beiden besten Söhne des deutschen Volkes nahe, sondern vermittelt zugleich die Erkenntnisse einer jahrzehntelangen fruchtbaren Marx/Engels-Forschung. Die deutsche Ausgabe der Werke von Marx und Engels fußt auf der vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU besorgten zweiten russischen Ausgabe. Sie umfaßt 39 Bände in 41 Büchern sowie einen Ergänzungsband in zwei

Teilen. Ihr Herausgeber ist das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Aus Anlaß des 150. Geburtstages erscheinen als letzte Bände 26.3, 37 bis 39 und der erste Teil des Ergänzungsbandes.

„Das Kapital“ von Karl Marx und seine internationale Wirkung

Beiträge ausländischer Teilnehmer an der wissenschaftlichen Session „100 Jahre „Das Kapital““, veranstaltet vom ZK der SED am 12. und 13. September 1967 in Berlin Pappband etwa 6,50 Mark

„Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist“, sagte Lenin. Die Wirksamkeit der Lehren von Marx, insbesondere seines Hauptwerkes „Das Kapital“, in der Gegenwart ist aus den Beiträgen führender marxistischer Politiker und Wissenschaftler aus kapitalistischen und sozialistischen Ländern abzulesen, die sie auf der internationalen wissenschaftlichen Session in Berlin gehalten haben, an der Vertreter von über 40 kommunistischen

und Arbeiterparteien teilnahmen. Sie werden in diesem Sammelband der Öffentlichkeit vorgelegt.

Wolfgang Jahn

Die Marxsche Wert- und Mehrwertlehre im Zerrspiegel bürgerlicher Ökonomen

Broschiert etwa 12,50 Mark

Der Autor setzt sich mit den ständigen, besonders aber mit den aktuellen Fälschungsversuchen imperialistischer „Marxologen“ auseinander. Dabei erfaßt er die in der Erscheinung sehr breite Skala dieser Seite des Antikommunismus, die sich im Wesen auf die Verfälschung der Mehrwerttheorie und den Versuch, dieses Kernstück des Marxismus zu negieren, reduziert. So behandelt er eingehend die Angriffe moderner — besonders westdeutscher — Autoren auf die Marxsche Arbeitswerttheorie als die Grundlage der Mehrwerttheorie; des weiteren befaßt er sich mit der Entstellung der Marxschen Lehre von Geld und Kapital sowie des Wertes der Ware Arbeitskraft und kommt über die Verfälschung des Wesens der kapitalistischen Ausbeutung zur Stellung der modernen bürgerlichen Ökonomie zum Marxschen Kapitalbegriff.

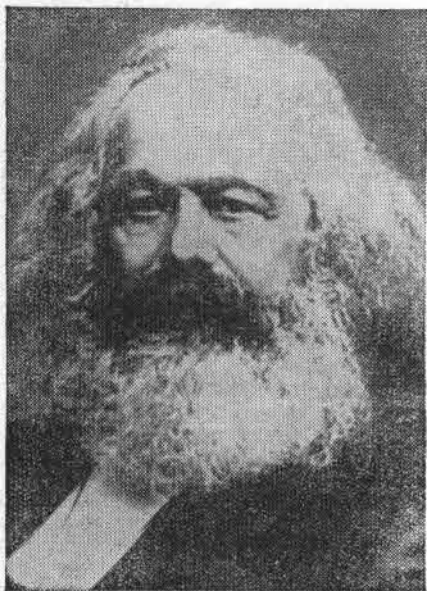
Luise Dornemann

Jenny Marx

Der Lebensweg einer Sozialistin · Mit 32 Bildern · Ganzleinen 7,50 Mark

An der Seite ihres Mannes hat Jenny Marx in der Stille gewirkt. Doch war sie die erste Frau in der Geschichte, die die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung verstand, die bewußt ihr Leben mit dem revolutionären Kampf für den Sozialismus verband. Rege Anteilnahme am Werk ihres Mannes, umsichtige Hilfe als seine Sekretärin, liebevolle Fürsorge für alle, die im Hause Marx Rat und Zuflucht suchten, und nicht zuletzt aufopfernde Sorge für das Wohl von Mann und Kindern — alle diese liebenswerten Züge hatte Friedrich Engels im Sinn, als er von Jenny Marx sagte: „Wenn es jemals eine Frau gab, die ihr größtes Glück darin gesehen hat, andere glücklich zu machen, so war es diese Frau.“ Die Autorin hat anhand bekannten, aber auch viel neuen Archiv-

materials ein lebendiges Bild von Jenny Marx und ihrer Zeit gezeichnet, das besonders Frauen und Mädchen begeistern wird.



Karl Marx

Englischer Alltag

Zusammengestellt und eingeleitet von Richard Sperl · Die Texte wurden vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED autorisiert. Mit Illustrationen von Elizabeth Shaw · Ganzleinen etwa 5,80 Mark

England war Marx' zweite Heimat, seitdem ihn die Reaktion nach der Niederschlagung der Revolution von 1848/1849 aus Deutschland vertrieben hatte. Wie sehr Marx mit diesem Land verbunden war, wie aufmerksam er das englische Leben trotz seiner intensiven Studien zum „Kapital“ verfolgte, zeigt dieses Bändchen: Miniaturen über die „großen Männer“ in der Regierung, Satiren über das englische Militärwesen, die ganze chronique scandaleuse der herrschenden Klasse, originelle Reportagen über die Volksaktionen gegen die Sonntagsbill und die Schlägerkolonnen der „Stiffstuffs“.

Für die Mappe des Propagandisten

Wachstumsvergleich BRD — DDR

Die DDR konnte in den letzten Jahren ihre ungünstigen Ausgangspositionen gegenüber der Lage in der BRD weitgehend überwinden. Mit dem neuen ökonomischen System kommen jetzt die dynamischen Kräfte in der Wirtschaft stärker zur Entfaltung. In den nachfolgenden Vergleichen zeigt sich der kontinuierliche Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft gegenüber der von Krisen unterbrochenen kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung in der BRD.

Index der Industrieproduktion in der DDR und in der BRD¹⁾

(1958 = 100)

	DDR	BRD
1950	41	48
1955	79	85
1960	122	119
1965	159	157
1967*)	181	156
1970	223	175

Auf der Basis dieser allgemeinen Indexzahlen läßt sich folgender Vergleich ableiten:

Entwicklungstempo (Wachstum bzw. Rückgang) der Industrieproduktion in der DDR und in der BRD

in Prozent

	DDR	BRD
1950—1955	+ 93	+ 77
1955—1960	+ 54	+ 40
1960—1965	+ 30	+ 32
1955—1967*)	+ 14	— 1
1965—1970	+ 40	+ 12

*) Vorausberechnung unter folgender Annahme: DDR ab 1967 jährliches Wachstum von 7 Prozent, in der BRD 1967 Rückgang um 2,5 Prozent und 1968 bis 1970 jährliches Wachstum um 4 Prozent

1) DWI-Berichte, Nr. 10/1967, S. 29 (317)

Steigerung des Nationaleinkommens 1967 in der DDR

Im Jahre 1967 wurden wichtige Schritte zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus getan, die zu einer Erhöhung der volkswirtschaftlichen Produktivität der Arbeit und der Rentabilität der Betriebe führten.

Planmäßige Steigerung des Nationaleinkommens 1967

Stärkung unserer Produktionsgrundlage und Verbesserung des Lebensstandards

